

Schroeder, Wolfgang; Weßels, Bernhard; Neusser, Christian; Berzel, Alexander

Working Paper

Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten

WZB Discussion Paper, No. SP V 2017-102

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schroeder, Wolfgang; Weßels, Bernhard; Neusser, Christian; Berzel, Alexander (2017) : Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB Discussion Paper, No. SP V 2017-102, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/162844>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



**Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels,
Christian Neusser und Alexander Berzel**

**Parlamentarische Praxis der AfD
in deutschen Landesparlamenten**

Discussion Paper

SP V 2017-102

Juni 2017

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)**

Forschungsschwerpunkt

Wandel politischer Systeme

Forschungsabteilung

Demokratie und Demokratisierung

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
Germany
www.wzb.eu

Das Urheberrecht liegt bei den Autoren.
Discussion Papers des WZB dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen auslaufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem WZB Discussion Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.
Discussion Papers, die vom WZB herausgegeben werden, geben die Ansichten des/der jeweiligen Autors/Autoren wieder und nicht die der gesamten Institution WZB.

Satz und Lektorat: Katarina Pollner

Wolfgang Schroeder
*Universität Kassel und
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)*

Bernhard Weißels
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Christian Neusser
Universität Kassel

Alexander Berzel
Universität Kassel

**Parlamentarische Praxis der AfD
in deutschen Landesparlamenten**

Alle Discussion Papers sind online abrufbar:
<http://www.wzb.eu/de/publikationen/discussion-paper/...>

Zusammenfassung

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist inzwischen wohl die erfolgreichste Partei auf der politisch weit rechten Seite in der Geschichte der Bundesrepublik. Inzwischen ist sie in 13 Landtage eingezogen. Diese Studie geht anhand der Analyse von zehn Landtagen, in denen die AfD bereits vor der Saarlandwahl Ende März 2017 vertreten war, den Fragen nach, welches soziale und politische Profil die AfD-Landtagsfraktionen aufweisen, was ihre Arbeits- und Wirkungsweisen sind und wie die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Fraktionen auf die AfD-Präsenz reagieren. Auf der Basis amtlicher und anderweitig veröffentlichter Materialien, von Informationen über parlamentarische Aktivitäten und vor allem von Experteninterviews mit verantwortlichen Personen aus den AfD- und anderen Fraktionen wird versucht, diese Fragen zu beantworten. Es wird erkennbar, dass sich die AfD-Fraktionen der Landtage wie auch die Flügel der Partei und die Abgeordneten innerhalb der Fraktionen in eine polarisierte Struktur zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung einordnen lassen. Ob strategisch so angelegt oder nicht – derzeit sichert diese Bipolarität wohl den elektoralen Erfolg der AfD. Eine parlamentarische Professionalisierung steckt noch sehr in den Anfängen; das Parlamentsplenum ist im Gegensatz zur Arbeitsebene der Parlamente, also den Ausschüssen, das Spielbein der AfD und dient als Plattform für die stark über soziale Medien verlaufende Präsentation für die Öffentlichkeit.

Abstract

The party “Alternative for Germany” (AfD) has probably become the most successful party on the politically far right side in the history of the Federal Republic. It is present in 13 state-level parliaments. This study is based on the analysis of ten state parliaments in which the AfD was already represented before the Saarland election at the end of March 2017. The study tries to answer a number of questions including which social and political profile the AfD parliamentary groups are showing, how the AfD is working in the parliaments and with which impact, and how the representatives of the other factions in parliament are reacting to the presence of the AfD. These questions are investigated on the basis of official and otherwise published materials, information on parliamentary activities, and, in particular, expert interviews with representatives of the AfD and other parties in parliament. It becomes clear that the AfD factions of the state parliaments, as well as the wings of the party and the deputies within the factions, can be classified into a polarized structure between parliamentary and „movement“ orientation. Whether strategically designed or not—currently this bipolarity ensures the electoral success of the AfD. Political professionalization is very much in the beginnings; in contrast to the workbenches of the parliaments, the committees, the parliamentary plenum figures as the free leg of the AfD providing a platform for public presentation highly concentrated on social media.

Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Forschungsstand	5
1.2	Selbstbezeichnungen der AfD im Spannungsverhältnis von elektoralem Kontext und parlamentarischer Praxis	6
1.3	Methode und Materialbasis	8
2	Profile der AfD-Landtagsabgeordneten	10
2.1	Biografische Basisdaten der Abgeordneten	10
	Geschlecht: Männerpartei in der Tradition anderer rechtspopulistischer Parteien	12
	Alter: Hohe Ähnlichkeit mit den Altersstrukturen der Konkurrenzparteien	14
	Berufsstruktur: Partei der Selbstständigen und AufsteigerInnen	15
	Bildung: Bildungseliten im Westen, nachholende Akademisierung im Osten	19
	Frühere Parteizugehörigkeiten: Hoher Anteil der ParteiwechslerInnen	20
	Politische Erfahrung: Fehlende Langzeiterfahrungen erschweren die parlamentarische Praxis	22
2.2	Profile der Fraktionsvorsitzenden	24
2.3	Konflikte: Austritte aus Fraktionen	27
3	Aktivitäten, Verhalten und Wirkungsweise der AfD in den Landtagen	30
3.1	Ressourcen: Personal und Finanzmittel	30
3.2	Parlamentarische Initiativen	33
	Kleine Anfragen der AfD-Fraktionen	34
	Große Anfragen, Anträge und Aktuelle Debatten	35
3.3	Thematische Schwerpunkte der AfD-Fraktionen bei den Kleinen Anfragen	37
3.4	Parlamentarische Arbeitsweise	40
3.5	Parlamentarische Umgangsformen	43
3.6	Social-Media-Aktivitäten	44
4	Exkurs: AfD-Landtagsfraktionen im Ost-West-Vergleich	47
5	Parlamentarische Reaktionen der Mitbewerber der AfD	50
5.1	Verhalten bei der Besetzung von Ämtern und Positionen	50
5.2	Umgang mit der AfD: Zwischen Ausgrenzen, Abgrenzen und Ignorieren	52
	Von rechts der Mitte herausgefordert – wie verhält sich die CDU?	53
6	Schluss: Die Präsenz der AfD als neuer Akteur in Landesparlamenten	55
	Literatur	61
	Anhang	64

1 Einleitung

Schon bei der Bundestagswahl 2013 deutete sich an, dass sich das Parteiensystem in Deutschland weiter differenzieren und die Struktur des politischen Wettbewerbs verändern könnte. Damals erreichte die Alternative für Deutschland (AfD) fast aus dem Stand 4,7 Prozent der Zweitstimmen und verpasste den Einzug in den Deutschen Bundestag nur knapp. Bei allen 13 Landtagswahlen seit der Bundestagswahl am 22. September 2013 gelang der AfD der Einzug in die Parlamente. In sieben Ländern erreichte sie zweistellige Stimmenanteile, in zwei Landtagen ist sie mit Stimmenanteilen von über 20 Prozent zweitstärkste, in weiteren zwei Landtagen drittstärkste Kraft. Sie hat damit die sogenannten etablierten Parteien in Unsicherheit gestürzt; teilweise sogar von ihren Stammplätzen verdrängt. Alles in allem sind 177 AfD-Abgeordnete von insgesamt fast drei Millionen Wählerinnen und Wählern in die Parlamente gewählt worden. Diese Größenordnung fordert die anderen Parteien heraus. Im September dieses Jahres könnte die AfD die erste rechtspopulistische Partei im Deutschen Bundestag seit 1949 werden. Sie gehört bereits jetzt zu den im politischen Wettbewerb erfolgreichsten Parteien an der rechten Flanke des Parteienspektrums seit 1945. Der Untersuchungszeitraum dieser Studie umfasst circa zweieinhalb Jahre, beginnend mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Präsenz der AfD in einem deutschen Landtag im Sommer 2014 (Sachsen) bis zum Mai 2017. Somit konnten der Einzug der AfD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowie in das Abgeordnetenhaus von Berlin im September 2016 und die ersten Monate dieser Fraktionen noch erfasst werden; die drei Landtagseinzüge im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen dagegen nicht mehr.

Die AfD hat im Frühjahr 2013 als neue Partei die politische Arena betreten, um, wie aus ihrer Namensgebung ersichtlich wird, eine „Alternative“ gegenüber den etablierten Parteien in Deutschland zu verkörpern. Ihr eigener Anspruch ist es, „aus einem Gefühl der politischen Entfremdung von den etablierten Parteien“ den Bürgern eine „echte politische Alternative“ zu bieten (AfD 2016: 6). Unterstützung aus der Wählerschaft erfuhr sie nicht zuletzt aufgrund einer Stimmungslage politischer Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, die sich nicht in ausreichendem Maße von den etablierten Parteien in Deutschland vertreten sehen. Dabei spielen die Themen Europäische Union, Innere Sicherheit, Flüchtlings- und Migrationsfragen sowie die Sorge um den Wohlstand und die Angst vor sozialem Abstieg eine wichtige Rolle (vgl. Decker 2016: 13; Niedermayer 2016: 276). Hinzu kommen jene UnterstützerInnen, die aus (ideologischer) Überzeugung das „Volk“ gegen das „Establishment“ in Stellung bringen wollen, womit sie die etablierten Parteien und deren liberal-demokratische Präferenzen besonders herausfordern. Es handelt sich also um eine Mischung aus situativer Unzufriedenheit und Unsicherheit mit zentralen Politikfeldern auf der einen Seite sowie tief verankerten Vorbehalten gegenüber der modernen Gesellschaft mit ihren spezifischen Zumutungen auf der anderen Seite. Diese Mischung aus kulturellen, ideologischen und materiellen Dimensionen spiegelt sich auch darin wider, dass unter den WählerInnen, AnhängerInnen und Mitgliedern der AfD keinesfalls die sozial und ökonomisch Abgehängten dominieren (vgl. Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 61). Die Melange aus Enttäuschten und Überzeugten, aus situativ Empörten und RechtspopulistInnen bis hin zu RechtsextremistInnen lässt eine einfache Verortung der Partei sowie ihrer Anhängerschaft und AktivistInnen nicht zu, wenngleich nach dem Essener Parteitag eine deutliche Rechtsverschiebung zu beobachten ist (Petersen 2017). Weiter erschwert wird eine Einordnung durch die Parteiprogrammatik der AfD. Diese bewegt sich zwar innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, doch werfen die immer wieder praktizierten rechtsextremen Tabuverletzungen und kalkulierten Provokationen einzelner AfD-PolitikerInnen die Fragen auf, ob diese ein Moment des Wesens der

AfD ausmachen und welche Rolle diese Kräfte innerhalb der AfD spielen (vgl. Lewandowsky/Giebler/Wagner 2016). Begleitet werden sie durch die Medien, die sie einerseits kritisieren und andererseits durch Aufmerksamkeit unterstützen, womit für eine recht kontinuierliche öffentliche Präsenz gesorgt ist (vgl. Schärdel 2017: 83 f.). Dieser Zusammenhang ist deshalb von Bedeutung, weil das Wirken der AfD als Oppositionspartei im Parlament auch unmittelbar die Frage berührt, wie die AfD diese Arena zu nutzen vermag, um die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für ihre Arbeit zu erhöhen.

Tabelle 1: Die AfD in den 10 untersuchten Landtagen
(Datum der Wahlen: September 2014 bis September 2016)

Bundesland	Datum Wahl	Zweitstimmen	Stimmenanteil	Anzahl MdL Beginn LP	Anzahl MdL Stand 28.2.2017	Stärke Fraktion	Direktmandate
Baden-Württemberg	13.3.2016	809.564	15,1	23	21	3. Kraft	2
Berlin	18.9.2016	231.492	14,2	25	24	5. Kraft	5
Brandenburg	14.9.2014	120.077	12,2	11	10	4. Kraft	0
Bremen ^a	10.5.2015	64.368	5,5	4	1	6. Kraft	0
Hamburg	15.2.2015	214.833	6,1	8	7	6. Kraft	0
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2016	167.852	20,8	18	18	2. Kraft	3
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	268.628	12,6	14	14	3. Kraft	0
Sachsen	31.8.2014	159.611	9,7	14	14	4. Kraft	0
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	272.496	24,3	25	25	2. Kraft	15
Thüringen	14.9.2014	99.545	10,6	11	8	4. Kraft	0
Gesamt		2.408.466		153	142		25
<i>Nicht berücksichtigte Landtage</i>							
Saarland	26.3.2017	32.971	6,2	3			
Schleswig-Holstein	7.5.2017	60.990	5,9	5			
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	460.479	7,4	16			
Insgesamt		2.962.906		177			

a Bremen ist im Zuge der hier vorgelegten Untersuchung als Sonderfall zu werten. Mit vier ParlamentarierInnen scheiterte die AfD in der Bremischen Bürgerschaft um ein Mandat am Fraktionsstatus und firmierte als Gruppe. Bereits im Juli 2015 traten drei der vier Abgeordneten infolge des Parteiaustritts des vormaligen Bundessprechers Bernd Lucke aus der Gruppe aus, um sich in der Gruppe Liberal-Konservative Reformer Bremen zu formieren. Alexander Tassis blieb als Einzelabgeordneter der AfD übrig.

Bislang existiert keine komparative und materialgestützte Studie, die die parlamentarische Präsenz und Wirkungsweise der AfD sowie die Reaktionen parlamentarischer Wettbewerber auf die AfD systematisch untersucht. Da zu diesem Themenkomplex kein umfassendes valides Material vorliegt, das in einer komparativen Perspektive Aufschluss über das Verhalten des neuen parlamentarischen Mitbewerbers AfD geben könnte, dominiert in diesem Feld häufig die einzelfallbezogene Evidenz. Mit der vorliegenden Studie wird somit ein wichtiges Feld der parlamentarischen Praxis sowie der Wettbewerbssituation auf der Ebene der Landesparlamente empirisch vermessen, und dies angesichts eines neuen politischen Akteurs, der dem rechten Parteienspektrum zugeschrieben wird.

Was bedeutet die Präsenz einer neuen Partei, die zum einen die Polarisierung im Parteiensystem durch die Präsenz am rechten Rand beträchtlich verstärkt hat, zum anderen den Kurs einer grundsätzlichen Opposition verfolgt und deren Initiativen für die anderen Parteien zu-

weilen unberechenbar sind, für die Arbeit in den Parlamenten, für den politischen Wettbewerb und für die politische Mobilisierung? Im Forschungsprojekt „Die AfD in den Landtagen“ werden diese Fragen anhand von Materialien und Veröffentlichungen, vor allem aber auf Basis von Leitfadenterviews mit Fraktionsverantwortlichen aller Parteien in den zehn Landtagen mit AfD-Präsenz vor der Saarlandwahl im März 2017 untersucht.

Das Erkenntnisinteresse dieser Studie richtet sich auf drei unterschiedliche Aspekte – Personal, Arbeitsweise und Reaktionen:

1. Wer vertritt die AfD in den Parlamenten und welche sozialstrukturellen Profile weisen ihre Abgeordneten auf? Welche persönlichen und beruflichen Prägungen bringen etwa die Abgeordneten mit, über welche politischen und parlamentarischen Vorerfahrungen verfügen sie? Und welche parteipolitischen Wurzeln haben diejenigen, die vor ihrer Mitgliedschaft in der AfD bereits einer anderen Partei angehörten?
2. Was zeichnet die Arbeits- und Wirkungsweise der AfD-Abgeordneten in den Parlamenten aus? Welche Themenschwerpunkte lassen sich identifizieren? Da die noch junge Partei eine bereits jetzt sehr wechselvolle und dynamische, mit Brüchen gekennzeichnete Geschichte hinsichtlich ihrer programmatischen und strategischen Ausrichtung sowie ihrer prägenden Führungsfiguren hinter sich hat, stellt sich die Frage, wofür die AfD in den Parlamenten personell, inhaltlich und strategisch steht. Ist angesichts der vielfältigen Wandlungsprozesse ein gemeinsamer inhaltlicher Kurs, mithin ein Markenkern der Partei, erkennbar? Wird unter den zehn Fraktionen deutlich, wofür die Partei mit ihren gewählten RepräsentantInnen in den Parlamenten Position bezieht?
3. Welche Reaktionen lassen sich bei den anderen Parteien auf die Anwesenheit der AfD in den Parlamenten und ihr Wirken feststellen? Welche taktisch-strategischen Muster lassen sich erkennen und wovon hängt die Wirksamkeit dieses Vorgehens ab?

1.1 Forschungsstand

Eindeutig zu fassen ist die AfD nicht. Sie setzt weder die Geschichte von Parteien des rechten Spektrums wie der NPD, der DVU oder der Republikaner einfach fort noch ist es ausgeschlossen, dass sie deren Schicksal erfährt. Gleichwohl liefern frühere politikwissenschaftliche Studien zur Arbeits- und Wirkungsweise rechter Parteien in Landesparlamenten Erkenntnisse zur Einordnung. So hat etwa Holtmann (2002) Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt analysiert und als Gründe ihres Scheiterns ihr Schwanken zwischen Protestpartei und nicht zur professionellen Parlamentsarbeit willigem bzw. fähigem Akteur einerseits sowie einer eher parlamentarischen Orientierung andererseits und ihren damit verbundenen selbstzerstörerischen internen Zerwürfnissen erkannt.

An der AfD interessierte zunächst einmal, wer sie wählt und was deren Motive sind. Neben dem Elektorat gerieten dann zunehmend auch die SprecherInnen, KandidatInnen und Abgeordneten ins Visier des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses. Was ihre programmatische Positionierung anbelangt, hat eine Reihe von Studien den wechselvollen Werdegang der AfD, ihres Spitzenpersonals und ihrer ideologischen Verflechtungen und Vernetzungen analysiert.¹ Konsens besteht darüber, dass die AfD ursprünglich, in ihrer frühen Entwicklungsphase nach der Gründung 2013, als liberale Anti-Euro- und euroskeptische EU-Partei mit einem die programmatischen Diskussionen dominierenden wirtschaftsliberalen Flügel einzuordnen ist (vgl. Arzheimer 2015; Lewandowsky 2016), der aber schon damals ein (wettbewerbs-)popu-

1 Vgl. dazu z. B. Bebnowski 2015 und 2016; Kellershohn 2016; Rosenfelder 2017; Bergmann/Diermeier/Niehues 2017.

listisches Element innewohnte (vgl. Bebnowski 2016). Zwar war die Partei bereits in ihren Gründungsjahren keineswegs eine homogene politische Kraft, sondern zeichnete sich durch unterschiedliche Parteiflügel – wirtschaftsliberal, national-konservativ und völkisch-national – aus, die von Beginn an mitwirkten und Einfluss nahmen (vgl. Werner 2015; Bebnowski 2015). Mit dem Rückzug führender Köpfe des wirtschaftsliberalen Flügels im Zuge des Essener Parteitags 2015 hat die AfD jedoch eine deutlich erkennbare Verschiebung hin zu einer nationalkonservativen und rechtspopulistischen Ausrichtung beschritten, unterlegt mit wahrnehmbaren rechtsnationalen bis hin zu rechtsextremen Einzelpositionen, womit sie im Parteienwettbewerb stärker am rechten Rand des Spektrums verortet wird (vgl. Häusler 2017; Petersen 2017). Als eine prägende Wegmarke kann die Mobilisierung der AfD gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ab Herbst 2015 gelten. Mit ihrem Grundsatzprogramm von 2016 sowie dem Kölner Parteitag im April 2017 hat die Partei diese Ausrichtung am rechten politischen Rand des Parteiensystems bestätigt (vgl. Petersen 2017; Rosenfelder 2017; Schroeder 2017).

PolitikwissenschaftlerInnen sprechen davon, dass die AfD eine rechtspopulistische Angebots- und Repräsentationslücke² geschlossen und sich das deutsche Parteiensystem damit der Entwicklung anderer europäischer Länder angeschlossen habe. Die starke Zuwanderung 2015³ öffnete ein „Gelegenheitsfenster“ für einen Flügel der AfD, um die Partei von einer neoliberalen Anti-EU-Partei zu einer rechtspopulistischen und national-konservativen Formation umzugestalten. Wenn auch das Thema Zuwanderung eine herausragende Rolle für den Kurswechsel spielte, ist die AfD doch weit mehr als eine „Anti-Flüchtlingspartei“. In ihr lassen sich sehr unterschiedliche soziale und berufliche Gruppen sowie Unterschiede in Bezug auf die mentale Herkunft, die Wertlagen und die Zieldimensionen identifizieren: von rechtsextrem, rechtspopulistisch bis wertkonservativ, von proletarisch abgehängt bis bürgerlich situiert.

Die parlamentarische Präsenz der AfD in den Landtagen ist bisher nur einzelfallbezogen, bruchstückhaft und kaum systematisch erfasst, vor allem aber nicht als ein für die Partei extrem wichtiger Faktor untersucht worden. Es ist ihrem Einzug in die Landesparlamente zu verdanken, dass sie zu einem relevanten politischen Akteur avancierte, der auch Einfluss auf die politische Agenda ausübt und politische Konkurrenten unter Druck setzt. Bisher gibt es nur wenige systematische Befunde und systematische Analysen. Hierzu zählt die Studie des Profils der AfD-Abgeordneten in acht Landesparlamenten des Berliner Politikwissenschaftlers Rütters (2017). Er konzentriert sich darauf, inwiefern die Abgeordneten aufgrund ihrer Sozialprofile die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Mitarbeit in einem komplexen System wie einem Landesparlament mitbringen. Die Tätigkeitsprofile, Aktionsformen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der parlamentarischen Praxis der AfD-Abgeordneten sind bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Das Verständnis für die Prägung der AfD im Wechselspiel zwischen parlamentarischer und parlamentsexterner Praxis verlangt eine Analyse der neuen politischen Akteure in den Parlamenten, ihrer Profile, inhaltlichen Aktivitäten und ihrer Wirkungen.

1.2 Selbstbezeichnungen der AfD im Spannungsverhältnis von elektoralem Kontext und parlamentarischer Praxis

Das Phänomen des Erfolgs der AfD schon bei der Bundestagswahl 2013, vor allem aber bei den nachfolgenden Landtagswahlen ist nicht nur durch sein Ausmaß, sondern auch hinsichtlich seiner Herkunft von besonderer Bedeutung für die AfD selbst, aber auch für alle ande-

2 Vgl. Eisele 2006; prominent auch bei Patzelt 2015.

3 Gauland spricht von einem „Geschenk“, das die AfD erst richtig stark gemacht habe (Amann et al. 2015).

ren politischen Parteien. Lewandowsky, Giebler und Wagner (2016) haben gezeigt, dass eine „Volkszentrierung“ und „Anti-Establishment-Orientierung“ unter den AfD-Kandidatinnen und -Kandidaten zur Bundestagswahl 2013 weiter verbreitet waren als bei den Kandidatinnen und Kandidaten aller anderen Bundestagsparteien und der Piraten. Damit weist die AfD mit Abstand den höchsten Grad an Populismus dieser Parteien auf (vgl. Lewandowsky/Giebler/Wagner 2016: 260). Den Kern des Populismus zeichnet nach Mudde (2004) eben genau das Herausstellen eines Antagonismus zwischen Volk und politischen Eliten und die Behauptung einer unteilbaren Souveränität des Volkes aus.

Der Unzufriedenheit „mit denen da oben“ hat die AfD einen Großteil ihres Erfolges zu verdanken. Nach den Wählerwanderungsstatistiken zu den Landtagswahlen – Bremen und Hamburg sind nicht berücksichtigt – von Infratest dimap konnte die AfD stark bei vorherigen Nichtwählern und -wählerinnen mobilisieren, die im Durchschnitt mehr als ein Fünftel ihrer Wählerschaft ausmachen. Fast ebenso viele konnte die AfD unter vorherigen Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU gewinnen. Demografisch kommt die Wählerschaft aus allen Schichten. Die Bildungsverteilung derjenigen, die die AfD wählten, entspricht fast vollständig der des Bevölkerungsdurchschnitts: 34 Prozent niedrige, 43 Prozent mittlere und 24 Prozent hohe Bildungsabschlüsse. Die AfD ist nicht die Partei der „Abgehängten“; 25 Prozent sind ArbeiterInnen, 14 Prozent Angestellte, 13 Prozent zählen zur Beamtenschaft und 15 Prozent sind Selbstständige. In der Forschung wurde die AfD als „Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“ bezeichnet (Bergmann et al. 2017). Allerdings sind ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Frauen unter den AfD-WählerInnen unter-, Arbeitslose überrepräsentiert (Durchschnittswerte zu den jüngsten zehn Landtagswahlen vor der Saarlandwahl, Daten wurden von Infratest dimap zur Verfügung gestellt).

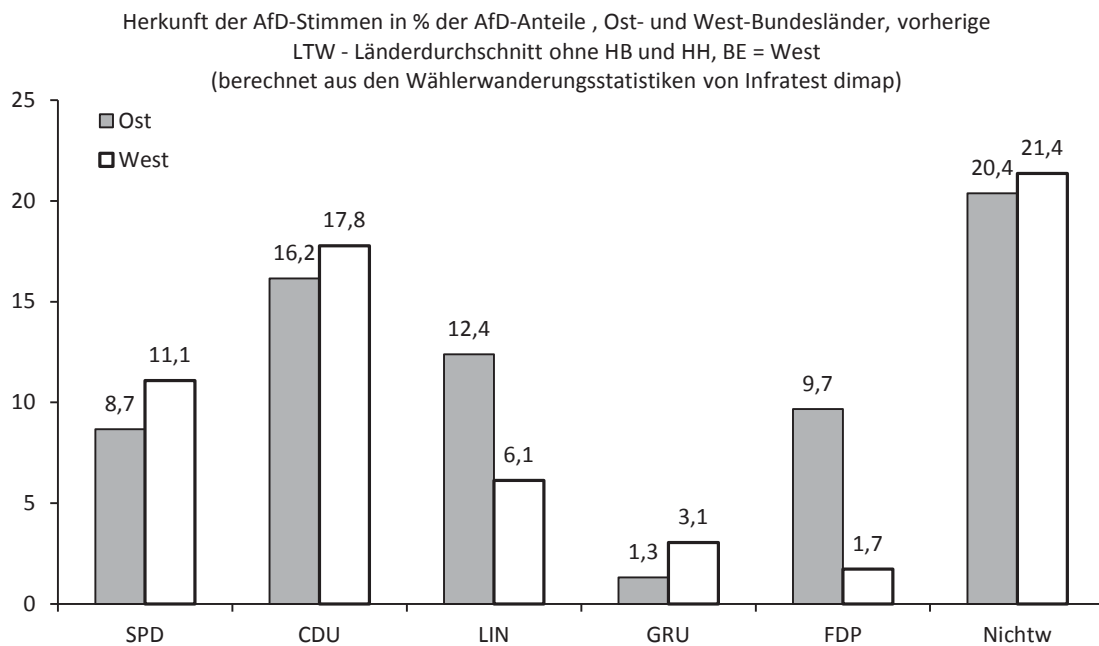
Die politische Herkunft der AfD-Wählerschaft, ihre soziale Zusammensetzung und Befragungsergebnisse sprechen dafür, von einer gewissen Heterogenität und Zweiteilung der AfD-Anhängerschaft auszugehen, die sich inhaltlich zwischen Unzufriedenheit und Sorge auffächert, sozialstrukturell zwischen prekären Verhältnissen und einer durchschnittlichen Etabliertheit und, was die politische Herkunft betrifft, maßgeblich zwischen einerseits NichtwählerInnen – bisher sich nicht vertreten Fühlenden – und CDU/CSU-WählerInnen mit Sorgen, denen ihre vormalige Partei augenscheinlich zu wenig entgegenzusetzen hat (siehe Abbildung 1).

Bipolarität kennzeichnet auch die Bezeichnungen der VertreterInnen der AfD für ihre eigene Partei. In seiner Dresdener Rede vom 17. Januar 2017 bezeichnete Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender in Thüringen, den Weg der AfD als den Weg „einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion“. Dieser Perspektive setzte Frauke Petry, Vorsitzende der AfD Sachsen und Bundessprecherin der AfD, in ihrem Zukunftsantrag zum Bundesparteitag am 22. April 2017 den „realpolitischen Strategieansatz“ entgegen.

Die AfD als Partei pendelt je nach Perspektive und Standpunkt zwischen fundamentaloppositioneller „Bewegungs“- und pragmatischer Parlamentspartei. Die Partei versucht einen Spagat zwischen einer Formation, die in der Öffentlichkeit nicht als stramm rechtspopulistische Partei dasteht, und dem neurechten Flügel. Dabei spielt sowohl Überzeugung oder Ideologie eine Rolle wie auch elektoraler Opportunismus. Petry geht davon aus, dass mit einem Kurs, der Partei und Fraktionen als Arm einer „Bewegung“ sieht, der Erfolg verwehrt sein wird und dass eine „AfD nicht erfolgreich sein [wird], wenn manche Führungspersonen weiterhin versuchen, die politischen Ränder aufzuweichen und auch radikale Kräfte integrieren wollen, die grundsätzlich systemkritisch, fundamental-oppositionell und nationalistisch daherkommen“ (Petry 2017).

Es ist zu erwarten, dass sich diese Bipolarität der Partei und der Vorstellungen über ihren Charakter auch in ihrer Arbeit und der Arbeit ihrer Abgeordneten in den Parlamenten ausdrückt.

Abbildung 1: Herkunft der AfD-Stimmen – Durchschnitt von acht Landtagswahlen



1.3 Methode und Materialbasis

Aufgrund des Umstandes, dass die AfD eine sehr junge Partei ist, ist der Kenntnisstand begrenzt. Vergleichende Befunde sind rar und zur inhaltlichen Praxis gibt es kaum Ergebnisse, auch kaum einzelfallbezogene. Die vergleichende Untersuchung der AfD in den zehn Landesparlamenten ist damit eine Exploration auf unbekanntem Terrain. Die vorliegende Studie ist eine qualitative, vergleichende Analyse, die auf einer umfangreichen Materialbasis beruht. Erstens wurde die bestehende Sekundärliteratur über die AfD einerseits sowie über die Parlamentarismusforschung andererseits – im Besonderen die Literatur zum Landesparlamentarismus – ausgewertet. Zweitens wurde empirisches Datenmaterial über die Abgeordneten, Fraktionen sowie über die parlamentarische Tätigkeit in den zehn Landesparlamenten erhoben und analysiert. Eine wichtige Grundlage hierbei stellten öffentlich zugängliche Quellen der Landtagsverwaltungen, insbesondere die Parlamentsdatenbanken, offizielle Angaben zu Abgeordneten, Fraktionen und Landtagsgremien wie Präsidium und Ausschüssen sowie Rechenschaftsberichte von Fraktionen, dar. Durch eine umfassende Analyse der parlamentarischen Aktivitäten wurden Initiativen der AfD in den Parlamenten erfasst, inhaltlich eingeordnet und statistisch ausgewertet. Zu diesen parlamentarischen Aktivitäten zählten Kleine und Große Anfragen, Anträge, Gesetzesinitiativen sowie Aktuelle Stunden. Darüber hinaus wurden Dokumente wie Plenarprotokolle, Positionspapiere, Presseerklärungen sowie Daten von Internetauftritten der Abgeordneten und Fraktionen erhoben und ausgewertet. Insbesondere die soziologischen Daten zu den Abgeordneten wurden in der Analyse in den Kontext der einschlägigen Literatur der Parlamentarismusforschung auf Landes- und Bundesebene eingeordnet. Drittens wurde die regionale und überregionale Medienberichterstattung zu den Aktivitäten und Geschehnissen in den zehn Landtagen analysiert. Der Fokus hierbei lag auf Berichten der landespolitischen ParlamentarierkorrespondentInnen über das Wirken der AfD sowie den Umgang der Parlamentsfraktionen miteinander. Von besonderer Bedeutung für diese Studie sind viertens Expertengespräche. Im Zeitraum von November 2016 bis März 2017 wurden 41 leitfadengestützte, halbstandardisierte

Experteninterviews mit Abgeordneten und führenden FraktionsvertreterInnen wie Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen und FraktionsgeschäftsführerInnen sowie weiteren Fraktionsangestellten und Bediensteten der Landtagsverwaltungen in den zehn Landeshauptstädten durchgeführt. Die Grundlage der Gespräche wurde darauf ausgerichtet, Informationen über die AfD aus der Binnen- wie aus der Außenperspektive zu gewinnen. Daher lag ein Schwerpunkt auf Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der AfD, die uns erste Einschätzungen zum Selbstverständnis und zur Arbeits- und Wirkungsweise der AfD-Fraktionen in den Landtagen gaben.⁴ Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Gesprächen mit Akteuren der anderen im Parlament vertretenen Parteien sowie mit LandtagskorrespondentInnen von Tageszeitungen, um einerseits deren Beobachtungen zur AfD im Parlament aufzunehmen und andererseits, im Fall der politischen Wettbewerber, Reaktionsweisen auf die AfD zu erfassen. Durch dieses Vorgehen war einerseits gewährleistet, die gewonnenen Daten aus den Gesprächen mit den AfD-Vertreterinnen und Vertretern in den Gesamtzusammenhang der Parlamentspraxis einzubetten sowie die unterschiedlichen Perspektiven kritisch gegenüberzustellen. Andererseits lieferten die Gespräche Informationen, die eine bessere Einordnung anderer vorliegender Quellen zur parlamentarischen Praxis erlauben. Außerdem waren diese Gespräche essenziell, um die Reaktionen der anderen Parteien im Parlament auf das Verhalten der AfD zu erfassen und sich mit vorliegenden schriftlichen Quellen ein Gesamtbild zu verschaffen.⁵

4 Nicht in allen Fällen war es möglich, Gespräche mit führenden AfD-Vertreterinnen und Vertretern in den Landtagsfraktionen zu führen. Trotz Gesprächsanfrage kam in Hamburg ein Interview mit einem führenden Fraktionsvertreter der AfD nicht zustande; Gespräche mit den AfD-Fraktionsvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern, Holm, und Thüringen, Höcke, kamen aus terminlichen Gründen nicht zustande.

5 Durch die Gespräche, die zwischen 45 Minuten und zwei Stunden dauerten, konnten Informationen zu Sachverhalten gewonnen werden, zu denen kaum schriftliche Quellen vorliegen. Zum anderen war es das Ziel, eigene Daten zu erheben, um vorhandene Informationen überprüfen, vertiefen und einordnen zu können. Die Gespräche wurden in den allermeisten Fällen persönlich vor Ort geführt und – falls die Bereitschaft der GesprächspartnerInnen vorlag – per Aufnahmegerät aufgezeichnet und im Anschluss ausgewertet. In wenigen Ausnahmen wurden Gespräche aus Termingründen telefonisch geführt. In einigen Fällen wurden Fragen schriftlich beantwortet.

2 Profile der AfD-Landtagsabgeordneten⁶

Wenn neue Parteien mit parlamentsunerfahrenen Abgeordneten ins Parlament einziehen, ist dies eine besondere Herausforderung für beide Seiten: für die, die neu in diese professionelle und komplexe Arena mit ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen einziehen, wie auch für die bereits etablierten Kräfte, die sich mit ihnen auseinandersetzen müssen. Im Falle der AfD haben wir es nicht nur mit einer neuen Partei zu tun, die fast ausschließlich aus Parlamentsneulingen besteht. Für unsere Perspektive besonders bedeutungsvoll ist, dass sowohl ihre Funktion im Parlament als auch generell ihre Einstellung zum parlamentarischen System noch unklar sind. Denn während ihrer bisherigen Präsenz in den Landtagen hat die AfD mit einer Protesthaltung sowie zuweilen inszenierten Provokationen von sich reden gemacht, die eine Herausforderung für die demokratischen Wettbewerber in den Parlamenten bedeuten. Im Folgenden werden die Struktur-, Herkunfts- und Qualifikationsdaten der 153 Abgeordneten⁷, die in den zehn Fraktionen mitarbeiten, verglichen und ausgewertet, um sich dem Profil und den Voraussetzungen für die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktionen zu nähern.

2.1 Biografische Basisdaten der Abgeordneten

Aus den Unzufriedenen⁸ mit den etablierten Parteien formierte sich im Frühjahr 2013 eine aktive Anhängerschaft der Empörten in der AfD. Aus einem Kreis von Personen, die sich vergleichsweise gut artikulieren konnten, über freie Zeit verfügten und an einer parlamentarischen Karriere interessiert waren, rekrutierte die Partei ihre Landtagskandidatinnen und -kandidaten. Für viele war der Kontakt zur AfD der erste Berührungspunkt mit einer Partei, andere hatten bereits in anderen Parteien oder Vereinigungen auf kommunaler Ebene politische Erfahrungen gesammelt. Die Partei entsendete fast ausschließlich Politneulinge in die Landtage. Rütters (vgl. 2017) stellt in seiner Abhandlung, die Abgeordnetenprofile aus acht Landtagen analysiert, deshalb die Frage nach der Parlamentsfähig- und -willigkeit der NeuparlamentarierInnen.

Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, müssen sich Abgeordnete auf inhaltlicher und auf prozeduraler Ebene Fachwissen aneignen, damit sie nicht nur ihren Repräsentationsaufgaben nachkommen, sondern auch die Regierung kontrollieren können (zu den Parlamentsfunktionen vgl. Patzelt 2006). Jenseits dieser klassischen Funktionszuschreibungen ist jedoch gerade bei Landesparlamenten eine klare Rollenverteilung in der Außendarstellung zwischen ‚normalen‘ Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden zu konstatieren (vgl. ebd.: 113). Letztere sind nicht nur in ihrer Führungs- und Planungsfunktion elementar, sie geben der jeweiligen Fraktion ein Gesicht und entscheiden durch ihre Arbeitsweise in herausragender Weise über die Parlamentsfähigkeit ihrer Fraktion. Aus diesem Grund sollen in diesem Abschnitt nicht nur die Profile der Einzelabgeordneten analysiert werden, auch den Fraktionsvorsitzenden ist ein ausführliches Unterkapitel gewidmet.

6 Vgl. hierzu auch: Rütters 2017. Diese deskriptive Abhandlung bezieht sich auf acht Landesparlamente. Im Vergleich zu unserer Studie fehlen die Fraktionen von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

7 Da es bei der Analyse auch um die Kandidatenselektion geht, werden alle Abgeordneten zum Zeitpunkt des Parlamentseinzugs untersucht und nicht die reduzierten Fraktionsgrößen.

8 Der Journalist und FAZ-Korrespondent Justus Bender kategorisiert die Herkunft der frühen AfD-Mitglieder wie folgt: Euroskeptiker, heimatlose Nationalkonservative, frustrierte CDU-Mitglieder, Hobbypolitiker und Zufallsmitglieder. „Vor ihrer Mitgliedschaft in der AfD waren sie in fünf Parteien gewesen, offenbar immer auf der Suche nach einer Gelegenheit, vor Publikum zu sprechen und Machtfragen auszudeckeln. Als die Piratenpartei gescheitert war, zogen sie weiter zur nächsten Gruppierung, das war die AfD“ (Bender 2017a: 56).

Fragen zu den Neuparlamentariern, denen in diesem ersten Teil nachgegangen werden soll, lauten unter anderem: Was zeichnet die gewählten Volksvertreter und -vertreterinnen der AfD in den deutschen Landtagen aus? Welche Sozialprofile der Abgeordneten können identifiziert werden? Über welche beruflichen Qualifikationen verfügen sie und auf welche politischen Erfahrungen, sei es in Parteien oder durch frühere Wahlmandate, können sie zurückgreifen, um sie für die parlamentarische Arbeit in einen Landtag einzubringen? Können unter den Abgeordneten der AfD Merkmale und Eigenschaften identifiziert werden, die sie von den Abgeordneten der anderen Parteien signifikant unterscheiden?

Das erkenntnisleitende Interesse dieses Abschnitts nimmt somit die Gründung der AfD als postulierte Alternative auf und fragt nach den Unterschieden zwischen den Abgeordneten der AfD als RepräsentantInnen einer jungen Partei und den etablierten parlamentarischen Akteuren. Lassen sich Hinweise auf Abweichungen von herkömmlichen Qualifikationswegen und Vorerfahrungen finden? Und was bedeutet dies für die Anforderungen an die Abgeordneten, die damit konfrontiert werden, „Politik als Beruf“ auszuüben (vgl. Borchert 1999)? Können wir Facetten eines neuen Abgeordnetentypus erkennen, der mit der AfD Einzug auf der parlamentarischen Bühne hält? Bei der Beantwortung dieser Fragen leitet uns die Hypothese, dass – ähnlich der zwei Motive von Enttäuschung und Überzeugung, die viele für die AfD stimmen ließen – die Abgeordneten der AfD in den Landtagen nicht alleine von einem Grundmotiv der Enttäuschung geprägt sind, sondern ebenso von der Hoffnung, dass ihre Überzeugung Anerkennung findet und sie individuell den Weg des Aufstiegs einschlagen können. Das Grundmuster der Enttäuschung hat viele Facetten: Enttäuschung etwa darüber, sich nicht von Regierung und etablierten Parteien vertreten zu fühlen, beispielhaft aufzuzeigen anhand der Euro- und Finanzkrise sowie der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung; Enttäuschung speziell über die Politik der CDU als frühere politische Heimstatt vieler Mitglieder und WählerInnen der AfD; schließlich Enttäuschung und Unzufriedenheit möglicherweise über den eigenen beruflichen Werdegang oder die bislang erfolglose parteipolitische Karriere. Das sind wesentliche Motivlagen für das Wirken und die Tätigkeit der AfD-Abgeordneten. Aus dem Spannungsbogen von Enttäuschung und Überzeugung können aber auch Facetten strukturbildender Elemente multipler Bipolaritäten abgeleitet werden, die einen Handlungsrahmen für die parlamentarischen Aktivitäten der AfD-Abgeordneten in den Landtagen darstellen.

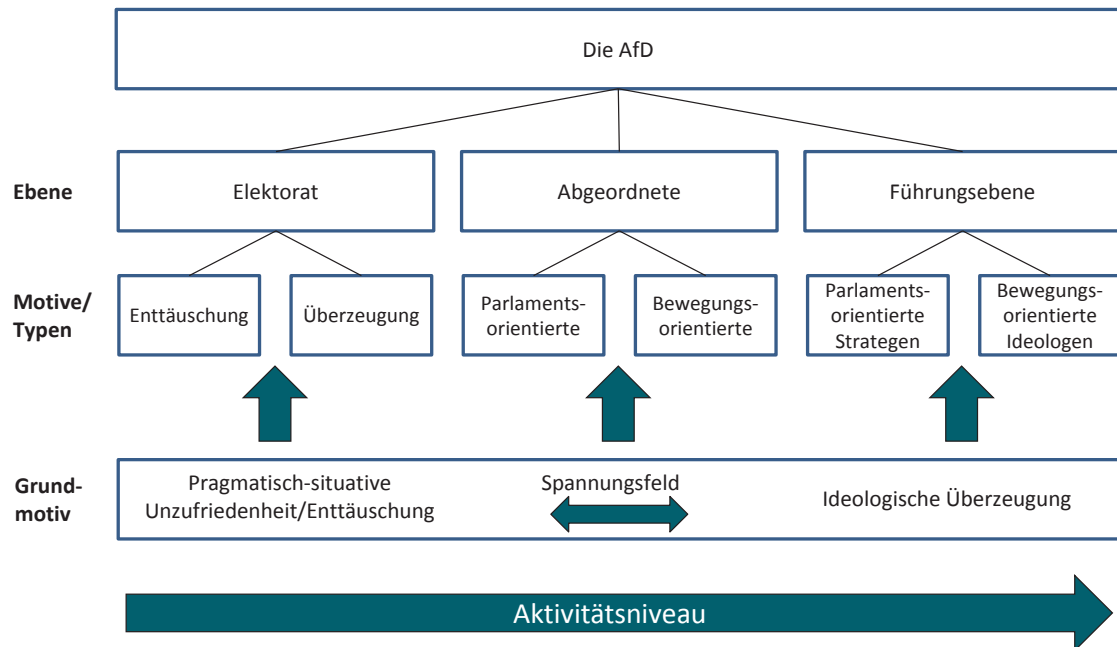
Abbildung 2 bildet das Zusammenspiel und die Differenzen zwischen den Ebenen des Elektorats, der Abgeordneten und der Führungsspitzen ab. Das alle Akteure und Ebenen überwölbende Grundmotiv resultiert aus dem Spannungsbogen zwischen pragmatisch-situativer Unzufriedenheit bzw. Enttäuschung und ideologischer Überzeugung. In der konkreten Ausprägung und mit Bezug auf die Präsenz im Parlament leiten wir daraus einen konflikthaften Spannungsbogen von Parlaments- und „Bewegungsorientierung“ ab. Auch wenn sich diese beiden Grundtypen in einem Spannungsverhältnis gegenüberstehen, so profitieren doch beide Flügel in der Formierungsphase der AfD voneinander.

Im Folgenden werden die 153 Abgeordneten der AfD mit Bezug auf die askriptiven Merkmale Geschlecht, Alter, Beruf und Bildung⁹ genauer betrachtet. Da die AfD eine noch junge Partei ist und dadurch Fragen nach etwaigen politischen Vorerfahrungen ihrer Abgeordneten sowie den ideologischen Quellen des Rekrutierungsprozesses in den Mittelpunkt rücken, wer-

9 Eine Unsicherheit bei der Erhebung von Daten, insbesondere auf Länderebene, betrifft deren Zuverlässigkeit. Die hier verwendeten Daten wurden auf Basis der Datenbanken der jeweiligen Landesparlamente erhoben. Die dort zu findenden Angaben beruhen auf Selbstauskünften der ParlamentarierInnen, d. h. eine Korrektheit der Daten ist nicht sichergestellt (vgl. Reutter 2008: 118). Darüber hinaus dienten dort, wo Lücken auftraten, v. a. die Kandidatenvorstellungen auf Partei-, Fraktions- und Abgeordnetenwebsites sowie in Medienberichten als wertvolle Quellen.

den darüber hinaus weitere Merkmale analysiert, die hierzu Auskunft geben können, wie die frühere Parteizugehörigkeit, politische Vorerfahrungen und Mandatserfahrung.

Abbildung 2: Die Ebenen der AfD



Eigene Darstellung.

Geschlecht: Männerpartei in der Tradition anderer rechtspopulistischer Parteien

Parlamenten wird gemeinhin ein Repräsentationsdefizit zu Lasten des weiblichen Geschlechts attestiert (vgl. Reutter 2008: 119). Dieses Defizit wird von der AfD nochmals verstärkt: Der Männeranteil unter den AfD-Abgeordneten liegt im Durchschnitt fast 20 Prozentpunkte höher als die Durchschnittswerte in den untersuchten zehn Landesparlamenten über alle Fraktionen hinweg – in den AfD-Fraktionen beträgt er, wie Tabelle 2 zeigt, 85,6 Prozent, in den zehn Landesparlamenten durchschnittlich 66,6 Prozent. Die AfD in den Landtagsfraktionen ist stark männerdominiert; der Anteil von Mandatsträgerinnen ist marginal und liegt bei knapp 15 Prozent. Dieser Befund zur Dominanz von Männern in der AfD bestätigt Erkenntnisse, die sich bereits aus den Kandidatenstudien zur Bundestagswahl 2013 sowie zu Landtagswahlen im Jahr 2013 (Hessen) und 2014 (Sachsen) über die AfD ergaben (vgl. Ceyhan 2016: 60). Er korrespondiert zudem mit der Geschlechterzusammensetzung der AfD-Wählerschaft (60 Prozent Männer, vgl. Infratest dimap Landtagswahlstudien) und dem Männeranteil unter den Mitgliedern (78,3 Prozent, vgl. Bender 2017b). Dieser Umstand belegt zugleich, dass von der Wählerschaft über die Mitglieder bis hin zu den Abgeordneten die Geschlechterungleichheit nochmals eine Zuspitzung erfährt. Die Erkenntnis ist allgemein für (rechts-)konservative Parteien von Bewandtnis: Diese sind „sowohl im Hinblick auf ihre Mandatsträger als auch auf ihre Wähler stark von Männern dominiert (Männerparteien‘), während Frauen deutlich unterrepräsentiert sind“ (Ceyhan 2016: 60).

Bei dem Versuch, die Unterschiede zwischen den AfD-Fraktionen zu erklären, ist ein Muster hervorzuheben, das sich in der weiteren Analyse noch häufiger finden wird: Es gibt Ansätze für Korrelationen, die bei näherem Hinsehen doch wieder gebrochen werden und sich in einer durchgehenden Uneinheitlichkeit auflösen. Auf die Geschlechterzusammensetzung angewandt

bedeutet das, dass mit Sachsen (64,3 Prozent) und Rheinland-Pfalz (78,6 Prozent) zwei Länder mehr oder weniger deutlich unter dem überhöhten durchschnittlichen Männeranteil (85,6 Prozent) liegen, die, wie in Abschnitt 2.2 gezeigt wird, parlamentsorientierte AfD-Fraktionen aufweisen. Man könnte also schließen, dass diejenigen Fraktionen bzw. Fraktionsvorsitzenden, die sich verstärkt um ein professionelles Auftreten im Plenum bemühen, auch schon vor dem Parlamentseinzug steuernd auf die Kandidatenselektion eingewirkt haben. Dagegen spricht, dass mit der Berliner Fraktion eine weitere parlamentsorientierte einen überhöhten Männeranteil (88 Prozent) vorweist.

Tabelle 2: Anteil von Männern in Landesparlamenten^a (in Prozent)

Bundesland	AfD-Fraktion	Durchschnittswert Landtag (Stand August 2013)
BW	87,0	81,9
BE	88,0	66,4
BB	81,8	60,2
HB	100,0	59,0
HH	87,5	61,2
MV	94,4	71,8
RP	78,6	60,5
SN	64,3	69,7
ST	92,0	67,6
TH	81,8	61,4
Ost ^b	85,6	66,3
West	85,7	67,1
Durchschnitt	85,6	66,6

a Um die biografischen Datenprofile der Landtagsabgeordneten annäherungsweise einordnen zu können, wurden vergleichende Daten zu den deutschen Landesparlamenten von Werner Reutter (2013) sowie Daten zur Sozialstruktur aus dem Datenhandbuch des Deutschen Bundestages herangezogen.

b Berlin wird in den Berechnungen, so nicht anders vermerkt, zu den ostdeutschen Landesparlamenten gezählt.

Quelle: eigene Recherche; Reutter 2013.

Dass die stark überdurchschnittliche Frauenquote in der sächsischen AfD-Fraktion durch die einzige weibliche Fraktionsvorsitzende Frauke Petry beeinflusst ist, lässt sich, wie Rütters (vgl. 2017: 14) feststellt, nicht hinreichend belegen. Insgesamt folgt auch die Geschlechteraufteilung der Struktur der Bipolarität, die für die parlamentarische Praxis der AfD in den Parlamenten insgesamt eine wichtige Rolle spielt. Denn die Dominanz der Männer gegenüber Frauen hat nicht nur eine quantitative Dimension, sie drückt sich auch in der Bedeutung von Frauen hinsichtlich der Ämterverteilung und der Vergabe von Führungspositionen aus, wie im Weiteren noch ausführlicher zu zeigen sein wird. Unter den zehn AfD-Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen befindet sich mit Frauke Petry, die zugleich Bundesvorsitzende ist, nur eine Frau. Auch unter den insgesamt 15 Ausschussvorsitzenden, die von der AfD in den zehn Landtagen gestellt werden, ist keine Frau zu finden (siehe Tabelle 3).

In dieser Hinsicht wirkt sich die Männerdominanz in der AfD somit konkret in der Frage von Machtverteilung und Einflussnahme aus. Frauen sind nicht nur in den AfD-Fraktionen eine kleine Minderheit. Sie nehmen aber in einzelnen Spitzenpositionen (Petry, Weidel, von Storch) eine wichtige öffentliche Funktion wahr, indem sie das Bild vermitteln sollen, dass die AfD keine rechte Partei von gestern ist, sondern vielmehr offen für Frauen und damit eine moderne Partei. Für die künftige Rekrutierung weiblichen Personals in der AfD für Mandate in

Landtagen oder Bundestagen stellt die geringe Anzahl weiblicher Mandatsträger jedoch alles andere als eine günstige Voraussetzung dar, fehlt es doch an weiblichen Vorbildern, die durch parlamentarische Präsenz von sich reden machen und andere Frauen in der AfD dazu motivieren könnten, für ein Abgeordnetenmandat zu kandidieren.

Tabelle 3: Ausschussvorsitzende der AfD in den Landtagen

	Land	MdL	Ausschuss
1	BW	Daniel Rottmann	Wahlprüfungsausschuss
2	BE	Frank-Christian Hansel	Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe
3	BE	Martin Trefzer	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
4	BB	Dr. Rainer van Raemdonck	Ausschuss für Haushaltskontrolle
5	BB	Sven Schröder	Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
6	HH	Dr. Alexander Wolf	Europaausschuss
7	MV	Jörg Kröger	Ausschuss für Innen und Europa
8	MV	Bernhard Wildt	Finanzausschuss
9	RP	Dr. Timo Böhme	Ausschuss für Soziales und Arbeit
10	RP	Heribert Friedmann	Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik
11	SN	André Wendt	Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration
12	ST	Hagen Kohl	Ausschuss für Inneres und Sport
13	ST	Andreas Mrosek	Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr
14	ST	Ulrich Siegmund	Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration
15	TH	Stephan Brandner	Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Quelle: eigene Recherche.

Alter: Hohe Ähnlichkeit mit den Altersstrukturen der Konkurrenzparteien

Bei den etablierten Parteien dominiert der Weg zu einem Parlamentsmandat über langjähriges Engagement und entsprechende Erfahrung. Statt langjähriger mühsamer Basisarbeit – so die Vermutung – könnte eine junge Partei als Anreiz einen schnellen Zugang zum Parlamentsmandat anbieten. Deshalb – so wäre ebenfalls zu vermuten – könnten vermehrt jüngere AktivistInnen rekrutiert werden, wie dies bei der Piratenpartei der Fall gewesen war – der Partei, der es zuletzt gelungen war, nur kurze Zeit nach der Parteigründung als Neuling gleich in mehrere deutsche Landesparlamente einzuziehen (vgl. Neumann 2013: 141). Jedoch findet man unter den AfD-Abgeordneten junge Politiker und Politikerinnen nur sehr selten. Es dominieren erfahrenere Männer. Tabelle 4 zeigt: Mit einem Durchschnittsalter von 49,7 Jahren hat die AfD in den Landtagen exakt den Altersdurchschnitt der Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Die AfD zeichnet sich als Neuling in den Parlamenten gegenüber den übrigen Parteien also nicht durch ein signifikant jüngeres Durchschnittsalter aus.

Auffallend ist der Ost-West-Vergleich: Die westdeutschen AfD-Fraktionen sind mit 53,2 Jahren im Schnitt über fünf Jahre älter als ihre ParteikollegInnen in den ostdeutschen Bundesländern (48,1 Jahre). Hervorzuheben ist eine weitere Besonderheit: der hohe Anteil der Alterskohorte der über 50-jährigen AfD-Abgeordneten in westdeutschen Landesparlamenten. Über

70 Prozent der westdeutschen AfD-Abgeordneten sind vor 1967 geboren und gehören dieser Altersgruppe an (AfD-Abgeordnete im Osten: 54,9 Prozent). Im Deutschen Bundestag beläuft sich dieser Wert auf 52 Prozent, der Durchschnittswert der zehn untersuchten Landtage liegt für diese Gruppe sogar bei nur etwa 39 Prozent (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Altersstruktur von Abgeordneten im Vergleich (Durchschnittswerte der Landtage 1990 bis 2005, Deutscher Bundestag 2013, AfD zum 31.12.16, Angaben in Prozent)^a

	Unter 30 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	60 Jahre +
Anteil AfD Landtage Ost	6,7	14,4	31,7	32,7	14,4
Anteil AfD Landtage West	6,1	8,2	14,3	44,9	26,5
Anteil AfD gesamt	6,5	12,4	26,1	36,6	18,3
Durchschnittswerte					
10 Landtage	4,3	18,5	37,2	31,6	7,6
Deutscher Bundestag gesamt 2013 ff.	2,9	15,2	27,9	36,2	18,0

a Bei den Angaben zum Geburtsdatum wurde bei denjenigen Abgeordneten, bei denen nur das Geburtsjahr herauszufinden war, der 1. Januar des jeweiligen Jahres zur Standardisierung genutzt.

Quelle: eigene Recherche; Reutter 2013; Deutscher Bundestag 2016.

Spiegelbildlich zur dominierenden Rolle der über 50-jährigen männlichen Politiker in der Parlamentsarbeit der AfD im Westen hat die Partei dort nur verhältnismäßig wenige junge Abgeordnete in ihren Parlamentsreihen. In dieser Hinsicht könnte der mit 14,3 Prozent nur geringe Anteil der unter 40-jährigen AfD-Abgeordneten im Westen – verglichen mit 21,1 Prozent der AfD-Abgeordneten im Osten sowie 22,8 Prozent im Gesamtvergleich der zehn Parlamente – zwei Schlussfolgerungen nahelegen: Einerseits ist dies das Ergebnis der Rekrutierungsarbeit der dominierenden älteren Politiker und Politikerinnen in der Gründungsphase der AfD – vor allem im Westen –, die neben Erfahrung häufig auch über mehr Zeit verfügten als beruflich Engagierte; andererseits drückt sich darin ein Mangel an profiliertem politischem Nachwuchs in der westdeutschen AfD aus. Einen singulären Kontrastpunkt hinsichtlich der Anzahl von JungparlamentarierInnen bildet der sehr hohe Anteil der unter 30-Jährigen in der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalts (24 Prozent). Dort dominierten auch nicht die erfahrenen Alterskohorten den Gründungsprozess, sondern eher die Jüngeren, beruflich noch nicht klar Etablierten, die zu neuen beruflichen Ufern aufbrechen wollten (vgl. Bender 2017a: 60).

Neben den Unterschieden zwischen den west- und ostdeutschen AfD-Fraktionen zeigt sich ein weiterer interessanter Umstand: Vergleicht man die Alterskohorten der AfD-Fraktionen mit denen im Deutschen Bundestag, so fallen große Ähnlichkeiten in nahezu allen Kohorten auf. Hinsichtlich der Altersstruktur ihrer Abgeordneten geht die AfD im Vergleich zu den im Bundestag vertretenen Parteien somit keine neuen Wege. Berücksichtigt man jedoch, wie oben angesprochen, dass in den etablierten Parteien langjährige Karrierewege hinter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern liegen, kann durchaus von einem besonderen Altersdurchschnitt der AfD-Fraktionen gesprochen werden – eben weil er sich nicht von den etablierten Parteien unterscheidet (vgl. auch Rütters 2017: 10 f.).

Berufsstruktur: Partei der Selbstständigen und AufsteigerInnen

In den deutschen Landesparlamenten sind in hohem Maße Beamte und Beamtinnen sowie Angestellte des öffentlichen Dienstes vertreten (vgl. Reutter 2008: 128). Auch Selbstständige und

VertreterInnen freier Berufe sind in den Parlamenten – entgegen der häufigen Behauptung – keineswegs unter-, sondern in den bundesdeutschen Landesparlamenten in der Regel sogar überrepräsentiert (vgl. Reutter 2013: 41f.).¹⁰ Auffallend ist, dass Angestellte und ArbeiterInnen in den AfD-Fraktionen (28,8 Prozent) weniger häufig zu finden sind als im Durchschnitt der zehn verglichenen Landtage (37,5 Prozent). Ins Auge fällt außerdem, dass in den AfD-Fraktionen mehr als doppelt so viele Abgeordnete (11,8 Prozent) vor ihrem Mandatsantritt nicht erwerbstätig waren, als dies im Durchschnitt der zehn Landtage der Fall ist (4,9 Prozent).

Der bemerkenswerteste Befund ist folgender: Im Fall der AfD sticht der hohe Anteil von Selbstständigen und Vertretern von freien Berufen im Ländervergleich sehr deutlich hervor. Tabelle 5 zeigt, dass diese Berufsgruppe in den AfD-Fraktionen mit durchschnittlich 41,8 Prozent ganze 25 Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt in den verglichenen zehn Landtagen liegt. Der Anteil dieser Gruppen in der Gesamtbevölkerung schwankt zwischen vier Prozent in Sachsen-Anhalt und sieben Prozent in Hamburg (vgl. Reutter 2013: 41).

Tabelle 5: Berufsstruktur der Abgeordneten in deutschen Landesparlamenten: Gegenüberstellung AfD – Durchschnittswerte der Landtage 1990 bis 2005 (Angaben in Prozent)

Land	Angestellte und ArbeiterInnen		Öffentlicher Dienst		Selbstständige und freie Berufe		Nichterwerbstätige	
	Gesamt	AfD	Gesamt	AfD	Gesamt	AfD	Gesamt	AfD
BW	19,0	17,4	56,2	17,4	20,1	34,8	4,7	30,4
BE	39,5	44,0	34,6	4,0	18,6	48,0	7,3	4,0
BB	46,8	36,4	36,4	9,1	14,1	54,5	2,6	0,0
HB	37,0	50,0	38,1	0,0	16,1	50,0	8,8	0,0
HH	40,4	12,5	30,5	25,0	21,2	50,0	8,0	12,5
MV	39,1	27,8	40,5	16,7	16,2	38,9	4,3	16,7
RP	23,3	42,9	51,9	35,7	20,4	14,3	4,5	7,1
SN	39,9	21,4	42,3	14,3	15,3	57,1	2,5	7,1
ST	49,9	32,0	37,5	16,0	10,7	40,0	1,9	12,0
TH	46,6	18,2	38,9	27,3	11,1	45,5	3,4	9,1
Ost		31,7		13,5		46,2		8,7
West		26,5		22,4		32,7		18,4
Gesamtanteil	37,5	30,1	40,9	16,3	16,7	41,8	4,9	11,8
Deutscher Bundestag (2014)	34,6		32,2		23,5		5,0	

Quelle: eigene Recherche; Reutter 2013; Kintz 2014.

Gliedert man diese Gruppe weiter auf, sind vor allem drei Untergruppen hervorzuheben. Fast jede fünfte Person aus der Gruppe der Selbstständigen und freien Berufe ist KleinunternehmerIn (19,7 Prozent, 13 Abgeordnete); die medial häufig als prägend dargestellten Juristinnen und Juristen folgen mit elf Abgeordneten, ebenso die Selbstständigen aus der Immobilien- und Versicherungsbranche¹¹ (beide 16,7 Prozent). Auch mit Blick auf die einzelnen Landtage lassen

¹⁰ Maßgeblich sind die Berufe vor Antritt des Mandats.

¹¹ In dieser Gruppe fanden sich nach der Beobachtung von J. Bender eine Reihe von Parteiaktivisten, die über hinreichend Zeit für ein parteiliches Engagement verfügten: „Das wiederum zog unter den Schönrednern jene an, die beruflich gescheitert waren oder sich im Ruhestand befanden. Sie hatten einfach Zeit. So erklärt sich,

sich keine besonderen Prägungen feststellen: Ausreißer sind bereits mit jeweils drei Abgeordneten die Fraktionen in Baden-Württemberg (ÄrztInnen sowie Berater), Berlin (Juristen sowie Immobilien und Versicherungen), Sachsen (Immobilien und Versicherungen) sowie vier Kleinunternehmer in Sachsen-Anhalt.

Bei den Berufen im öffentlichen Dienst sieht das Bild anders aus. Während in den Landesparlamenten der öffentliche Dienst und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer überrepräsentiert sind (vgl. Reutter 2013: 41), spielen in den AfD-Fraktionen die Beamtenschaft und Angestellte im öffentlichen Dienst mit 16,3 Prozent eine vergleichsweise geringe Rolle. Im Deutschen Bundestag (Stand 2014) liegt dieser Prozentsatz bei 32,2 Prozent, bei den zehn verglichenen Landtagen bei sogar 40,9 Prozent. Insofern kann für die AfD-Fraktionen hinsichtlich der Berufsstruktur von einer Polarität zwischen den stark vertretenen Selbstständigen und Freiberuflern und den – im Vergleich zu den Landesparlamenten – nur gering vertretenen Berufen aus dem öffentlichen Dienst gesprochen werden. Diese Polarität lässt sich zugleich auf das Verhältnis zwischen den AfD-Fraktionen und den bereits in den Parlamenten etablierten Parteien beziehen, in denen die Berufe des öffentlichen Diensts eine starke Bedeutung haben. Dass sich die AfD in dieser Hinsicht von den anderen Parteien im Parlament unterscheidet, reklamieren VertreterInnen der AfD-Fraktionen als Vorteil. Durch das ausgeprägte unternehmerische Denken und Handeln der Abgeordneten profitiere die Partei im Hinblick auf ihre parlamentarische Arbeit in besonderer Weise (vgl. Interviews AfD ST, SN).

Inhaltlich bearbeiten die AfD-Fraktionen, wie in Abschnitt 3.3 noch gezeigt werden wird, das Themenfeld Sicherheit und Ordnung mit vielen Anfragen und Anträgen. Rütters (vgl. 2017) untersucht in seinem Aufsatz BerufssoldatInnen als einzelne Berufsgruppe und kommt dabei zu keinen relevanten Häufungen. Der hier Verwendung findende Ansatz geht darüber hinaus. Wenn man nicht nur ehemalige und aktive BerufssoldatInnen, sondern auch Polizisten und Polizistinnen sowie Sicherheitskräfte berücksichtigt, finden sich verstärkt Mitglieder dieses Berufsfeldes unter den Abgeordneten. Insgesamt lassen sich 13,1 Prozent der Abgeordneten (20 von 153) dem Berufsfeld zuordnen (siehe Tabelle 6). Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung sind dies 1,1 Prozent der Erwerbstätigen. Auffällig ist insbesondere die Diskrepanz zwischen den ost- und westdeutschen Fraktionen (17,3 Prozent bzw. 18 Abgeordnete im Vergleich zu lediglich 4,1 Prozent bzw. 2 Abgeordneten).

Wenig verwunderlich ist, dass unter den AfD-Abgeordneten nur relativ wenige Personen vor ihrem Eintritt in den Landtag in einem politiknahen Berufsfeld gearbeitet haben wie etwa in politischen Organisationen, politischen Parteien und Fraktionen. Ein Trend zu Rekrutierungswegen aus politiknahen Berufsfeldern konnte hingegen für den Deutschen Bundestag ausgemacht werden (Kintz 2014: 594 f.). Der Unterschied zum Bundestag erklärt sich aus der noch jungen Parteiorganisation der AfD. Es kann vermutet werden, dass künftige Rekrutierungsprozesse genau hier ansetzen und sich aus dem Mitarbeiterreservoir der AfD-Fraktionen Kandidaturen und MandatsträgerInnen herauskristallisieren werden (vgl. Abschnitt 3.1).

Der Einzug in den Landtag stellt einen besonderen Einschnitt in der Biografie parlamentarischer Neulinge dar. Mit Ausnahme eines Politikers (Dirk Nockemann, Hamburg) war das gewonnene Mandat für die AfD-Politiker und -Politikerinnen die erste berufliche Abgeordneten-tätigkeit auf der Ebene der Landespolitik. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle zieht das Landtagsmandat eine hauptamtliche Tätigkeit als BerufspolitikerIn nach sich. Welchen Wandel des sozialen Status bringt dieser Berufswechsel für die AfD-Abgeordneten mit sich? Nimmt man als Indikator die berufliche Stellung vor dem Eintritt in den Landtag, so kann man – Tabelle 7 zeigt dies sehr konservativ gerechnet anhand von vormaligen Arbeitslosen, RentnerInnen sowie

warum nicht wenige Funktionsträger der AfD sich im Nachhinein als Gegenstand von Insolvenzverfahren oder staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen entpuppten“ (Bender 2017a: 60).

BerufsanfängerInnen – bei etwa einem Fünftel (21 Prozent) der Abgeordneten von einem deutlichen beruflichen Aufstieg sprechen.

Tabelle 6: Anzahl und Anteil von Ordnungs- und Sicherheitsberufen in den AfD-Fraktionen

Bundesland	Anzahl	Anteil
BW	0	0,0 %
BE	7	28,0 %
BB	1	9,1 %
HB	0	0,0 %
HH	0	0,0 %
MV	1	5,6 %
RP	2	14,3 %
SN	3	21,4 %
ST	5	20,0 %
TH	1	9,1 %
Ost	18	17,3 %
West	2	4,1 %
Gesamt	20	13,1 %
Zum Vergleich: Gesamtbevölkerung ^a	469.381	1,1 %

a errechnet aus dem Berufsfeld Ordnungs- und Sicherheitsberufe im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen 2013. Quelle: eigene Recherche.

Tabelle 7: AfD-Abgeordnete, für die ihr Mandat als deutlicher Aufstieg zu werten ist

Land	Deutlicher Aufstieg (Arbeitslose, RentnerInnen sowie BerufsanfängerInnen)	Anteile
BW	9	39,1 %
BE	3	12,0 %
BB	1	9,1 %
HB	0	0,0 %
HH	1	12,5 %
MV	4	22,2 %
RP	1	7,1 %
SN	1	7,1 %
ST	10	40,0 %
TH	2	18,2 %
Ost	21	20,2 %
West	11	22,5 %
Gesamt	32	20,9 %

BerufsanfängerInnen sind definiert als Personen unter 35 Jahren in Ausbildung und Personen unter 50 Jahren, deren Bildungsabschluss nicht länger als fünf Jahre zurückliegt, vgl. Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) 2001: Übergang vom Bildungswesen ins Erwerbsleben. Quelle: eigene Recherchen.

Diese Indikatoren stellen aber nur eine erste Annäherung an die Frage eines beruflichen Aufstiegs dar; die wirkliche Zahl der Aufgestiegenen, die materiell und vor allem hinsichtlich ihrer Reputation gewonnen haben, liegt vermutlich um ein Vielfaches höher. Denkt man nur an jene Selbstständigen, die sich in einer schwierigen Wettbewerbsposition befanden, was vor allem in Ostdeutschland bei einigen KandidatInnen der Fall war, so ist augenscheinlich, dass die Mitgliedschaft in der AfD-Fraktion eine neue Form der sozialen Absicherung und des Aufstiegs bedeutete.

Da eine genauere Bestimmung der Zahl der Aufgestiegenen eine intensive einzelfallbezogene Perspektive voraussetzen würde, soll es bei dieser ersten konservativen Annäherung verbleiben. Zeitweilig prekäre berufliche Situationen, wie sie etwa anhand von Insolvenzen bei Selbstständigen unter den AfD-PolitikerInnen in den Medien beschrieben wurden (vgl. Rütters 2017: 15; Bender 2017a: 60), bleiben deshalb hier unberücksichtigt. Aus diesem Grund wurden als Indikatoren für einen deutlichen beruflichen Aufstieg nur die kategorialen Zuordnungen zu den Gruppen Arbeitslose, RentnerInnen sowie BerufsanfängerInnen herangezogen. Der dabei erkennbare beträchtliche Anteil von einem Fünftel zeigt, dass auch in dieser Hinsicht in den AfD-Frakturen eine Bipolarität konstatiert werden kann zwischen beruflichen AufsteigerInnen und denjenigen Abgeordneten, die ihren beruflichen Status durch das Landtagsmandat in etwa beibehalten konnten. Für die Gruppe der beruflich Aufgestiegenen, so kann gefolgert werden, bedeutet das Mandat zugleich einen gesellschaftlichen Aufstieg. Für diese Abgeordneten können andere Motive für die Gestaltung der weiteren politischen Karriere vorliegen als bei Abgeordneten, für die kein maßgeblicher beruflicher Aufstieg aus der Abgeordnetentätigkeit resultierte. Auch aus dieser Polarität heraus können sich Spannungslagen in den AfD-Frakturen ergeben und erklären lassen.

Bildung: Bildungseliten im Westen, nachholende Akademisierung im Osten

Wie bei der Altersstruktur zeigt sich auch bei der Bildungsstruktur der AfD-Abgeordneten eine nur geringe Abweichung gegenüber den anderen Parteien. Der Bildungsstand hinsichtlich des ersten Studienabschlusses liegt, wie Tabelle 8 zeigt, in den AfD-Frakturen mit durchschnittlich 66 Prozent zwar um rund 14 Prozentpunkte niedriger als im Deutschen Bundestag. Dies ist aber insofern nicht überraschend, als die Landespolitik – was berufliche Werdegänge angeht – als etwas durchlässiger als die Bundesebene gilt (vgl. Jauch/Sturm 2015). Obwohl damit der Akademikerstand vergleichsweise niedrig ist, sind in den AfD-Frakturen Bildungseliten gleichwohl präsent. Denn der Anteil von Promotionen und Habilitationen (rund 20,3 bzw. 2 Prozent) liegt dort sogar leicht über dem im Deutschen Bundestag (19,7 bzw. 1,4 Prozent).¹² Einen maßgeblichen Anteil daran haben vor allem die Ausreißer im baden-württembergischen Landtag und in der Hamburgischen Bürgerschaft. Unter den AfD-Abgeordneten in Baden-Württemberg können 9 von 23 Personen eine Promotion vorweisen (39,1 Prozent), in Hamburg sind es sogar 5 von 8 (62,5 Prozent). Bildungseliten in den AfD-Frakturen sind insgesamt im Westen eher vorzufinden. Dies beginnt bereits bei den (Fach-)Abiturquoten. Die Flächenstaaten im Osten weisen nur einen (Fach-)Abituranteil von 53 Prozent auf, was zum Teil mit der stärkeren Berufsorientierung der DDR-Ausbildung erklärt werden kann.

12 Hierzu Justus Bender: „Wer einen Dokortitel oder gar eine Habilitation vorzuweisen hatte, war in der Partei am Anfang klar im Vorteil. Daraus entstand dann das Bonmot, bei der AfD handle es sich um eine Professorenpartei“ (Bender 2017: 60).

Dies zeigt sich auch darin, dass die ostdeutschen Fraktionen eine höhere Studiums-¹³ als Abiturquote vorweisen können (67,3 zu 58,7 Prozent), zusätzlich untermauert durch viele Lebensläufe mit nachholenden Fort- und Weiterbildungen.

Tabelle 8: Bildungsabschlüsse unter AfD-Landtagsabgeordneten

Land	(Fach-)Abitur		1. Abschluss Studium		Promotion		Habilitation	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
BW	16	69,6 %	14	60,9 %	9	39,1 %	1	4,3 %
BE	19	76,0 %	19	76,0 %	5	20,0 %	0	0,0 %
BB	6	54,5 %	9	81,8 %	3	27,3 %	0	0,0 %
HB	4	100,0 %	3	75,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
HH	8	100,0 %	7	87,5 %	5	62,5 %	1	12,5 %
MV	9	50,0 %	10	55,5 %	3	16,7 %	1	5,6 %
RP	10	71,4 %	7	50,0 %	3	21,4 %	0	0,0 %
SN	8	57,1 %	9	64,3 %	2	14,3 %	0	0,0 %
ST	13	52,0 %	15	60,0 %	1	4,0 %	0	0,0 %
TH	6	54,5 %	8	72,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Ost	61	58,7 %	70	67,3 %	14	13,5 %	1	1,0 %
West	38	77,6 %	31	63,3 %	17	28,6 %	2	4,1 %
Gesamt	99	64,7%	101	66,0%	31	20,3%	3	2,0%
BT (2013 ff.)	519	82,3%	521	82,6%	124	19,7%	9	1,4%

BT = Deutscher Bundestag.

Quelle: eigene Recherche; Deutscher Bundestag 2016.

Frühere Parteizugehörigkeiten: Hoher Anteil der ParteiwechslerInnen

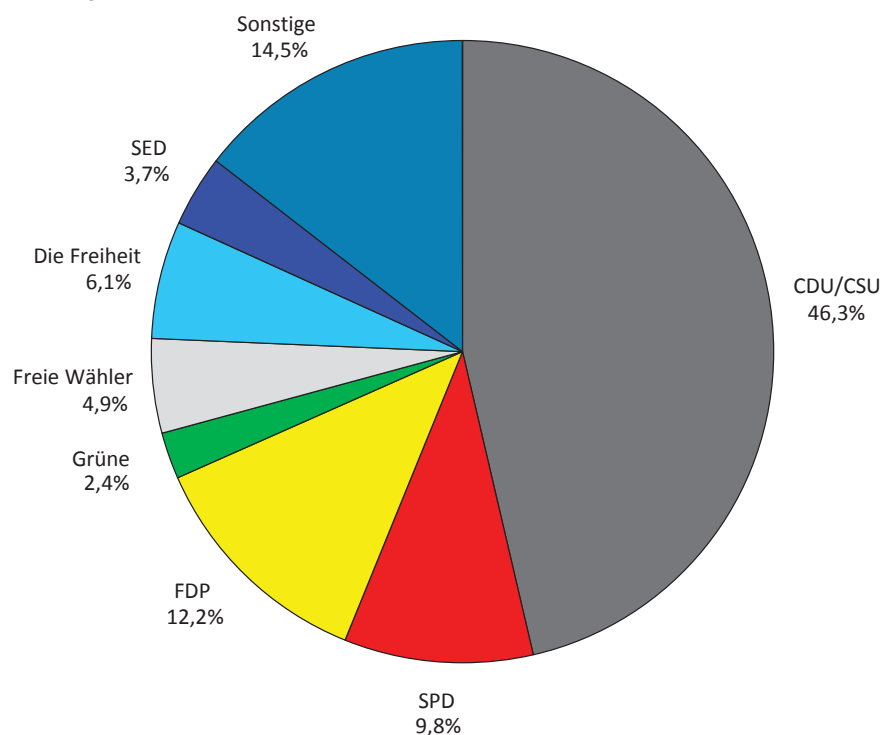
Bei einer jungen Partei wie der AfD ist es für eine erste Annäherung an potenzielle Vorerfahrungen der Parlamentarier und Parlamentarierinnen sinnvoll, auch die Parteimitgliedschaften vor dem Eintritt in die Partei zu berücksichtigen. Bei den etablierten Parteien kann grundsätzlich von einem meist größeren Anteil erfahrener Abgeordneter ausgegangen werden, die neuen Abgeordneten ihrer Fraktion wertvolle Tipps für den Einstieg geben können und ihnen bei der Einarbeitung in die parlamentarische Praxis helfen. Dies ist bei einer neuen Partei naturgemäß nicht der Fall. Es stellt sich also die Frage, inwiefern die Parlamentsneulinge der AfD bereits in anderen Parteien Erfahrungen gesammelt haben, die ihnen nun ihre Aufgabe erleichtern. Hier zeigt sich, dass die Neulinge zu einem beträchtlichen Teil keiner politischen Ad-hoc-Sozialisierung unterlegen sind, also nicht vom „Stammtisch in den Plenarsaal“ katapultiert wurden, sondern bereits länger auf der Suche nach einer politischen Heimat waren.

Fast 40 Prozent der AfD-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier waren zu einem früheren Zeitpunkt bereits Mitglied in (mindestens) einer anderen Partei. Im Osten ist der Anteil der AfD-Abgeordneten, die zuvor in einer anderen Partei Mitglied waren, höher als im Westen (42 vs. rund 35 Prozent). Welche früheren Parteimitgliedschaften stechen dabei heraus? In der

13 Häufig geht der Studiumsabschluss nicht zweifelsfrei aus den Abgeordnetenprofilen hervor; in den meisten Fällen lässt sich dies aber aus dem späteren Berufsweg schließen.

Literatur ist der Standpunkt verbreitet, die AfD ziehe diejenigen an, die sich von der christdemokratischen Regierungspolitik unter Merkel enttäuscht abwendeten und sich ein entschieden konservativeres politisches Profil wünschten. Der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke (2013: 6) etwa nennt die AfD ein „Sammelbecken für enttäuschte Konservative und Neoliberale“. Wobei sich diese Enttäuschung keineswegs alleine auf inhaltliche Positionen beziehe, sondern vielfach auch darin begründet liege, dass sie dort in ihren Karriereambitionen nicht weitergekommen seien. Diese Argumentation stützen einige Fakten aus unserer Untersuchung (siehe auch Abbildung 3): Annähernd die Hälfte (46,3 Prozent) der vorherigen Parteizugehörigkeiten von AfD-Abgeordneten entfallen auf die CDU/CSU. An zweiter Stelle liegt die FDP (12,2 Prozent); erst an dritter Stelle folgt die SPD (9,8 Prozent). Denkt man an eine Rechts-links-Verortung und nimmt die in den deutschen Landtagen vertretenen Parteien als Grundlage, so hat ein imaginärer bürgerlich-konservativer Block aus Union, FDP und Freien Wählern als frühere politische Heimat der heutigen AfD-Abgeordneten ein entschieden stärkeres Gewicht (63 Prozent) als die vorherige Mitgliedschaft in den Mitte-links-Parteien SPD und Grüne (12 Prozent).

Abbildung 3: AfD-Landtagsabgeordnete: Anteil der Parteien an vorherigen Mitgliedschaften insgesamt



Quelle: eigene Recherche.

Fassen wir diese Erkenntnisse zusammen, so ist es möglich, hinsichtlich der Parteimitgliedschaft der AfD-Abgeordneten mehrere Bipolaritäten zu konstatieren: Zum einen existiert eine Bipolarität zwischen den fast 40 Prozent, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit bereits Mitglied einer Partei waren, und der Mehrheit von gut 60 Prozent, die dies nicht waren; man könnte hier zwischen Partei-affinen und Nichtpartei-affinen unterscheiden. Zweitens besteht eine Bipolarität hinsichtlich der Abgeordneten mit früherer CDU/CSU-Mitgliedschaft (knapp die Hälfte unter denjenigen, die bereits Mitglied einer Partei waren) und denjenigen, die zuvor Mitglied in einer anderen Partei als der Union waren. In dieser Hinsicht ist es zutreffend, die CDU als einen Fixpunkt in der parteipolitischen Vorgeschichte der AfD-Abgeordneten zu

bezeichnen. Die AfD ist zu einem erheblichen Teil – was ihre Abgeordneten in den Parlamenten betrifft – „Fleisch vom Fleische der CDU“. Diese Feststellung gibt nicht nur Hinweise auf Wandlungsprozesse politischer Prägungen der AfD-Abgeordneten. Sie ist auch für die parlamentarische Auseinandersetzung sowie vorzufindende Beziehungsmuster zwischen der AfD und der CDU wegweisend. Denn in der parlamentarischen Praxis führen eine ähnliche Herkunft und ähnliche Grundüberzeugungen einzelner Abgeordneter zu einer offenen oder stillschweigenden Nähe, was sich auch innerhalb der Fraktionen zu einem Problem entwickeln kann. Beispielsweise hat dies 2016 und 2017 in der sachsen-anhaltinischen CDU zu mehreren Krisensitzungen geführt, die in Abgrenzungspapieren resultierten (vgl. CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt 2017).

Eine Reihe von Studien analysieren, inwiefern die AfD als rechtspopulistische Partei eingestuft werden kann (vgl. z. B. Lewandowsky 2015; Ceyhan 2016, Rosenfelder 2017). Welche gesellschaftlichen und politischen Bande hat die Partei also zu den sogenannten „Neuen Rechten“ und zu rechtsextremen Parteien (vgl. Häusler 2016)? Die Datenauswertung zeigt: Bei 21 Prozent der AfD-Abgeordneten (13 Personen), die zuvor einer anderen Partei angehörten (8,5 Prozent der gesamten Abgeordneten), kann die frühere Mitgliedschaft in einer rechten Partei festgestellt werden. Gemeint sind sowohl rechtsextreme als auch rechtspopulistische Parteien (Die Freiheit, Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, Pro Deutschland, REP, Schill-Partei, Bündnis Arbeit-Familie-Vaterland). In der Rangfolge ganz oben steht die islamfeindliche Partei „Die Freiheit“ (6 Prozent; 5 Personen).¹⁴ Hinzu kommen Abgeordnete, die sich vor ihrer Zeit in der AfD im Umfeld rechter Organisationen bewegten, was aber aufgrund der unsicheren Datenbasis nicht seriös quantifiziert werden kann. Dazu gehören rechte Burschenschaften, Verbindungen ins neurechte publizistische Milieu oder zu anderen Organisationen wie der Identitären Bewegung.¹⁵

Politische Erfahrung: Fehlende Langzeiterfahrungen erschweren die parlamentarische Praxis

Die frühere Parteizugehörigkeit der AfD-Abgeordneten kann Auskunft über politische Sozialisationswege geben. Darüber hinaus stellt sich die Frage, über welche politische Vorerfahrung die Abgeordneten der noch jungen Partei verfügen. Politische Erfahrung wird in diesem Zusammenhang wie folgt definiert: Der oder die Abgeordnete hat vor seinem/ihrer Landtagsmandat bereits ein Amt (in einer anderen Partei oder politischen Organisation), Mandat oder eine andere politische Position (z. B. PressesprecherIn mit Parlamentsbezug) in einer Partei innegehabt. Die reine Parteizugehörigkeit oder die Mitgliedschaft in einem Landesvorstand der AfD ist kein ausreichendes Kriterium.

Knapp die Hälfte der AfD-Abgeordneten (47,1 Prozent) verfügt, dies zeigt Tabelle 9, diesem Ansatz nach über politische Vorerfahrung und hat vor dem Einzug in den Landtag etwa bereits ein politisches Amt oder Mandat bekleidet. Umgekehrt können knapp 53 Prozent als unerfahren in der Politik bezeichnet werden, da sie über keinerlei politische Vorerfahrung verfügen. Über parlamentarische Erfahrung auf Landes- oder Bundesebene verfügt im Übrigen nur ein einzi-

14 Zusätzlich muss hierbei berücksichtigt werden, dass bereits 2013 ein Aufnahmestopp für Mitglieder rechter Kleinparteien (unter anderem auch von „Die Freiheit“) ausgerufen wurde; eine Maßnahme, die schon angesichts der Zahlen nicht immer vollumfänglich eingehalten wurde.

15 Vgl. Deutscher Bundestag, Rechtsextreme Tendenzen der identitären Bewegung und der Initiative „Ein Prozent“. Antwort der Bundesregierung, Drucksache 18/12261 vom 8.5.2017.

ger Abgeordneter (Dirk Nockemann, Hamburgische Bürgerschaft als Mitglied der sogenannten Schillpartei).

Der hohe Anteil politisch Unerfahrener steht wohl in einem Zusammenhang mit dem folgenden Umstand: Die vielen Mandatsgewinne für die AfD stellten die Partei vor die Herausforderung, eine hohe Anzahl von Personen in die Parlamente zu entsenden. Jenseits der Spitzenpositionen waren jedoch – so kann gemutmaßt werden – auf den hinteren Plätzen der Landeslisten vielfach politisch unerfahrene ListenkandidatInnen („ZufallskandidatInnen“) aufgestellt. Für viele von ihnen kam der Einzug in den Landtag vermutlich überraschend und ohne, dass sie darauf vorbereitet waren.

Tabelle 9: AfD-Abgeordnete: Politisch Erfahrene oder Unerfahrene?

Bundesland	Mit Vorerfahrung	Unerfahrene
BW	7	16
BE	5	20
BB	6	5
HB	2	2
HH	3	5
MV	12	6
RP	10	4
SN	12	2
ST	11	14
TH	4	7
Anzahl Ost	50	54
Anteil Ost	48,1 %	51,9 %
Anzahl West	22	27
Anteil West	44,9 %	55,1 %
Anzahl Gesamt	72	81
Anteil Gesamt	47,1 %	52,9 %

Quelle: eigene Recherche.

Die Frage, inwiefern parlamentarische Vorerfahrungen bei den AfD-Abgeordneten bestehen, lässt sich noch differenzierter anhand vorheriger Wahlmandate auf kommunaler Ebene beantworten. 40 Prozent der AfD-Abgeordneten hatten vor ihrem Landtagsmandat ein kommunales Wahlmandat inne, wenn auch teilweise nur für einen kurzen Zeitraum. Demgegenüber hatten rund 60 Prozent keine Gelegenheit, auf Ebene der Kommunen Kenntnisse und wichtige Vorerfahrungen parlamentarischer Gremienarbeit zu erlangen. Das Niveau von Kenntnissen über und Vorerfahrungen mit Parlamentsarbeit unterscheidet sich stark je nach Bundesland – von 13 Prozent in Baden-Württemberg bis zu 78,6 Prozent in Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle 10).

Gleichwohl muss hierbei berücksichtigt werden, dass die Zeitspanne von der Aufnahme eines lokalen Wahlmandats für die AfD bis zum Landtagseintritt aufgrund der noch sehr kurzen Parteigeschichte der AfD gering ist und die in den lokalen Wahlgremien gemachten Erfahrungen in der Regel nur von kurzer Dauer waren. Das dadurch gewonnene Erfahrungswissen über Grundzüge parlamentarischer Arbeit kann daher nur von begrenztem Umfang sein. In der Kürze der Zeit war es nur bedingt möglich, sich fundiertes Wissen über parlamentarische Arbeitsweisen anzueignen (vgl. Rütters 2017: 17 f.). Unter dem Strich müssen daher die Vorkenntnisse der AfD-Abgeordneten, auch derjenigen mit Mandatserfahrung auf Kommunalebene, als sehr begrenzt bezeichnet werden.

Tabelle 10: Anzahl der AfD-Abgeordneten, die vor dem Landtagsmandat bereits ein Wahlmandat für die AfD innehatten (ausgewählte Länder)

Bundesland	Anzahl	Anteil
BW	3	13,0 %
BB	4	36,4 %
HH	2	25,0 %
MV	8	44,4%
RP	9	64,3%
SN	11	78,6%
ST	10	40,0%
TH	3	27,3%
Ost	36	45,6%
West	14	31,1%
Flächenländer	48	41,4%
Gesamt	50	40,3%

Anmerkung: In der Tabelle sind Bremen und Berlin ausgenommen, da dort zwischen der Parteigründung der AfD und der jeweiligen Landtagswahl keine Kommunalwahlen abgehalten wurden.
Quelle: eigene Recherche.

2.2 Profile der Fraktionsvorsitzenden

Die Analyse der Abgeordnetenprofile der AfD-Fraktionen kommt hinsichtlich der Parlamentsfähigkeit der politischen Neulinge zu einer skeptischen Einschätzung. Obgleich diese Diagnose tendenziell für die Mehrheit der Neulinge in allen Fraktionen zutrifft, lassen sich gravierende Unterschiede hinsichtlich der Professionalitätsbereitschaft der Fraktionen feststellen. Als zentrale Ursache für diese Differenzen wurden in den vielen Gesprächen im Rahmen der vorliegenden Untersuchung die Vorsitzenden der jeweiligen Fraktionen und ihre richtungsweisen Strategieweisen identifiziert.

Die Fraktionsvorsitzenden (FV) stellen (zumindest in zeitlicher Nähe zur entsprechenden Landtagswahl) das jeweilige Machtzentrum des AfD-Landesverbands dar. Sie sind dadurch entscheidend für die Strategie, aber auch für die Integration bzw. die Stabilität der Fraktion. Die innerfraktionellen Polaritäten zu stabilisieren ist eine Managementaufgabe, die bei neuen Parteien noch wichtiger ist als bei solchen mit gewachsenen Fraktionsstrukturen.¹⁶ Die FV profitieren von den Ressourcen (Führungsanspruch, Geld, Personal), die ihnen qua Position zugewiesen werden. Hierzu zählen insbesondere ihr Informationsvorsprung bzw. die sich daraus ergebenden Machtasymmetrien infolge ihrer herausgehobenen Stellung, etwa durch regelmäßig stattfindende Abstimmungsrunden im Parlament zwischen den Fraktionen, aber erst recht durch die Kooperation der AfD-Fraktionen untereinander.¹⁷

Auch die in den meisten Ländern gegebene Möglichkeit, bereits bei der Listenaufstellung auf die Zusammensetzung der zukünftigen Fraktion einzuwirken, sei hier genannt. So hat der

16 Wie wichtig diese Führungs- und Stabilisierungsfunktion ist, zeigt die Analyse der Piraten-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ab 2011. Der dortige Fraktionsvorsitzende Andreas Baum (von 2011 bis 2013) nahm seine kommunikative Führungsfunktion nach außen nur leidlich wahr und wirkte nach innen weder planerisch noch inhaltlich (vgl. Koschmieder 2013: 232).

17 Parallel dazu gibt es auch regelmäßige Telefonkonferenzen der Parlamentarischen GeschäftsführerInnen, was deren Unterstützungsfunktion auf der Arbeitsebene unterstreicht.

rheinland-pfälzische FV Uwe Junge laut eigener Aussage allen Kandidierenden bei der Bewerbungsprozedur das Versprechen abgenommen, nicht bereits nach einem Jahr für den Bundestag anzutreten, sondern die Arbeit im Landtag als fünfjähriges Projekt zu verstehen (vgl. Interview RP). Im Gegensatz dazu stand seinem Kollegen Jörg Meuthen die Einflussnahme auf die Listenaufstellung gar nicht zur Verfügung, da das baden-württembergische Wahlsystem mit autonomen Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern operiert. Wie oben bereits beschrieben, bedeutet das Abgeordnetenmandat für viele von ihnen einen gesellschaftlichen Aufstieg. Die Aussicht, das Mandat über die vollen fünf Jahre oder sogar in einer anschließenden Legislaturperiode erneut innezuhaben, produziert ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis, das auf Seiten des FV auch als indirektes Sanktionsinstrument genutzt werden kann. In diesem Sinne sind auch die Konflikte innerhalb der Fraktionen zu verstehen, bei denen es um Macht, Einfluss und Posten geht. Schon mehrfach haben FV bei Konflikten Abgeordnete aus Ausschüssen zurückgezogen.¹⁸

Wie Tabelle 11 zeigt, haben die FV wie die übergroße Mehrheit der Abgeordneten keine Erfahrung in politischen Spitzenämtern. Der politisch und strategisch profilierteste FV ist sicherlich Alexander Gauland, der 40 Jahre in der CDU aktiv war und zwischen 1987 und 1991 als Chef der hessischen Staatskanzlei wirkte. Es ist wenig verwunderlich, dass bei Gauland am ehesten so etwas wie ein faktisches Machtzentrum verortet werden kann. Was die FV verbindet, sind ihre Führungs- und Öffentlichkeitserfahrungen in Kontexten jenseits des politischen Betriebs. Jeweils zwei FV können Praxiskenntnisse und Erfahrungen aus dem Militär, den Medien oder einem Unternehmen einbringen, drei FV waren im Bildungswesen als HochschuldozentInnen bzw. LehrerInnen tätig. Wie sich dies auswirkt, kann exemplarisch in Rheinland-Pfalz beobachtet werden, wo dem FV Uwe Junge nicht nur von den anderen Fraktionen unterstellt wird, seine Fraktion so ähnlich zu führen, wie er es in seiner vorherigen Funktion als Oberstleutnant bei der Bundeswehr gewohnt war. Die Vorbereitung auf die Arbeit im Parlament geschah hier sehr hierarchisch und gut geplant, schnell wurden Organigramme und hierarchische Abstufungen entwickelt und der Aufbau des Fraktionsapparats forciert (vgl. Interview RP).

Wichtig für die Arbeit der FV sind außerdem die unterstützenden Aktivitäten des nicht politisch gewählten Fraktionspersonals, das maßgeblich durch den bzw. die FV ausgewählt wird. Hinzu kommen flankierende Aktivitäten der parlamentarischen Akteure, an erster Stelle die des parlamentarischen Geschäftsführers/der parlamentarischen Geschäftsführerin, der oder die in der Regel selbst meist schon über politische Erfahrung verfügt.

Die AfD ist eine junge Partei, die sich noch in ihrer formativen Phase befindet, deren Ausgang offen ist. Aus diesem Grund haben Analysen, die die Partei oder einzelne Landtagsfraktionen in ein starres Korsett einordnen wollen („Realo vs. Fundi“, Liberale vs. Nationalkonservative etc.) häufig nur eine begrenzte Halbwertszeit. Dennoch sind die einzelnen Fraktionen zu unterscheiden. Entscheidend dafür, wie eine Fraktion agiert, wie sie von außen wahrgenommen wird, ist an erster Stelle die Art, wie der oder die FV die „Funktion kommunikativer politischer Führung“ (Patzelt 2006: 113) ausübt. Zwei unterschiedliche Verständnisse der AfD-Fraktionen lassen sich dabei deutlich unterscheiden: parlamentsorientierte und „bewegungsorientierte“. Zum ersten Typus der parlamentsorientierten Fraktionen zählen die Fraktionen von Rheinland-Pfalz

18 So wurde dem baden-württembergischen AfD-Abgeordneten Heinrich Fiechtner, nachdem er im Landtag gegen das Fraktionsvotum für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge gestimmt hatte, seine Ausschusstätigkeit entzogen. Ein Antrag, ihn zusätzlich noch temporär von Fraktionssitzungen auszuschließen, scheiterte fraktionsintern (vgl. Interviews BW). Fiechtner lässt deswegen durch das Landesverfassungsgericht prüfen, welche Kompetenzen der Fraktionsspitze gegenüber dem freien Abgeordneten zustehen (Soldt 2017).

In der konfliktbeladenen sachsen-anhaltinischen Fraktion wurden im Mai 2017 gleich drei Abgeordnete ihrer Ausschussposten enthoben, da diese sich in Kurznachrichten intern gegen die Fraktionsführung positioniert hatten (vgl. Schumann 2017).

(Junge), Sachsen (Petry) und Berlin (Pazderski), der Typus der „bewegungsorientierten“ Fraktion wird insbesondere durch die thüringische (Höcke), sachsen-anhaltinische (Poggenburg) und brandenburgische Fraktion (Gauland) repräsentiert.¹⁹ Zwischen diesen Fraktionen lassen sich starke Kooperationsnetzwerke identifizieren (vgl. Interview ST). Die Parlamentsorientierten legen Wert darauf, durch Sacharbeit aufzufallen, schnell einen arbeitsfähigen und professionellen Fraktionsapparat zu installieren und im Plenum argumentativ zu überzeugen, selbst wenn dafür Reden oder kurze Wortbeiträge detailliert vorbereitet und eingeplant werden müssen.²⁰ Dies alles wird mit der strategischen Grundorientierung verbunden, dass die AfD einen dauerhaften Platz rechts von der Union im Parteiensystem erkämpfen und einnehmen will.

Tabelle 11: Die Profile der AfD-Fraktionsvorsitzenden in den zehn Landtagen

BL	Name	Geburts- jahr	Alter	Geburts- ort	Sozia- lisation (Ost- West)	Familien- stand	Studium/Beruf	Frühere Partei- mitglied- schaften	AfD-Landes- vorsitz? Kandidatur für den Bundestag
BW	Jörg Meuthen, Prof. Dr.	1961	56	Essen	W	verheiratet, fünf Kinder	VWL Studiendekan	keine	nein; aber seit 4.7.2015 AfD- Bundes- vorsitzender
BE	Georg Pazderski	1951	66	Pirmasens	W	verheiratet, zwei Kinder	BWL Berufsoffizier	keine	ja
BB	Alexander Gauland, Dr.	1941	76	Chemnitz	O/W	verheiratet, ein Kind	Jura Herausgeber Zeitung, Publizist	CDU	nein (Landesvorsitz 2014-2017); kandidiert für den BT
HB	Alexander Tassis ^a	1970	46	Athen	W	ledig	Geschichte Angestellter	CDU	nein
HH	Jörn Kruse, Prof. Dr	1948	68	Eutin	W	unklar	VWL Professor	SPD, Freie Wähler	nein
MV	Leif-Erik Holm	1970	46	Schwerin	O	verheiratet, ein Kind	VWL Journalist/ Büroleiter	keine	ja
RP	Uwe Junge	1957	59	Hildes- heim	W	verheiratet, zwei Kinder	Mittlere Reife Berufssoldat	CDU, Die Freiheit	ja
SN	Frauke Petry, Dr.	1975	42	Dresden	O	verheiratet, fünf Kinder	Chemie Geschäfts- führerin	keine	ja; kandidiert für den BT
ST	André Poggenburg	1975	42	Weißenfels	O	verheiratet	Lehre Kaufmann Selbstständig	keine	ja
TH	Björn Höcke	1972	45	Lünen	W	verheiratet, vier Kinder	Lehramt Lehrer	CDU-nah: Junge Union	ja

a Einzelabgeordneter.

Quelle: eigene Recherche.

¹⁹ Die anderen Fraktionen stellen Mischtypen dar. Hamburg tendiert aufgrund seiner ungeklärten Führungsposition und dadurch entstehender innerfraktioneller Heterogenität nur leicht in Richtung Parlamentsorientierung, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern neigen zur „Bewegungsorientierung“.

²⁰ In Rheinland-Pfalz ging dies so weit, dass Interventionen vorab verfasst und von Abgeordneten vorgelesen wurden.

Die „Bewegungsorientierten“ sind, wie der Name schon deutlich macht, vom Akteurstypus der sozialen Bewegung geprägt (vgl. Rucht 1987). Sie sind weniger inhaltlich greifbar und unterliegen auch nicht so stark einer hierarchischen Steuerung, sondern leben von situativen Momenten, in denen sie sich vom Parlament als solchem abgrenzen, sich als Sprachrohr der rechten Vororganisationen sehen bzw. versuchen, selbst die eigenen Anhänger auf der Straße zu mobilisieren. Diesem Idealtyp am nächsten kommt die thüringische Fraktion rund um ihren FV Björn Höcke. In Erfurt gibt es beispielweise regelmäßig AfD-Demonstrationen mit teilweise vierstelligen Teilnehmerzahlen.

Zwischen beiden Akteurstypen bestehen allerdings nicht nur Dissens und Spannungen, sondern auch eine Fülle sich wechselseitig verstärkender Bezüge. Beiden ist gemein, dass, wie in Abschnitt 3.4 noch gezeigt werden wird, ihre Aktivitäten, ob sie nun von strategischer Seite parlaments- oder „bewegungsorientiert“ ausgestaltet sind, in erster Linie dazu dienen, Material zu generieren, um die Anhänger der AfD im Netz zu mobilisieren. Beide versuchen darauf zu achten, die Anhänger und Anhängerinnen des jeweils anderen Politikmodus nicht gänzlich auszugrenzen, sondern diese jeweils für die eigenen Machtansprüche nach innen und außen zu nutzen.

Die FV bilden ein breites Spektrum von unterschiedlichen politischen und beruflichen Erfahrungen sowie Zugehörigkeiten zu spezifischen Alters- und Mentalitätskohorten ab. Vor allem verfügen sie aber über unterschiedliche Machtpositionen innerhalb ihrer Parteien und Fraktionen. Sechs der zehn Fraktionsvorsitzenden sind zugleich AfD-Landesvorsitzende. Dass die pure Zahl der Ämter jedoch keine Versicherung gegen eine Verschlechterung der eigenen Machtposition darstellt, zeigt sich an Frauke Petry. Sie hat zwar mit dem Vorsitz von Bundes- und Landespartei sowie der sächsischen Landtagsfraktion die bedeutendste Ämterfülle unter allen FV inne. Jedoch musste sie zuletzt als Folge ihres Versuches, die aufgezeigte Polarität zwischen Parlaments- und „Bewegungsorientierten“ aufzulösen, einen deutlichen Machtverlust hinnehmen. Nur zwei der zehn FV kandidieren für den Bundestag. Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass die überwiegende Mehrheit darauf bedacht ist, ihre Position als FV zu konsolidieren. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass sich mit dem Einzug der AfD in den Bundestag die Aufmerksamkeit für die landespolitischen Aktivitäten eher reduzieren wird.

2.3 Konflikte: Austritte aus Fraktionen

Da die AfD-Fraktionen sehr heterogen zusammengesetzt sind, ist das Ringen um den jeweiligen inhaltlichen Kurs Teil des Parlamentsalltages. Im Zentrum steht der Konflikt zwischen einer rechtskonservativen Parlamentspartei, die die Grenzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) achtet, und einem darüber hinausgreifenden Bewegungskonzept. Zentrale Felder, auf denen dieser Wettstreit angesiedelt ist, sind die Vergangenheits-, Sicherheits-, Ausländer- und Migrationspolitik. Einzelne Abgeordnete sind durchaus bereit, die Grenzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auszutesten, und artikulieren in parlamentarischen Debatten rassistische und zuweilen rechtspopulistische Positionen. Andere Abgeordnete wiederum sprechen sich gegen den rechtsorientierten Kurs ihrer Fraktion aus, was in manchen Fällen auch zum Austritt aus der Fraktion geführt hat.

Von den 153 vertretenen Abgeordneten in den 10 AfD-Landtagsfraktionen sind im Zeitraum von 2014 bis Ende Februar 2017 12 Abgeordnete aus der Fraktion ausgetreten bzw. ausgeschlossen worden (dies entspricht rund 8 Prozent aller AfD-Abgeordneten). Bei mehr als der Hälfte der Fälle (7 Austritte; 58 Prozent) liegen die Gründe für den Austritt laut der eigenen Aussagen der Abgeordneten im rechtsextremen, fremdenfeindlichen oder rechtsnationalen

Kurs der AfD. Umgekehrt wurden bei einem Viertel der Fälle (3 Personen) die Abgeordneten vonseiten der AfD-Fraktion aufgrund rechtsextremer oder antisemitischer Positionen ausgeschlossen oder zum Austritt aus der Fraktion gedrängt. Bei 2 Fällen lagen sonstige Gründe vor (Gesundheit; Vertrauensbruch). Auch hier existiert eine Polarität, nämlich zwischen den in den Fraktionen Verbleibenden und den Ausgetretenen, sie lässt sich im Wesentlichen an der Streitfrage eines rechtsnationalen Kurses der Fraktionen festmachen, die zentrale Ursache für die Fraktionsaustritte war.

Tabelle 12: Abgeordnete, die nicht mehr den AfD-Fraktionen und -Gruppen angehören^a

Land	Name	Austrittsdatum	Grund für den Austritt	Status
BW	Heinrich Kuhn	31.12.2016	Alters- und Gesundheitsgründe	ganz aus dem Landtag ausgeschieden; das Mandat übernahm Ersatzkandidat Klaus Dürr
BW	Claudia Martin	16.12.2016	„systemfeindlicher Oppositionskurs“ (Martin) und rechtsextreme Positionen der AfD	fraktionslos
BW	Wolfgang Gedeon	21.6.2016	nach Antisemitismusvorwürfen gegenüber MdL Austritt aus der Fraktion	fraktionslos
BE	Kay Nerstheimer	21.9.2016	eigener Austritt durch MdL nach Vorwürfen, auch aus AfD, rechtsextreme und homophobe Einstellung zu vertreten	fraktionslos
BB	Stefan Hein	6.10.2014	Ausschluss aus Fraktion; persönliche Animositäten: Vertrauensbasis mit Fraktionsvorsitzenden und Fraktion zerstört	fraktionslos
HB	Piet Leidreiter	Juli 2015	Austritt nach Spaltung der AfD-Bundespartei; Grund rechtsnationaler Kurs der AfD	Gruppe Liberal-Konservative Reformer Bremen
HB	Klaus Remkes	Juli 2015	Austritt nach Spaltung der AfD-Bundespartei; Grund rechtsnationaler Kurs der AfD	Gruppe Liberal-Konservative Reformer Bremen
HB	Christian Schäfer	Juli 2015	Austritt nach Spaltung der AfD-Bundespartei; Grund rechtsnationaler Kurs der AfD	Vorsitzender Gruppe Liberal-Konservative Reformer Bremen
HH	Ludwig Flocken	10.2.2016	grundlegende Differenzen; insbes. wg. rassistischer und fremdenfeindlicher Ressentiments des Abgeordneten	fraktionslos
TH	Siegfried Gentele	15.4.2015	Ausschluss aus Fraktion; nach Kritik am rechtsnationalen Kurs Höckes sowie am Politikstil Höckes generell	fraktionslos
TH	Oskar Helmerich	23.5.2015	eigener Austritt aus Fraktion: Grund: rechtsnationaler Kurs Höckes; Juli 2015 Austritt aus der AfD; seit 2016 Mitglied der SPD	Mitglied der SPD-Fraktion seit 13.4.2016
TH	Jens Krumpe	29.5.2015	eigener Austritt aus Fraktion; Grund: rechtsnationaler Kurs Höckes; AfD-Parteiaustritt am 10. Juli 2015	fraktionslos

a In Sachsen-Anhalt sind nach dem Untersuchungszeitraum drei Abgeordnete aus der Fraktion ausgetreten, alle zwischen dem 28.5. und 5.6.2017.
Quelle: eigene Recherche.

Die Austritte beschränken sich nur auf einzelne Fraktionen. Die Stabilität der Fraktionen unterscheidet sich offenbar stark – eine entscheidende Rolle hierbei spielen die Fraktionsvorsitzenden (vgl. Abschnitt 2.2).

Hervorzuheben ist der Fall des Abgeordneten Wolfgang Gedeon in Baden-Württemberg. Nachdem Antisemitismusvorwürfe aufgekommen waren, verteidigte der Fraktionsvorsitzende Jörg Meuthen den Abgeordneten zunächst, um dann seiner Fraktion mit dem Austritt zu drohen, sollte sie nicht einem Ausschluss Gedeons zustimmen. Da er dafür nicht die nötige Mehrheit erhielt, verließ Meuthen mit zwölf weiteren Abgeordneten die AfD-Fraktion temporär (die neue Fraktion firmierte als Alternative für Baden-Württemberg). Nach dreieinhalb Monaten schloss man sich wieder zusammen; Meuthen blieb Vorsitzender dieser gemeinsamen Fraktion.

3 Aktivitäten, Verhalten und Wirkungsweise der AfD in den Landtagen

Die AfD in den Landtagen ist als Partei der parlamentarischen Neulinge damit konfrontiert, dass sie sich die formellen und informellen Gesetze und – dort, wo sie ihr nicht automatisch zugeteilt werden – auch die Ressourcen mühsam aneignen muss. Dieser Prozess der Professionalisierung findet sowohl auf der inhaltlichen, kommunikativen wie auch auf der materiellen Ebene statt. Mit den Mitteln, die ihnen dabei zur Verfügung stehen, können die Fraktionen einerseits ihre Arbeit im Parlament gestalten; sie können diese Mittel informell aber auch dazu nutzen, auf sich aufmerksam zu machen und ihre Mobilisierungsfähigkeit in der Öffentlichkeit zu verbessern. In diesem Kapitel geht es um die Art und Weise, wie die unterschiedlichen AfD-Fraktionen mit ihren Ressourcen umgehen, und die Profile der Fraktions- und Oppositionsarbeit, die dadurch und damit entstehen.

3.1 Ressourcen: Personal und Finanzmittel

Zu den wichtigsten Quellen einer Fraktion zur wirkungsvollen Gestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit gehört ihr wissenschaftlich und politisch geschultes Personal. Durch die Fraktionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen werden die Abgeordneten bei ihren parlamentarischen Aufgaben sowie öffentlichen Auftritten im Rahmen des Mandats unterstützt. Die MitarbeiterInnen (MA) wirken darüber hinaus dabei mit, die strategischen Schwerpunkte der Fraktion vorzubereiten und eine schlagkräftige parlamentarische und öffentliche Präsenz zu ermöglichen. Für die weitere Entwicklung der Partei- und der Fraktionsarbeit ist die Gruppe der FraktionsmitarbeiterInnen eminent wichtig. Zum einen ist ihre fachliche Kompetenz für eine solide Parlamentsarbeit zwingend notwendig, zum anderen ist es insbesondere für die Fraktionsvorsitzenden von grundlegender Bedeutung, über eine inhaltlich und personell loyale Mitarbeiterschaft zu verfügen, die zugleich als Quelle der persönlichen Machtbasis des FV wirkt. Aus diesen Gründen lässt sich erklären, weshalb die Rekrutierungs- und Auswahlprozesse des Personals sehr aufwendig verliefen und von Problemen und Rückschlägen gekennzeichnet waren. Es dauerte teilweise viel länger als von den ProtagonistInnen erwartet, bis die AfD-Fraktionen ihre Stellen mit kompetenten und loyalen MA besetzen konnten.²¹ Zugleich gab es erhebliche Rückschläge und Friktionen bis hin zu hoher Mobilität zwischen den Fraktionen. Häufiger Personalwechsel gehörte zur Tagesordnung; dies dokumentierte sich durch vielfache Stellenausschreibungen, die nicht nur zu Beginn der Legislaturperiode, sondern zu den unterschiedlichsten Zeitpunkten auf den Websites der AfD-Fraktionen zu registrieren waren. Die hohe Fluktuation des Personals vermag zu erklären, warum mitunter schleppende Prozesse der Professionalisierung in den AfD-Fraktionen auszumachen waren. Die Herkunftsberufe und -kontexte der rekrutierten MA zeigen ein starkes Interesse an der Beschaffung von a) rechtlicher Kompetenz, b) Öffentlichkeitskompetenz und c) ideologischer Orientierung, wie es die häufige Rekrutierung unter JuristInnen, (ehemaligen) JournalistInnen und Burschenschaftlern nahelegt. Mit Blick auf den Rekrutierungspool sind zwei ideologische Gruppen zu unterscheiden: einerseits diejenigen, die Sympathien für und eine Nähe zur Jungen Freiheit aufweisen; andererseits Personen, die über eigene Erfahrungen mit und ideologische Anknüpfungspunkte zu radikaleren Medien bzw. Organisationen verfügen, wie etwa zum Institut für Staatspolitik in Schnellroda.²²

21 Ein Grund hierfür dürfte in dem Umstand liegen, dass der Interessenten- und Bewerberkreis – jenseits bereits parteipolitisch in der AfD beheimateter Personen – nicht zuletzt dadurch eingeschränkt wurde, dass Bewerber potenzielle Stigmatisierungen durch eine Tätigkeit für die AfD vermeiden wollten.

22 Zu den strategisch-zielorientierten Auseinandersetzungen zwischen der Jungen Freiheit und dem Institut für Staatspolitik sowie zwischen deren Protagonisten Dieter Stein und Götz Kubitschek vgl. Kellershohn 2016.

Anhand der Rekrutierung von MA sowie der Personalpolitik der AfD-Fraktionen lassen sich Erkenntnisse in Bezug auf den weiteren Aufbauprozess der Partei gewinnen. Denn die Gruppe der FraktionsmitarbeiterInnen stellt ein Reservoir dar, aus dem die zukünftige Elite der Partei schöpfen kann. Aus MA der Fraktionen werden oftmals die zukünftigen Abgeordneten und PolitikerInnen der AfD – ein Karriereweg, der auch in den anderen politischen Parteien verbreitet ist. Nimmt man allein die Referentinnen und Referenten sowie die parlamentarischen Beraterinnen und Berater der AfD-Fraktionen als Bezugsgruppe, so ergibt sich eine Anzahl von mindestens 116 Personen (vgl. Tabelle 13). Dieses Reservoir, das im Osten (73 Personen) deutlich größer als im Westen (43 Personen) ausfällt, stellt für die AfD eine wichtige Grundlage der Rekrutierung ihres künftigen politischen Personals dar. In den AfD-Fraktionen mangelt es nicht an Beispielen, in denen solche Karrierewege in jüngster Zeit erfolgreich praktiziert wurden. Auf drei besonders aussagekräftige Karrieren soll im Folgenden exemplarisch eingegangen werden: Zu nennen ist erstens Frank-Christian Hansel, der ehemalige brandenburgische AfD-Fraktionsgeschäftsführer. Hansel war vom brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden Gauland im Herbst 2014 nach Potsdam geholt worden, um den Aufbau der AfD-Fraktion voranzutreiben. Im Februar 2016 schied Hansel auf eigenen Wunsch aus seiner Funktion aus, um für die AfD ein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus zu erringen (Hansel 2016).²³ Seit Herbst 2016 ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Ein zweites Beispiel ist Ralf Özkara, der in der baden-württembergischen AfD-Fraktion von April 2016 bis Ende Februar 2017 als Büroleiter von Jörg Meuthen wirkte. Anfang März 2017 wurde er vom Landesparteitag zum ersten Landessprecher gewählt. In der Stichwahl gewann er mit 224 : 209 Stimmen gegen die im März 2017 zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte Politikerin Alice Weidel, die zugleich Bundestagsspitzenkandidatin der AfD ist. Drittens kann beispielhaft Sebastian Münzenmeier genannt werden. Er war maßgeblich am Aufbau der AfD-Fraktion in Mainz beteiligt und ist jetzt der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat der AfD für die Bundestagswahl. Solche parteipolitischen Karrieren im Schnelldurchlauf sowie im Windschatten bürokratisch-parlamentarischer Strukturen ersetzen – insbesondere in der noch jungen Partei AfD – einerseits die klassische „Ochsentour“ der tagtäglichen, langwierigen Kärnerarbeit in den Parteigremien, wie sie in anderen Parteien über Jahrzehnte hinweg in der Bundesrepublik üblich war und auch heute noch ist. Andererseits ist auf diesem Wege ein strategischer Aufbau von Personalressourcen für die AfD möglich, der als zukünftiges Organisationspotenzial für den weiteren Werdegang und Aufbauprozess der Partei von großer Bedeutung sein kann.

Mit den öffentlichen Finanzmitteln, die den AfD-Fraktionen wie den politischen Mitbewerbern auch zur Durchführung ihrer parlamentarischen Arbeit zugewiesen werden, verfügen die AfD-Fraktionen über Gelder für Personal, Sachmittel und für Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahr 2017 haben die AfD-Fraktionen insgesamt eine Summe von rund 12 Millionen Euro aus öffentlichen Geldern zur Verfügung (vgl. Tabelle 13). Auf den ersten Blick wird deutlich, dass hinsichtlich der Verteilung der Finanzmittel eine (relative) Ost-West-Polarität unter den AfD-Fraktionen besteht. Die sechs ostdeutschen AfD-Fraktionen verfügen aufgrund ihrer zumeist höheren Wahlergebnisse mit insgesamt neun Millionen Euro über deutlich mehr Finanzkraft als die westdeutschen AfD-Fraktionen mit etwas über drei Millionen Euro. Durch diese Ressourcen können die AfD-Fraktionen im Osten eine stärkere politische Präsenz der Partei erzielen, als dies im Westen der Fall ist. Im Osten hat die AfD ihre politische Hochburg. Dieser Umstand spielt somit auch in finanzieller Hinsicht eine Rolle. Denn durch ihre Präsenz in den

23 In seinem Bewerbungsschreiben für einen Platz auf der Berliner Landesliste der AfD nennt Hansel die Stationen seines beruflichen Werdegangs „Bausteine eines imaginären Qualifizierungsprogramms zum Abgeordnetenmandat“ (ebd.).

Parlamenten und ihre Wirkung in die Öffentlichkeit kann die Partei eine Grundlage für ihre Konsolidierung im Parteienwettbewerb schaffen. In dieser Hinsicht sticht Berlin mit rund 1,9 Mio. Euro an jährlichen öffentlich zugewiesenen Finanzmitteln für die Parlamentsarbeit als politische Hochburg hervor, gefolgt von Sachsen-Anhalt (1,8 Mio. Euro), Sachsen (1,7) sowie Mecklenburg-Vorpommern (1,6).

Tabelle 13: Zahl der Fraktionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen und Geldmittel

Land	Anzahl MA	Davon BeraterInnen/wiss. ReferentInnen	Gesetzliche Zuschüsse lt. LT-Gesetz/Jahr	Anmerkungen
BW	21	12	1.276.804,00 €	für 2017; lt. Staatshaushaltsplan für 2017
BE	14	11	1.894.850,88 €	für 2017 (Änderung Berechnung ab Mai 2017 berücksichtigt, anteilig Alt-neu-Berechnung) ab Mai 2017; künftige Summe pro Kalenderjahr: 2.064.004,32 €
BB	14	7	1.095.156,00 €	für 2017; MA: Angaben für 2015
HB	0	0	0	für 2017; Einzelabgeordneten steht kein Anspruch auf Mittelgewährung zu, so dass der Abg. Tassis keine Mittel bekommt, nur Abgeordnetendiät.
HH	16	15	714.922,00 €	für 2017; zu Zuschüssen: für 2016
MV	20	14	1.606.754,04 €	ab 1.1.2017
RP	19	16	1.128.240,00 €	für 2017
SN	24	18	1.708.586,64 €	für 2017
ST	15	10	1.780.254,00 €	für 2017
TH	17	13	961.870,08 €	für 2017
Ost	104	73	9.047.471,64 €	
West	56	43	3.119.966,00 €	
Gesamt	160	116	12.167.437,64 €	

Quellen: Bei den Geldmitteln beziehen sich die Berechnungen auf Landtagsbeschlüsse, Haushaltspläne, sonstige amtliche Daten oder Fraktionsgesetze der Landtage; bei der Anzahl der MA waren Angaben nicht öffentlich zugänglich, weshalb auf Schätzungen unter Zuhilfenahme von kundigen ParlamentsbeobachterInnen als Annäherung zurückgegriffen wurde. Hinweis: Der zeitliche Umfang, in dem die MA der Fraktion zur Verfügung stehen, war nicht zu recherchieren. Die in einigen Fällen vergleichsweise hohe MA-Zahl lässt aber auf Teilzeitmodelle zwischen Fraktionsarbeit und der direkten Zuarbeit für einzelne Abgeordnete schließen.

Ein deutlicher Ost-West-Unterschied besteht übrigens auch darin, wie die Wahlkampfpauschalen der Abgeordneten eingesetzt werden: In den westdeutschen Fraktionen (vor allem Rheinland-Pfalz) werden die personellen Ressourcen häufiger als im Osten in den Landtagsfraktionen zentralisiert; Wahlkreisbüros sind nicht so verbreitet. Dagegen verstehen sich die ostdeutschen Fraktionen als in der Fläche verankert, sie sind stolz auf ihre Präsenz in den Wahlkreisen und auf ihre zahlreichen Bürgerbüros (vgl. Interviews RP und SN).

3.2 *Parlamentarische Initiativen*

Wie im vorherigen Abschnitt bereits angedeutet, stehen Parlamentsneulinge vor multiplen Herausforderungen: Eine zentrale Aufgabe besteht darin, der Funktion als Mitglied einer Oppositionsfraktion nachzukommen. Eine erste Annäherung hinsichtlich ihrer parlamentarischen Wirkungsweise in den deutschen Landtagen kann anhand allgemeiner Funktionskriterien von Parlamenten gewonnen werden. Patzelt (vgl. 2006: 109) nennt hier die Funktionen Repräsentation, Regierungsbildung, Regierungskontrolle und Gesetzgebung. Da sich die AfD in den untersuchten Landesparlamenten ausnahmslos in der Oppositionsrolle befindet und mit wenigen Ausnahmen²⁴ keinerlei Bestrebungen sowohl von anderen Parteien als auch von der AfD selbst zu Koalitionsdiskussionen²⁵ zu erkennen waren, spielte die Partei in der Praxis der Regierungsbildung keine Rolle.

Angesichts der begrenzten gesetzgeberischen Zuständigkeiten der deutschen Landtage – aufgrund der umfassenden Gesetzgebungstätigkeit des Bundes einerseits sowie der starken Stellung der Landesregierungen im Gesetzgebungsprozess auf der Länderebene andererseits – ist der Kern der parlamentarischen Aktivitäten von Oppositionsfraktionen wie der AfD nicht in der eigentlichen Gesetzgebung zu suchen (vgl. ebd.: 115 f.). Für die Praxis der parlamentarischen Arbeit von Oppositionsparteien rücken vielmehr Fragen der Repräsentation und der Regierungskontrolle in den Fokus. Zur Regierungskontrolle, der elementaren Funktion einer Oppositionsfraktion, gehören neben den Auskunfts- und Antragsrechten die finanzielle Unterstützung, MA und Redezeiten im Parlament sowie die Präsenz in Ausschüssen und weiteren Gremien (vgl. Reutter 2008: 188).

Unter die Kontrollinstrumente fallen: Frage- und Auskunftsrechte, Anträge, Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Aktuelle Stunden (vgl. ebd.: 256 f.). In Abschnitt 3.1 wurde bereits gezeigt, dass die Fraktionen – zumindest für die Anfangsphase gilt das generell – Schwierigkeiten hatten, kurzfristig einen professionell arbeitenden Fraktionsapparat zusammenzustellen. Von dieser Problematik ausgehend kann in Verbindung mit der fehlenden inhaltlichen und prozessbezogenen Parlamentsfähigkeit der Neuparlamentarierinnen und -parlamentarier eine eher schleppend verlaufende Startphase der AfD-Fraktionen antizipiert werden. Diese Erwartung bestätigen z. B. Jennerjahn (2015) bei seiner Auswertung zum ersten Jahr der sächsischen und Hansen (2017) für die ersten beiden Jahre der thüringischen AfD-Fraktion. Jennerjahn (2015: 16) bilanziert: „Auch nach etwas mehr als einem Jahr, fällt die Bilanz der parlamentarischen Arbeit der AfD ernüchternd aus. Wenig Anträge und lediglich zwei Gesetzesentwürfe, die Kernstücke der parlamentarischen Arbeit, sind hier zu verzeichnen, auch wenn die Zahl der Anträge im Vergleich zum ersten halben Jahr angestiegen ist. Einzig die Zahl der Kleinen Anfragen ist im Vergleich zu den ersten sechs Monaten deutlich gestiegen.“

Im Folgenden soll deshalb analysiert werden, welcher parlamentarischen Instrumente sich die AfD in den Landtagen bedient und inwiefern Jennerjahns und Hansens Beobachtungen nicht nur für die sächsische und thüringische, sondern für die AfD-Fraktionen insgesamt als zutreffend zu bewerten sind.

24 In Sachsen gab es im Herbst 2016 infolge von Abgrenzungen gegenüber Bundeskanzlerin Merkel zaghafte Überlegungen seitens dortiger CDU-Bundestagsabgeordneter (vgl. Meisner 2016).

25 Die Berliner AfD-Fraktion hat sich in einem Grundsatzpapier vom 31.3.2017 als Parlamentspartei beschrieben, die sich gegen „Fundamentalopposition“ ausspricht und „bereit ist Verantwortung zu übernehmen“: „Das schließt die – derzeit noch theoretische – Option ein, gemeinsam mit anderen Parteien eine Regierung zu bilden oder andere Parteien bei einer Minderheitsregierung zu tolerieren“ (AfD-Fraktion Berlin, Der Berliner Kurs der Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus Berlin, 31.3.2017).

Kleine Anfragen der AfD-Fraktionen

Kleine Anfragen sind das einfachste Instrument der Regierungskontrolle. Sie werden deshalb insbesondere von den AfD-Fraktionen sehr rege genutzt. Von Oktober 2014 bis April 2017 wurden in den zehn untersuchten Landtagen, in die die AfD eingezogen ist, ca. 22.600 Kleine Anfragen gestellt; 4.694, also ca. 20 Prozent davon stellten die AfD-Fraktionen. Wie Tabelle 14 zeigt, bestehen in der Nutzung Kleiner Anfragen große Unterschiede zwischen den einzelnen AfD-Fraktionen. Im Durchschnitt stellt ein AfD-Abgeordneter jeden Monat 1,8 Kleine Anfragen.²⁶ In Übereinstimmung mit Jennerjahns Ergebnis einer zunehmenden Nutzung und Fokussierung der Kleinen Anfragen machen die Abgeordneten der sächsischen AfD-Fraktion von diesem Instrument am intensivsten Gebrauch (je 4,2 Kleine Anfragen/Monat); unter den Fraktionen, die im April 2017 mindestens schon 12 Monate existierten, weist die Fraktion in Sachsen-Anhalt den geringsten Koeffizienten auf (1,4). Eine nochmals deutlich geringere Zahl ergibt sich für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit 0,5 und 0,6 Kleinen Anfragen pro Abgeordnetem bzw. Abgeordneter im Monat. Diese Zahlen sind aber nicht überzubewerten, da diese Fraktionen noch sehr jung sind.

Tabelle 14: Nutzung Kleiner Anfragen durch die AfD-Fraktionen in neun Landtagen

Land	Anzahl Kleine Anfragen	Kleine Anfragen pro MdL pro Monat
Baden-Württemberg	449	1,6
Berlin	70	0,6
Brandenburg	572	1,9
Hamburg	468	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	68	0,6
Rheinland-Pfalz	271	1,9
Sachsen	1824	4,2
Sachsen-Anhalt	349	1,4
Thüringen	623	2,0
Ost	3.506	1,8
West (ohne HB)	1.188	2,0
Gesamt	4.694	1,8

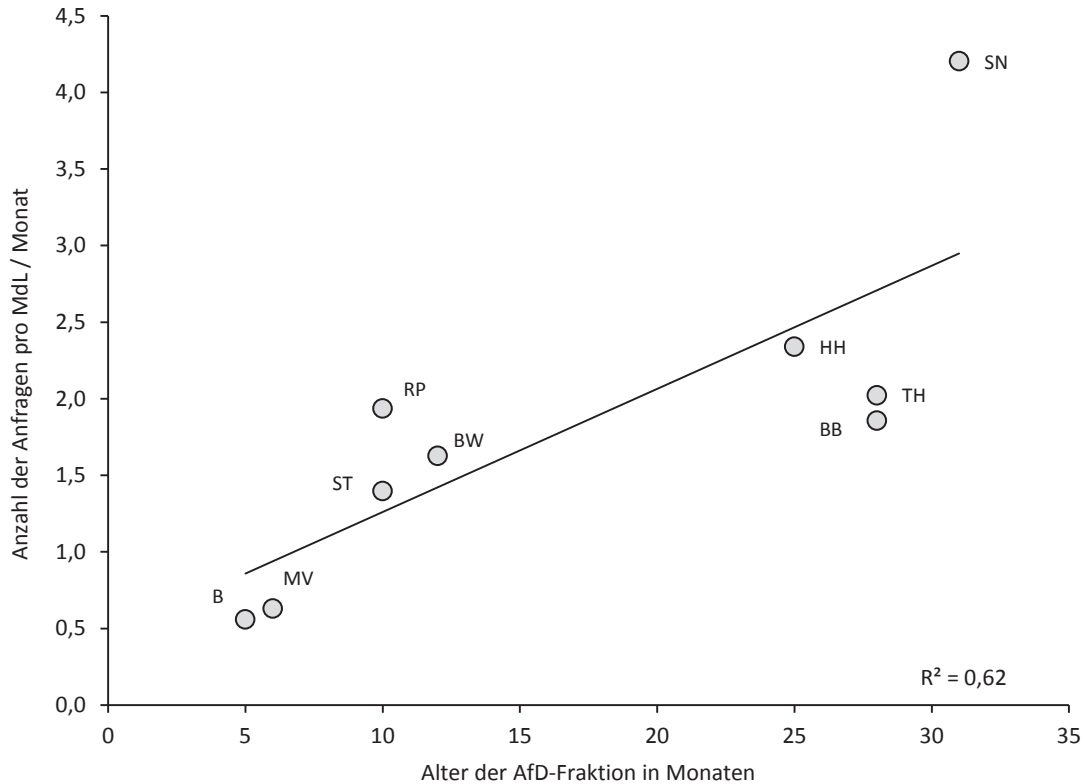
Quelle: eigene Berechnungen aus den Informationen der Datenbank <http://www.kleineAnfrage.de>; Zeitraum: Oktober 2014 bis April 2017. Anmerkung: Da die Möglichkeit, Kleine Anfragen an den Senat zu stellen, in der Bremischen Bürgerschaft nur bei Fraktionsstärke gegeben ist, wird Bremen in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Wenn der Faktor Zeit berücksichtigt wird, verweisen die Ergebnisse darauf, dass „learning on the job“ schlicht dauert – das betrifft sowohl die einzelnen Abgeordneten als auch den Aufbau eines arbeitsfähigen Fraktionsapparates mit ausreichender Professionalität. Sachsen hat die älteste AfD-Fraktion und den höchsten Wert Kleiner Anfragen pro MdL im Monat, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit den jüngsten AfD-Fraktionen zeigen die geringsten Werte. Der Zusammenhang zwischen dem Alter der Fraktion und der Nutzung parlamentarischer Instrumente wie Kleiner Anfragen scheint fast linear, wie Abbildung 4 zeigt, und der statistische Zusammenhang zwischen dem Fraktionsalter in Monaten und den Anfragen pro MdL im Monat ist gemessen am Korrelationskoeffizienten mit 0,8 sehr hoch.

26 Kleine Anfragen werden mit Ausnahme von Bremen von Einzelabgeordneten gestellt. Um dies abzubilden, bezieht die Analyse die Fraktionsgröße in die Rechnung mit ein.

Hierin kann durchaus ein erstes Zeichen für die Wirkung des parlamentsorientierten Ansatzes gesehen werden, schnell in eine professionell wirkende Oppositionsarbeit zu gelangen.

Abbildung 4: Anzahl Kleiner Anfragen von MdL der AfD pro Monat und Alter der Fraktion



Große Anfragen, Anträge und Aktuelle Debatten

Neben dem „einfachen“ Kontrollinstrument Kleine Anfragen soll nun ein Blick auf die Nutzung weiterer, anspruchsvollerer parlamentarischer Werkzeuge geworfen werden. Tabelle 15 zeigt, dass die bei den Kleinen Anfragen noch erkennbare Bipolarität zwischen Parlaments- und „Bewegungsorientierung“ bei den voraussetzungsvolleren Instrumenten verschwindet. Einerseits ist es schon aufgrund der verringerten Anzahl schwer, verallgemeinernde Interpretationen zu treffen, andererseits besitzen die einzelnen Landesparlamente unterschiedliche Traditionen der Nutzung der einzelnen Instrumente bzw. auch divergierende Geschäftsordnungen, was die Analyse zusätzlich erschwert (vgl. Mielke/Reutter 2012: 53).

Dies führt zu der an vielen Stellen bereits konzedierten Uneinheitlichkeit der Ergebnisse. Während parlamentsorientierte Fraktionen wie die rheinland-pfälzische oder die sächsische sich mit Blick auf die addierte Nutzung der drei Instrumente Große Anfragen, Anträge und Aktuelle Debatten nicht von den anderen Fraktionen absetzen (10,5 bzw. 9,9 weitere Instrumente je 100 Tage), rangiert die Hamburger Fraktion, die aufgrund des Führungsvakuums in unserem strategischen Spannungsfeld nur tendenziell in Richtung Parlamentsorientierung zu verorten ist, mit 16,1 weiteren Instrumenten je 100 Tage deutlich vor den anderen Fraktionen.²⁷ Zu-

²⁷ Dabei sind jedoch auch Einschränkungen zu berücksichtigen wie etwa, dass die über die Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft abrufbaren Aktuellen Stunden die angemeldeten sind. Da in Hamburg die Fraktionen Themen zu jeder Plenarsitzung anmelden können, diese aber nur rotierend auf die Tagesordnung kommen, ist die tatsächlich im Plenum behandelte Anzahl darunter anzusetzen (vgl. Blumenthal 2012: 284).

mindest die letzten drei der Liste (der Bremer Einzelabgeordnete Tassis ausgenommen) sind jeweils aus dem „bewegungsorientierten“ Spektrum: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und als Schlusslicht Thüringen.

Dazu kommen weitere vereinzelt genutzte Instrumente. So beantragte die AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich einen Untersuchungsausschuss zur Klärung und Kritik der Förderung der „LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V.“. In Sachsen-Anhalt wurde die Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie auf Landes- und auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt“ eingesetzt. Skurril: In Baden-Württemberg wollte die AfD-Fraktion zu Zeiten ihrer Spaltung²⁸ in zwei Fraktionen diese Gelegenheit nutzen, einen Untersuchungsausschuss „Linksextremismus“ zu beantragen; dieser braucht im Stuttgarter Landtag die Zustimmung von 25 Prozent der Abgeordneten oder von zwei Fraktionen. Das erste Kriterium erreichte die AfD alleine nicht, Letzteres aber durch die temporäre Spaltung sehr wohl. Die anderen Fraktionen lehnten den Antrag dennoch ab und verwiesen ihn in den Ständigen Ausschuss mit dem Ziel einer Änderung der Geschäftsordnung (vgl. Interviews BW).

Tabelle 15: Nutzung weiterer Kontrollinstrumente durch die AfD-Fraktionen in zehn Landtagen

Land	Anzahl Große Anfragen	Quotient Große Anfragen/ 100 Tage Legislatur	Anzahl Anträge	Quotient Anträge/ 100 Tage Legislatur	Anzahl Aktuelle Debatten	Quotient Aktuelle Debatten/ 100 Tage Legislatur	Anzahl Gesamt weitere Instrumente	Quotient Gesamt/ 100 Tage Legislatur
BW	3	1,2	15	6,1	5	2,0	23	9,4
BE	0	0,0	6	9,1	1	1,5	7	10,6
BB	4	0,5	65	8,0	2	0,2	71	8,7
HB			7	1,2	2	0,3	9	1,6
HH	7	1,0	76	11,3	25	3,7	108	16,1
MV	0	0,0	8	9,0	0	0,0	8	9,0
RP	0	0,0	18	7,9	6	2,6	24	10,5
SN	12	1,5	60	7,3	10	1,2	82	9,9
ST	1	0,4	24	9,1	4	1,5	29	11,0
TH	3	0,4	42	5,2	23	2,8	68	8,4
Ost	20	0,4	205	8,3	40	1,2	265	9,9
West	10	0,8	116	7,1	38	2,3	164	10,2
Gesamt	30	0,5	321	7,9	78	1,6	429	10,0

Zeitraum: Oktober 2014 bis Dezember 2016. Die Zahlen für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind aufgrund der kurzen Zeitdauer wenig aussagekräftig.

Quelle: eigene Recherche.

Insgesamt lässt sich für diese voraussetzungsvolleren Instrumente eine eher zurückhaltende Nutzung konstatieren. Inhaltliche Aufmerksamkeitserfolge wie bspw. die 630 Fragen umfassenden Anfrage zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk²⁹ blieben Einzelfälle.

28 Infolge der Auseinandersetzung um den Abgeordneten Wolfgang Gedeon und diesen betreffende Antisemitismusvorwürfe.

29 Vgl. Hilker, Heiko (2016): Aktuelle medienpolitische parlamentarische Initiativen der AfD (unveröffentlicht) sowie AfD-Fraktion Sächsischer Landtag (2016): Große Anfrage öffentlich-rechtlicher Rundfunk, online verfügbar unter: http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=7087&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=0.

3.3 Thematische Schwerpunkte der AfD-Fraktionen bei den Kleinen Anfragen

Die Selbstdarstellung und der öffentliche Diskurs über die inhaltliche Ausrichtung der AfD legen bestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzungen der Partei nahe. Dazu gehören eine Opposition gegenüber und Kritik an den Etablierten oder den Eliten, eine anti-europäische, nationalistische Positionierung und eine Kritik an der repräsentativen Demokratie ebenso wie eine Ausrichtung auf Innere Sicherheit und Ordnung sowie auf Fragen der Migration, Fluchtbewegungen, Integration und Asyl. Nicht alle diese Inhalte sind in der Landespolitik gefragt und unterzubringen und daher liegt die Vermutung nahe, dass die Profilierung sich auf die Aspekte Sicherheit und Ordnung sowie Migration, Integration und Asyl konzentriert.

Eine Implikation einer derartigen Profilierung wäre zwar nicht lediglich eine Ein-Punkt-Partei, aber eben auch nicht viel mehr. Es liegt die Vermutung nahe, dass die AfD-Landtagsfraktionen weit weniger breit inhaltlich aufgestellt sind als die Fraktionen der etablierten Landtagsparteien.

Die inhaltliche Arbeit einer Fraktion lässt sich anhand verschiedener Aspekte untersuchen. Hierzu gehören Anträge, Initiativen und Anfragen. Eine Inspektion der nicht zu vielen Anträge verweist auf eine starke Konzentration auf das Thema Innere Sicherheit. Auch fast ein Drittel der Initiativen der AfD-Fraktionen befassen sich mit Problemen der Sicherheit und Ordnung, ein weiteres knappes Fünftel mit Zuwanderung und Integration. Insgesamt sind in den untersuchten Landtagen diese Aktivitäten aufgrund ihrer geringen Anzahl nicht geeignet, die parlamentarische Praxis abzubilden. Aufgrund der Quantität bieten Kleine Anfragen eine bessere Ausgangsbasis, um das inhaltliche Profil der parlamentarischen Aktivitäten der Fraktionen zu bestimmen.³⁰

Durch eine Besonderheit der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft haben dort nur Fraktionen das Recht, Kleine Anfragen zu stellen. Einzelabgeordnete, wie der einzige AfD-Parlamentarier Alexander Tassis, können dieses Instrument nicht nutzen. Bremen wird daher in der Analyse nicht weiter berücksichtigt. In einem ersten Analyseschritt vergleichen wir die Stimmenanteile der AfD mit ihren Anteilen an den Kleinen Anfragen. Es ist offensichtlich, dass die AfD in stärkerem Maße, als es ihrem Stimmenanteil entspräche, Kleine Anfragen lanciert. Für eine Oppositionspartei sicherlich noch kein besonders hervorzuhebender Befund, auch wenn der Durchschnitt über die Länder hinweg 21,5 Prozent der Kleinen Anfragen bei einem länderdurchschnittlichen Stimmenanteil von 14 Prozent beträgt. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Landtagen beträchtlich. In Baden-Württemberg und Thüringen liegt der Anteil Kleiner Anfragen fast dreimal so hoch wie der Stimmenanteil, in Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt etwa doppelt so hoch und in Berlin, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern entspricht er in etwa dem Stimmenanteil (s. Abbildung 5).

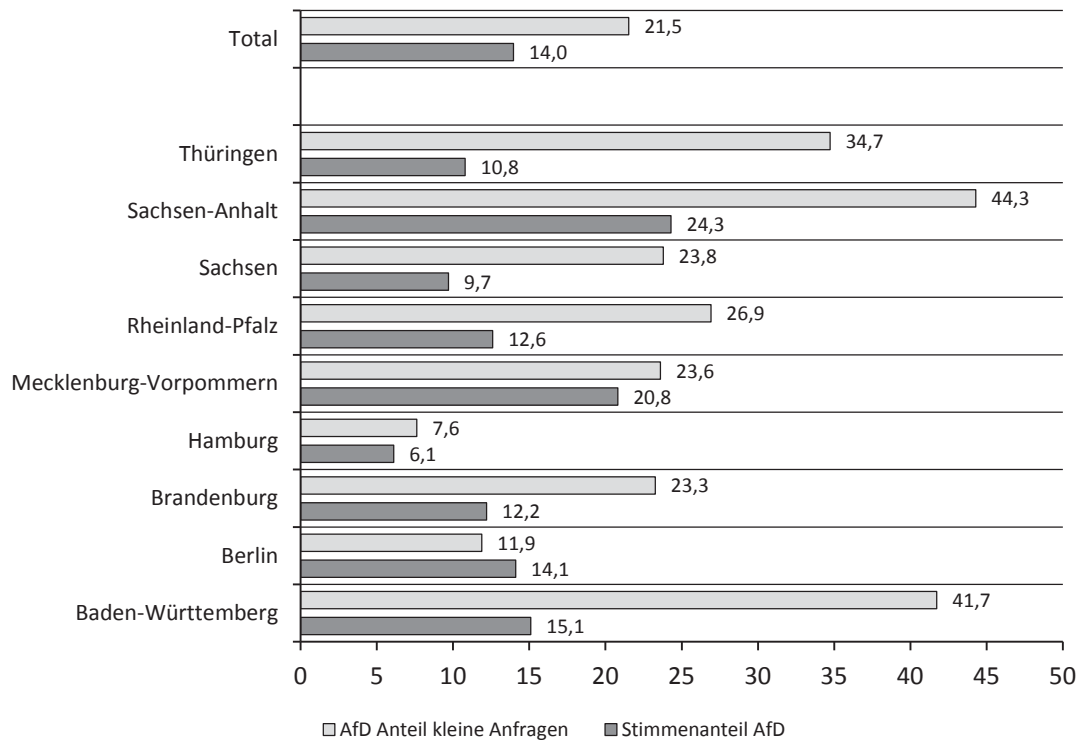
Je nach Landtag stellen damit Kleine Anfragen eine mehr oder weniger ausgeprägte Aktivität der AfD-Fraktionen dar. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, wo mehr als 40 Prozent aller Kleinen Anfragen in Urheberschaft der AfD stehen, und in Thüringen, wo es mehr als ein Drittel sind, gehören Kleine Anfragen wohl zur besonderen Strategie der AfD-Fraktionen, um Regierung und Verwaltung unter Druck zu setzen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der AfD-Fraktionen in den Kleinen Anfragen zu bestimmen bedarf zunächst einer inhaltsanalytischen Kodierung nach den Gegenständen der Anfragen. Die Titel sind somit das empirische Ausgangsmaterial für die Analyse. Die Titel wurden in Wörter zerlegt, diese Liste um Zahlen, Datumsangaben, Sonderzeichen, Füllwörter, Zeit-

30 Die Quelle für die Analysen sind Informationen, die unter <https://www.kleineanfragen.de> herunterzuladen sind. Dort steht für eigene Auswertungen die „Datenbank hinter www.kleineanfragen.de (inkl. Volltext der Dokumente)“ zur Verfügung.

bezüge, Orts- und Landesbezeichnungen und Ähnliches reduziert. 104 Begriffe oder Begriffsteile konnten inhaltlichen Feldern der Politik zugeordnet werden. Damit können 58 Prozent aller Kleinen Anfragen Politikfeldern zugeordnet werden, die jeweils durch eine unterschiedliche Zahl von Begriffen repräsentiert werden. Kodiert wurden Bildung (15 Begriffe), Migration – Integration – Asyl (14), Landwirtschaft (2), Politischer Extremismus (3), Soziales (8), Linke (2), Sicherheit und Ordnung (20), Wirtschaft (7), Gesundheit (5), Infrastruktur (12), Kultur (4), Energie und Umwelt (9) sowie Finanzen (5).

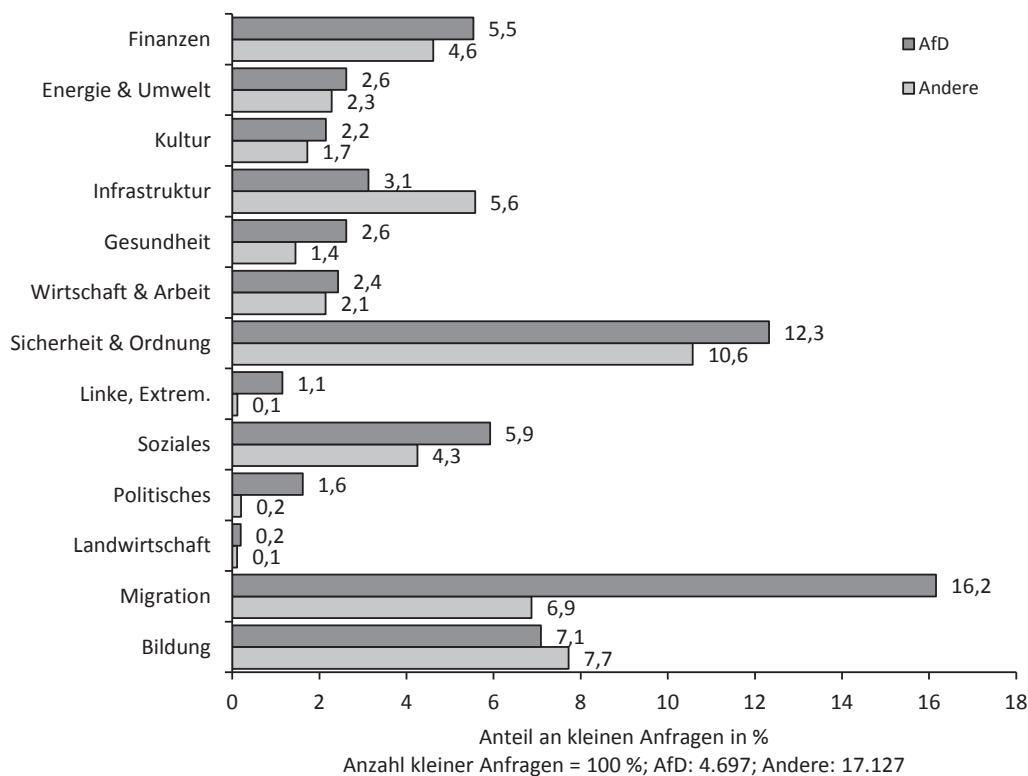
Abbildung 5: Stimmenanteil der AfD und Anteil an den Kleinen Anfragen



Quellen: eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <http://www.kleineAnfragen.de> und Wahlergebnisse nach Landeswahlleitern.

Die eingangs formulierte Erwartung, dass die AfD sich in den Landtagen vor allem mit den Themen Sicherheit und Ordnung sowie Integration, Migration und Asyl profilieren würde, wird von der Betrachtung im Durchschnitt aller neun untersuchten Landtage bestätigt. Fast ein Fünftel der Kleinen Anfragen der AfD liegen im Bereich Migration, weitere knapp 14 Prozent im Bereich Sicherheit und Ordnung. Damit richten sich etwas mehr als ein Drittel aller Kleinen Anfragen auf diese beiden inhaltlichen Felder. Allerdings setzt sich die AfD nur bei der Frage der Migration von den anderen Fraktionen ab, die dieses Thema nur in etwa 10 Prozent der Kleinen Anfragen thematisieren. Bei Fragen der Inneren Sicherheit jedoch gibt es kaum einen Unterschied zum Mittel. Die weiteren Politikfelder sind wesentlich weniger stark besetzt und die Unterschiede nicht so groß wie beim Themenfeld Migration. Auffällig ist noch, dass die AfD-Fraktionen Infrastruktur und Bildung deutlich weniger thematisieren als der Durchschnitt, Umwelt und Soziales hingegen mehr, wie auch die schwach besetzten Felder Politisches und Links. Hier kann nur spekuliert werden, ob es zu diese Überproportionalitäten durch die Kritik der AfD an umweltpolitischen Belangen, die Thematisierung von sozioökonomischen Problemen und Abwehrstrategien gegenüber vermeintlichem Linksextremismus und entsprechenden Aktivitäten kommt.

Abbildung 6: Politikfelder Kleiner Anfragen der AfD im Vergleich zum Mittel Kleiner Anfragen aller Fraktionen



Quellen: eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <http://www.kleineAnfragen.de>; Mittelwerte der Länderdurchschnitte, um für unterschiedliche Anzahl an Anfragen in den Landtagen zu kontrollieren.

Tabelle 16: Themen Kleiner Anfragen der AfD in den Landtagen

Bundesland	Baden- Württemberg	Berlin	Branden- burg	Hamburg	Mecklen- burg-Vor- pommern	Rhein- land-Pfalz	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thürin- gen	Mittel- wert AfD
Bildung	6,4	1,4	7,9	5,8	1,5	6,6	10,6	9,5	9,6	6,6
Migration	17,0	35,7	18,0	17,5	17,6	13,7	20,1	11,2	23,6	19,4
Landwirtschaft	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,4	0,2	0,6	0,0	0,2
Politisches	1,1	0,0	0,7	5,6	1,5	1,1	0,7	1,1	3,4	1,7
Soziales	7,7	5,7	3,0	3,0	7,4	8,5	5,6	11,7	7,5	6,7
Links	0,9	0,0	0,3	2,1	0,0	1,1	1,1	0,3	2,6	0,9
Sicherheit und Ordnung	12,6	20,0	15,9	15,2	16,2	5,2	15,2	8,3	15,4	13,8
Wirtschaft und Arbeit	4,2	0,0	2,8	0,0	1,5	1,5	3,2	2,9	1,6	2,0
Gesundheit	3,5	1,4	1,6	0,2	0,0	5,9	3,6	3,7	1,3	2,4
Infrastruktur	6,2	7,1	3,8	2,8	2,9	1,8	2,6	2,3	2,7	3,6
Kultur	2,9	0,0	1,0	2,4	0,0	1,1	3,2	0,3	1,4	1,4
Energie und Umwelt	6,6	7,1	1,7	2,6	14,7	7,7	1,4	3,4	3,2	5,4
Finanzen	5,3	1,4	3,1	2,8	5,9	3,3	5,9	14,6	6,1	5,4
Frequenz	452	70	572	468	68	271	1824	349	623	

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <http://www.kleineAnfragen.de>.

Die Thematisierungen durch die AfD fallen zwischen den Ländern zwar etwas unterschiedlich aus, aber im Grundsatz bleibt das Profil der Partei erhalten. In Berlin und Thüringen wird Migration am stärksten thematisiert (35,7 Prozent und 23,6 Prozent), in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am wenigstens (13,7 und 11,2 Prozent). Innere Sicherheit wird wiederum in Berlin sowie Mecklenburg-Vorpommern von der AfD am häufigsten zum Thema gemacht (20 Prozent und 16,2), am seltensten in Rheinland-Pfalz (5,2) und Sachsen-Anhalt (8,3). Damit fallen die AfD-Fraktionen nirgendwo unter den Durchschnitt der Thematisierung von Migration und Integration, wohl aber bei der Frage Innerer Sicherheit in den beiden Ländern, denen dies am wenigsten thematisiert wird (s. Tabelle 16).

3.4 *Parlamentarische Arbeitsweise*

Lassen sich aus den Betrachtungen von Fraktionspersonal und -apparat, der Nutzung und der inhaltlichen Ausrichtung der parlamentarischen Kontrollinstrumente generelle Schlussfolgerungen über die Parlamentsarbeit der AfD ziehen? Ein Umstand fällt auf: Bei allen Unterschieden zwischen den Bundesländern sind über die Fraktionen hinweg einheitliche Tendenzen erkennbar, wenngleich sich die Länder in der Dimension der Bipolarität zwischen „Bewegungs-“ und Parlamentsorientierung unterschiedlich platzieren lassen.

Auf den ersten Blick versuchen die AfD-Fraktionen, ihre Funktion der Regierungskontrolle wahrzunehmen (vgl. Mielke/Reutter 2012: 52-55). Sie nutzen die parlamentarischen Instrumente, insbesondere die Kleinen Anfragen, nach einer gewissen Eingewöhnungsphase in ähnlichem Ausmaß wie die anderen Oppositionsparteien. Auch die Ausschüsse werden selbstverständlich besetzt und zustehende Vorsitze wahrgenommen. Zu Beginn der Legislaturperioden wurde in mehreren Landtagen vonseiten der AfD Kritik in Bezug auf eine zu geringe Gewährung von Minderheitsrechten registriert. In Rheinland-Pfalz wurde infolge einer Änderung der Geschäftsordnung (Umstellung des Zählverfahrens zur Besetzung der Ausschüsse im Landtag auf D'Hondt, wodurch die AfD statt zwei nur einen Abgeordneten je Ausschuss hat) sogar eine Verfassungsklage avisiert. Ein Gutachtenauftrag an den Speyrer Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim unterstreicht den Nachdruck, mit dem die Fraktion für ihre Rechte eingetreten ist (vgl. SWR 2016). Ein wiederkehrendes Muster in vielen Landtagen war die Forderung der AfD nach mehr Transparenz in der Ausschussarbeit der Parlamente. Vielfach sprach sich die AfD für öffentliche Sitzungen der Ausschüsse aus, was verschiedene Geschäftsordnungen der Landtage nicht im Regelfall vorsehen. Diese Forderung wurde von AfD-PolitikerInnen mit dem Hinweis begründet, die etablierten Parteien hätten den Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern verloren. Daher müssten etwa durch prinzipiell öffentliche Ausschusssitzungen die Bürgerinnen und Bürger besser dazu in die Lage versetzt werden, sich ein umfassendes Meinungsbild über die parlamentarische Arbeit der VolksvertreterInnen zu bilden (vgl. Interview ST). Gekoppelt wurde diese Kritik oftmals mit der am Missetand fehlender direkter Beteiligungsrechte der Bürger in der repräsentativen Demokratie.

Ein zweiter Blick zeigt einen starken Kontrast zu dieser auf den ersten Blick angezielten Funktionserfüllung einer parlamentarisch orientierten Fraktion. In den Arbeitsroutinen der AfD-Landtagsfraktionen bestehen nach wie vor große Mängel. Die parlamentarische Professionalisierung verläuft schleppend. Zwar werden Kleine Anfragen rege genutzt, weniger jedoch die komplexeren Instrumente, wie Große Anfragen oder Anträge, für die eine höhere inhaltliche Kompetenz vonnöten wäre. Die schwach ausgebaute Kompetenz tritt auch in der Ausschussarbeit zutage, wenn etwa in Beratungen zur Haushaltsaufstellung, einem zentralen Recht des Parlaments, vertiefte Sachkenntnisse fehlen. So berichteten GesprächspartnerInnen aus dem Bran-

denburger Landtag, dass die Änderungsanträge der AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen auch nach über zweijähriger Praxis im Landtag zwar in hoher Anzahl gestellt würden, qualitativ aber weitgehend oberflächlich verblieben und kaum Lernprozesse zu erkennen seien (vgl. Interviews BB). Ebenso mangelt es weiterhin an Know-how in Bezug auf Verfahren. So kann es zwar als Anfängerfehler gewertet werden, wenn in Baden-Württemberg bei der Auswahl der Ausschussvorsitze die Entscheidung der AfD auf den Wahlprüfungsausschuss fällt – einen Ausschuss, der lediglich einmal nach der Wahl zusammentritt und somit von sehr begrenzter politischer Bedeutung ist. Andererseits wäre bei einer entsprechenden Professionalisierung eine solche Entscheidung nicht gefällt worden. Ein Kompetenzgefälle zwischen langjährigen Abgeordneten und Parlamentsneulingen bei Verfahrens- und Inhaltsfragen in der routinemäßigen Ausschussarbeit ist nachvollziehbar (vgl. Interview ST), sollte aber ein Anfangsphänomen darstellen. Wenn nach einer mehr als einjährigen Lernphase noch immer wichtige Fragerunden an die jeweilige Landesregierung ohne AfD-Beteiligung stattfinden, schlicht weil Fristen zur Einreichung der Fragen verpasst wurden (vgl. Interviews HH und BW), geht das über Anfängerprobleme hinaus. Selbst Parlamentarische Geschäftsführer der AfD, die aufgrund ihrer Aufgabenstellung ein besonderes Augenmerk für Verfahrensfragen sowie parlamentarische Abläufe entwickeln sollten, blieben in mehreren Fällen auch nach längerer Einarbeitungszeit in Detailfragen zur Geschäftsordnung in einem semiprofessionellen Lernmodus. Das hat seine Gründe sicherlich auch darin, dass die Abgeordneten der AfD nicht auf Vorerfahrung mit parlamentarischen Abläufen auf der Landes- oder Bundesebene zurückgreifen können. In Einzelfällen wurde offenkundig, dass Abgeordnete der AfD mit den ihnen gestellten Aufgaben heillos überfordert waren, weil Erfahrungen in der Gremien- und Parlamentsarbeit fehlten. So trat in Sachsen-Anhalt der in der konstituierenden Sitzung gewählte Vizepräsident der AfD-Fraktion nach nur sechs Wochen zurück. Er reichte noch am selben Tag seinen Rücktritt ein, nachdem er zum ersten Mal mit der Sitzungsleitung beauftragt und mit dieser Aufgabe überfordert war (vgl. Schumann 2016).

Ein weiterer Aspekt des Auftretens der AfD wirft zumindest für Teile der AfD-Abgeordneten die Frage auf, ob sie überhaupt an einer parlamentarischen Professionalisierung interessiert sind. Die Arbeitsweise der Fraktionen der AfD ist durch die starke Nutzung symbolischer Elemente mit dem Ziel einer Inszenierung des eigenen Handelns gekennzeichnet (vgl. zu symbolischer Politik z. B. Sarcinelli 2011). Diese Tendenz zur Simplifizierung und zur Priorisierung weniger, aber wirkmächtiger Elemente mit dem Ziel der Inszenierung eines Sich-Kümmerns und nicht einer wirklichen Thematisierung kann als stilbildend angesehen werden. In diesem Sinne kann auch von einer Inkongruenz zwischen der Darstellung und der Herstellung von Politik (vgl. ebd.) zu Lasten Letzterer gesprochen werden.

Der Befund wird durch weitere Auffälligkeiten gestützt. So nutzten mehrere Fraktionen selbst geschaffene Inszenierungen, sogenannte „Pseudo-Ereignisse“ (vgl. Boorstin 1987), um Aufmerksamkeit auf ein eigenes Thema oder die vorgebliche Ausgrenzung durch die anderen Fraktionen zu lenken. Die Abgeordnete Wiebke Muhsal etwa erschien im Thüringer Landtag im Niqab, um auf einen Gesetzentwurf zur Vollverschleierung in der Öffentlichkeit hinzuweisen. In Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und in Brandenburg zogen die AfD-Fraktionen unter viel Tumult geschlossen aus Plenarsitzungen aus. In Sachsen-Anhalt attackierte der AfD-Fraktionsvorsitzende in scharfem Ton den Ministerpräsidenten, der sich in seiner Regierungserklärung gegen Hass und Gewalt in der Gesellschaft sowie für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen ausgesprochen hatte. Anschließend zog die AfD-Fraktion geschlossen aus dem Plenarsaal aus, um auf dem Platz vor dem Parlament an einer Demonstration teilzunehmen (vgl. Bock 2016). Auch im Brandenburger Landtag verließ die AfD-Fraktion geschlossen den Plenarsaal. Sie protestierte damit gegen den Ausschluss ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von der Plenarsitzung wegen groben Verstoßes gegen die Parlamentsordnung (vgl. Fröhlich/

Garzke 2016). Jenseits dieser Inszenierungen gegen Gepflogenheiten der parlamentarischen Routine waren immer wieder minutiös geplante Interventionen der AfD bei Plenardebatten zu registrieren. Allen Beispielen ist gemein, dass die AfD-Fraktionen großen Wert auf eine besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit legen. Gezielte Provokationen der etablierten Parteien gehören zum Vorgehen der AfD in den Parlamenten dazu. Im Kern geht es der AfD in den Parlamenten weniger um eine konstruktive Kontrolle der Regierung, sondern vielfach um Protest und Provokation. Dies ist eine Vorgehensweise, die die AfD als Strategie insbesondere zur Distanzierung vom Establishment der politischen Klasse begreift, von der sie sich bewusst abgrenzen will.³¹

Auch wenn Ähnliches für manche andere Oppositionsfraktion auch gesagt werden könnte, kann die Vorgehensweise der AfD doch als ihr Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu anderen (Oppositions-)Fraktionen gelten. Dafür sind zwei Spezifika der AfD-Fraktionen verantwortlich. Erstens verweigern sich die Fraktionen keineswegs der Mitarbeit im Plenum, sondern sehen dieses ganz im Gegenteil als eine Bühne für Signale in Richtung der eigenen Anhängerschaft. Anders sieht es in den Ausschüssen aus. In vielen Interviews wurde von einer „blassen“, unauffälligen oder sich gar durch Abwesenheit auszeichnenden Performanz gesprochen. Dabei stellen Mielke und Reutter (vgl. 2012: 46) für Landesparlamente fest, dass „Ausschüsse die bedeutendsten Arbeitsorgane sind, hinter denen das Plenum zurückfällt“. Für die AfD gilt diese Priorisierung nicht, sie setzt auf eine klare Polarität zwischen Aktiv-mitmachen-Wollen im öffentlich sichtbaren Plenum („Voice“) und Eher-nicht-aktiv-mitmachen-Wollen in den nicht-öffentlichen Ausschüssen („Exit“).

Zweitens setzt die AfD verstärkt auf einen Wandel des Kommunikationsmodus, der mit den neuen sozialen Medien und dem Internet operiert. Wo etablierte Parteien noch immer stärker auf klassische Medien setzen,³² muss und will die AfD andere Wege gehen, schon weil ihr langjährige Netzwerke mit den Medien fehlen und sie sich durch die Medien nicht so umfassend und fair wie die Konkurrenzparteien behandelt fühlt.³³ Auch wenn Jun (2015: 36) lediglich von „moderaten Veränderungen im politischen Kommunikationsverhalten“ spricht, stellen Onlinemedien für Politaußenleiter „eine kostengünstige Plattform der Aufmerksamkeitsgewinnung, Meinungsäußerung, Mobilisierung von Protest und die Organisation von entsprechenden Veranstaltungen“ (ebd. 37) dar. Dass Onlinemedien in diesem Zusammenhang die bessere Begrifflichkeit im Vergleich zu einer Einengung auf soziale Netzwerke ist, zeigt die Süddeutsche Zeitung mit einer ausführlichen Datenrecherche (vgl. Brunner/Ebitsch 2017). Sie verdeutlicht, wie umfassend und relativ abgeschottet die Vernetzung der AfD-Anhängerschaft ist. Es sind nicht nur die üblichen sozialen Netzwerke wie Facebook, sondern bestimmte Blogs, Foren oder Online-Zeitungen, die einseitig von der AfD-Anhängerschaft genutzt werden und sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken.

Wie genau sich die Social-Media-Aktivitäten darstellen, wird in Abschnitt 3.6 erläutert werden. Für die parlamentarische Arbeitsweise von Relevanz sind die Rückwirkungen dieses geänderten Kommunikationsmodus in die Parlamente. Die bisher hier vorgelegten Ergebnisse zur Parlamentspraxis und Parlamentsarbeit der AfD verweisen auf das außerordentliche Inter-

31 Dieses Muster wird auch in einem internen Strategiepapier des AfD-Bundesverbands vom Dezember 2016 deutlich. So heißt es im Kapitel über die AfD in den Landtagen: „Die Chancen und Risiken der parlamentarischen Arbeit sind immer wieder sorgfältig gegeneinander abzuwägen, Routine muss vermieden werden. Die AfD darf nicht zu einem gut laufenden Rädchen im Getriebe eines Landtags werden, sondern muss immer auch bedenken, dass sie ein gutes Stück vom Protest gegen den Status quo lebt“ (AfD-Bundesvorstand 2016: 28).

32 Gut zu erkennen an der Kommunikationsdramaturgie rund um die Kür von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD, bei der Sigmar Gabriel seinen Verzicht auf die Kandidatur via Zeit und Stern medial lancierte.

33 So werden beispielsweise Routinen wie das nachträgliche Streichen von Interviewpassagen oder die namentliche Nennung als ‚Belohnung‘ für zugespielte Informationen weniger akzeptiert.

esse an Inszenierung und Publizität aus dem Plenum hinaus zu den Anhängern. Die Nutzung von Onlinemedien liefert die dafür notwendigen Kanäle der Öffentlichkeitsproduktion. Vieles deutet auf die Instrumentalisierung der parlamentarischen Bühne für die Mobilisierung der eigenen Echokammern im Netz hin.

Die Arbeit im Plenum wird weniger zur konstruktiven Kontrolle der Regierung genutzt als vielmehr als Bühne für Protest und Provokation, die über Social-Media-Kanäle gestreut werden können. Sie richten sich nicht in erster Linie gegen die Regierung, sondern als populistisches Moment gegen alle „Altparteien“, gegen das Establishment. Neben die gezielte Provokation tritt die Absicht, sich von den etablierten Parteien zu distanzieren, sich von ihnen abzusetzen, zuweilen sich auf deren Kosten zu profilieren – im Plenarsaal klassisch analog, digital in den sozialen Medien.³⁴ Das Parlament ist für die AfD-Fraktionen Spielbein und Standbein, Ruhe und Bewegung, Provokation und Mitarbeit, drinnen und draußen und dadurch ein Abbild der Bipolarität zwischen „Bewegung“ und Partei (vgl. Rucht 1987).

3.5 *Parlamentarische Umgangsformen*

Die Herausforderungen durch die AfD übertreffen in vielen Fällen die Konflikte, die die traditionellen Parlamentsparteien in den Landtagen gewohnt sind. In diesem Sinne bedeutet die Präsenz der AfD in den Landtagen vor allem eine kommunikative Verunsicherung. Verbale und nonverbale Provokationen machen zuweilen eine rein politisch und sachlich orientierte Reaktion schwer, berichten die Verantwortlichen anderer Fraktionen aus fast allen Landtagen.

Hier wirken gleich mehrere der oben bereits angesprochenen Merkmale der AfD-Fraktionen. Dazu zählen: (1) In den Fraktionen der Neulinge kennen nicht alle Abgeordneten die Gepflogenheiten der Landtage, viele müssen die Verhaltensweisen und Regeln erst lernen; (2) durch die Strategie der Instrumentalisierung des Plenums als Bühne für die digitalen Kanäle der Partei muss das aufgeführte Stück auch seinen Reiz haben, Provokation und gezielte Tabubrüche sollen dabei helfen; (3) dieses Verhalten ruft Gegenreaktionen der ParlamentarierInnen der anderen Parteien hervor, die ebenfalls zu Rügen führen können.

So ist es bis Ende 2016 in sechs der untersuchten Landtage zu einem Anstieg der Ordnungsmaßnahmen (gerechnet je 100 Tage) im Plenum gekommen. In der Bremischen Bürgerschaft, wo es ohnehin lediglich einen AfD-Abgeordneten gibt, wurde kein einziger Ordnungsruf verzeichnet. Interessanterweise kann dort, wo zuvor die rechtsextreme NPD im Landtag war – also in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen – anhand der vorliegenden Zahlen sogar von einer Entspannung des parlamentarischen Klimas gesprochen werden. Andererseits haben die Landesparlamente in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit 11,5 bzw. 4,5 Ordnungsrufen je 100 Tage mehr Interventionen der LandtagspräsidentInnen ausgelöst als die skandalumwitterte sächsische NPD-Fraktion in der vorherigen Wahlperiode.

Wie bei der Themenauswahl finden sich auch bei den Ordnungsmaßnahmen keine Übereinstimmungen der Landtagsergebnisse mit den strategischen Präferenzen parlamentsorientierter und fundamentaloppositioneller AfD-Fraktionen. Zwar sind die AfD-Fraktionen in den beiden genannten führenden Landtagen beide der fundamentaloppositionellen Orientierung zuzuordnen, an dritter Stelle folgt aber mit Rheinland-Pfalz (3,1/100 Tage) bereits ein Vertreter

34 Beispielhaft für eine solche Inszenierung der AfD auf Kosten der anderen Parlamentsakteure ist ein Redebeitrag des Brandenburger AfD-Abgeordneten Königer im Plenarsaal im Sommer 2016. Einziger Inhalt der rund vierminütigen Rede zum Thema „Genderwahn“ ist eine Aufzählung unterschiedlichster geschlechterspezifischer Anreden. Das Video wurde auf Facebook über 500.000 Mal, auf Youtube ca. 50.000 Mal aufgerufen.

der parlamentsorientierten Richtung. In Brandenburg gab es trotz der expliziten „Bewegungsstrategie“ seit 2014 nur drei Ordnungsrufe insgesamt.

Tabelle 17: Vergleich Ordnungsrufe

Land	LP aktuell	Pro 100 Tage	Davon AfD	LP davor	Pro 100 Tage
BW	4	1,6	4	0	0,0
BE	1	1,5	0	8	0,4
BB	3	0,4	3	1	0,1
HB	-			-	
HH	8	1,2	3	19	1,3
MV	4	4,5	3	307	16,8
RP	7	3,1	5	8	0,4
SN	3	0,4	1	76	4,2
ST	2	0,8	2	0	0,0
TH	93	11,5	46	57	3,1
Gesamt	125	28,0	76	476	26,7

Quelle: eigene Recherche.

Es zeigt sich, dass auch diese Auswertung nur Tendenzen aufzeigen kann. Was zu Ordnungsrufen führt und was nicht, unterscheidet sich von einem Landesparlament zum anderen und ist von der Sitzungsleitung der jeweiligen Parlamentspräsidenten abhängig. So kann in einigen Ländern eine erhöhte Sensibilität festgestellt werden, die auch in der Gewöhnungsphase zu mehr Ordnungsrufen führt. Gleichzeitig gibt es in den Ältestenräten Diskussionen darüber, dass der AfD diese Bühne nicht gegeben werden und es zumindest nicht zu Sitzungsunterbrechungen kommen sollte (vgl. Interviews HH). In anderen Ländern wiederum soll es vorkommen, dass von BeobachterInnen als rassistisch wahrgenommene Zwischenrufe nicht geahndet werden, während persönliche Angriffe unmittelbar sanktioniert werden (vgl. Interview ST).

3.6 Social-Media-Aktivitäten

Die Social-Media-Aktivitäten sind für die Mobilisierung der AfD von besonderer Bedeutung, weil sie dabei nicht nur die quantitative Mobilisierung für ihre Anliegen vorantreiben kann, sondern es selbst in der Hand hat, wie sie sich darstellt. So werden aus recht blassen Abgeordneten, die wenig zur Gestaltung konkreter Fragen beitragen können, die selbstinszenierten einzigen Anwälte des Volkes, die vorgeben, unermüdlich darum zu kämpfen, dass sich die etablierten Mächte nicht weiter an den Interessen des Volkes vergehen. In diesem Sinne ist auch die Form bei den Social-Media-Aktivitäten wesentlich pointierter als im Parlament. Nach dem Motto: Im Parlament seriös auftreten; „gepöbelt wird im Netz“ (Interview MV).

Oben wurde bereits auf die Datenrecherche der Süddeutschen Zeitung hingewiesen, die für die AfD und ihre Anhänger relativ geschlossene Netzwerke aufzeigt. Eine Studie von Faas und Sack (2016), die im Längsschnitt ein Panel von über 700 Befragten (darunter allerdings nur knapp 30 AfD-Anhängern und -Anhängern) analysierten, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Fragt man nach der geschätzten Übereinstimmung der eigenen politischen Überzeugung mit der (wahrgenommenen) Einschätzung der Mehrheit des Freundeskreises, kommt man zu dem Ergebnis, dass 58 Prozent der AfD-Anhängerschaft eine Übereinstimmung ihrer

politischen Präferenz mit ihrem persönlichen Netzwerk annehmen. Dies sind 21 Prozentpunkte mehr als bei der an zweiter Stelle rangierenden Union (37 Prozent).

Diese sehr hohe Selbstreferenz im AfD-Milieu passt zu dem Ziel der Fraktionen, mit einer entsprechenden Provokations-, Empörungs- und „Kümmererstrategie“ die eigene Klientel zu adressieren und zu mobilisieren. Durch das Fehlen etablierter, in die Mehrheitsgesellschaft wirkender Vorfeldorganisationen und eines vertrauensbasierten Arbeitsmodus mit den Medien ist die Partei deutlich stärker auf Online- und insbesondere auf Social-Media-Aktivitäten angewiesen als ihre Konkurrenten. Aufgrund der Geschlossenheit der AfD-nahen Netze haben die Fraktionen zudem den Vorteil, dass es keine Gegenrede gibt. Doch was bedeutet diese Strategie für die Struktur und Wirksamkeit der eigenen Aktivitäten? Auch wenn eine umfassende Analyse der Praxis der Fraktionen im Rahmen einer solchen Studie nicht möglich ist, soll zumindest ein kleiner quantitativer Ausschnitt betrachtet werden.

Die Tabellen 18 und 19 zeigen die Social-Media-Nutzung der AfD-Fraktionen bzw. -Fraktionsvorsitzenden im Vergleich mit ihren reichweitenstärksten Kontrahenten.³⁵ Sieben von neun AfD-Fraktionen nehmen in ihren Landtagsvergleichen bezogen auf die Zahlen bei Facebook den Spitzenplatz ein, fünf davon mit großem Abstand. Die drei Fraktionen mit einer fünfstelligen Zahl an Likes (Brandenburg, Sachsen, Thüringen) profitieren dabei sicherlich auch davon, dass sie mit Frauke Petry (199.921 Likes, Sachsen) und Björn Höcke (46.193, Thüringen) die beiden reichweitenstärksten Fraktionsvorsitzenden bzw. mit Alexander Gauland (Brandenburg, kein eigener Facebook-Account) eines der Gesichter der Partei in ihren Reihen haben. Dies führt durch die mediale Präsenz zu erhöhter Aufmerksamkeit auch in den sozialen Netzwerken, bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, die Inhalte untereinander zu teilen und dadurch wiederum mehr Views, Interaktion und in der Folge mehr Likes zu erhalten.

Tabelle 18: Vergleich Social Media: AfD-Fraktionen vs. reichweitenstärkste andere Fraktion (Facebook-Likes und Twitter-Follower, jeweils zum 31.3.2017)

Land	AfD FB	Größte andere Fraktion FB	AfD Twitter	Größte andere Fraktion Twitter
BW	5.137	4.178 (SPD)	362	1.266 (Grüne)
BE	2.799	4.195 (Linke)	1.905	5.431 (Grüne)
BB	17.687	2.085 (SPD)	1.915	2.190 (CDU)
HB	-		-	
HH	4.730	6.139 (Linke)	1.058	2.301 (Linke)
MV	3.573	3.530 (CDU)	1.122	726 (SPD)
RP	4.770	1.768 (SPD)	-	-
SN	13.004	2.983 (CDU)	2.848	2.526 (Linke)
ST	6.300	2.657 (Linke)	719	1.632 (Linke)
TH	14.724	4.087 (CDU)	-	-

Quelle: eigene Recherche auf Basis des Analysedienstes Pluragraph; es wurden jeweils die Landtagsaccounts der Fraktionen ausgewertet, die Accounts der Landesverbände wurden – auch falls es keinen Landtagsaccount gibt – nicht in die Analyse einbezogen.

35 Der rein quantitative Bezug auf Like-Zahlen dient lediglich der Annäherung und ist methodisch mit Vorsicht zu genießen. Die AfD profitiert hier zusätzlich von dem bereits angesprochenen in sich geschlossenen parteinahen Netzwerk. Gerade bei den Fraktionen und Fraktionsvorsitzenden mit hohen Like-Zahlen liegt die Vermutung nahe, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Likes nicht aus dem entsprechenden Bundesland kommt und so starke Überschneidungen der Nutzergruppen vorliegen dürften.

Eine weitere wichtige Rolle beim AfD-Erfolg spielen die fraktionseigenen Presse- und Online-teams. Diese verstehen es geschickt, Ereignisse aus den Plenarsitzungen und tagesaktuelle Streitfragen zuzuspitzen und in emotionalisierende Fotomontagen umzuwandeln, die viele Anhängerinnen und Anhänger ansprechen. So sind die Abstände bei den Interaktionsraten zwischen den AfD-Fraktionen meist noch deutlicher als bei den statischen Follower- und Like-Zahlen (vgl. Brunner/Hauck 2017). Dass sich die Fraktionen bei der Bildnutzung und -manipulation sowie bei aus dem Zusammenhang gerissenem Videomaterial (vgl. Stegers 2017, Gespräche mit anderen Fraktionen) in gesetzlichen Graubereichen bewegen, kann in das Gesamtbild aus Provokationen und späteren Distanzierungen eingeordnet werden.

Tabelle 19: Vergleich Social Media: AfD-Fraktionsvorsitzende vs. reichweitenstärkste andere Fraktionsvorsitzende (Facebook-Likes und Twitter-Follower, jeweils zum 31.3.2017)

Land	AfD FB	Größte andere Fraktion FB	AfD Twitter	Größte andere Fraktion Twitter
BW	38.509	3.859 (FDP)	2.290	1.120 (FDP)
BE	1.242	10.940 (FDP)	2.818	2.922 (Grüne)
BB ^a	-	-	-	-
HB	202	15.097 (FDP)	260	-
HH	863	13.475 (FDP)	41	4.843 (FDP)
MV	3.046	-	-	73 (Linke)
RP	5.455	47.651 (CDU)	369	46.975 (CDU)
SN	199.921	3.060 (Linke)	38.192	1.335 (Linke)
ST	6.244	3.680 (Linke)	4.238	1.215 (Linke)
TH	46.193	9.552 (CDU)	3.240	2.964 (CDU)

a Der brandenburgische FV Alexander Gauland hat weder einen Facebook- noch einen Twitter-Account.
Quelle: eigene Recherche auf Basis des Analysedienstes Pluragraph.

Evident ist die besondere Bedeutung der Nutzung sozialer Medien als Reaktion auf die strukturelle Schwäche der AfD im Bereich der klassischen Medien und Vorfeldorganisationen. Zugleich ist damit aber noch nicht hinreichend geklärt, ob dieses Kommunikationsverhalten lediglich eine von wenigen ExpertInnen in der Fraktion getragene Reaktion auf strukturelle Benachteiligung ist oder ob es eine neue Internetkompetenz im deutschen Parteienwesen repräsentiert. Beobachtbar ist, dass sich die anderen Parteien durch diese Kommunikationskompetenz herausgefordert fühlen und ihrerseits auf diesem Feld „nachrüsten“, so wie sie es schon als Reaktion auf die Piratenpartei getan haben.

4 Exkurs: AfD-Landtagsfraktionen im Ost-West-Vergleich

Die einzelnen AfD-Fraktionen sind nicht nur unterschiedlich groß, sie weichen auch in ihrer inhaltlichen, personellen und organisatorischen Aufstellung deutlich voneinander ab. Diese Unterschiede können mit dem Zeitpunkt des Einzugs in das jeweilige Landesparlament, der Länderspezifität (Flächenland oder Stadtstaat), mit dem Profil der Fraktionsvorsitzenden sowie mit einer Kluft zwischen Ost und West zusammenhängen. Dabei lohnt nach der bisherigen Einzelbetrachtung der unterschiedlichen Merkmale, Strukturen und strategischen Kontextfaktoren von AfD-Abgeordneten und -Fraktionen ein genauerer Blick insbesondere auf Unterscheidungsmerkmale zwischen den Fraktionen in den ost- und westdeutschen Bundesländern.

So hat die Partei in den ostdeutschen Flächenländern nicht nur ihre zwei besten Ergebnisse erreicht (20,8 Prozent der Zweitstimmen in Mecklenburg-Vorpommern, 23,4 Prozent in Sachsen-Anhalt), sie ist in diesen beiden Ländern auch die zweitstärkste Kraft im Parlament. In Sachsen schaffte sie zudem im August 2014 den ersten Einzug in einen Landtag, es folgten im September Brandenburg und Thüringen.

Analysen der AfD-Wählerschaft finden signifikante Unterschiede zwischen der Ost- und West-Anhängerschaft der Partei. „Während AfD-Anhängerschaft in Ostdeutschland offenbar zu etwas vollkommen Normalem geworden ist und die Neigung zu dieser Partei kaum signifikante regionale Merkmale aufweist, hat die Partei in Westdeutschland in strukturschwachen Gebieten besonders großen Erfolg“ (Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 72). Insbesondere der Indikator „Arbeitslosigkeit“ sticht dabei hervor. Im Westen kann eine positive Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und dem AfD-Ergebnis identifiziert werden. Eine analoge Wirkung des Indikators im Osten ist nicht feststellbar. Das bedeutet, dass die westdeutschen AfD-Anhänger sehr sensibel auf die regionalen Kontextfaktoren reagieren und wirtschaftliche Rahmendaten auf die Wahlneigung wirken, während im Osten bei der Wahlentscheidung von einem regionenübergreifenden Phänomen gesprochen werden kann (vgl. ebd.: 68 f.).

Unsere Analyse arbeitet einige signifikante Unterschiede zwischen den Ost- und West-Fraktionen der AfD heraus. Dabei stechen in Tabelle 20 vor allem das Alter und die unterschiedliche berufliche Herkunft ins Auge. Beim Alter gibt es eine durchschnittliche Differenz von fünf Jahren. Am deutlichsten sind aber die abweichenden beruflichen Hintergründe: Im Osten dominieren die Selbstständigen, auf deren zuweilen prekäre Umstände bereits verwiesen wurde. Sie nehmen dort den Anteil ein, den im Westen bei anderen Parteien traditionell der öffentliche Dienst hat. Insgesamt ist die Berufsstruktur im Westen deutlich ausgeglichener, selbst die Nichterwerbstätigen sind mit 18,4 Prozent zu fast einem Fünftel vertreten (8,7 Prozent im Osten). Auffallend ist zudem der hohe Anteil von Beschäftigten in Ostdeutschland, die zuvor in Sicherheitsberufen aktiv waren.

Im Westen wiederum ist der Anteil der Abgeordneten, die mindestens über (Fach-)Abitur verfügen weitaus höher als im Osten. Bei der Rekrutierung können die ostdeutschen Landesverbände offenbar auf einen höheren Erfahrungsschatz unter den Parlamentskandidaten zurückgreifen. Zumindest sind die Indikatoren ‚frühere Parteizugehörigkeit‘, ‚Politische Vorerfahrung‘ und ‚Kommunale Mandate‘ im Vergleich zu den westdeutschen Pendanten jeweils stärker ausgeprägt. Bedenkt man zugleich, dass viele der erhobenen Aktivitäten von kurzer Dauer sind, kann häufig kaum von wirklich gediegenen Erfahrungswerten in einem professionellen Umfeld die Rede sein.

Was die einzelnen Abgeordneten angeht, können also durchaus klare Differenzen zwischen den ost- und westdeutschen Fraktionen der AfD ausgemacht werden. Doch wie gestalten sich die Strukturen und Strategien der Fraktionen? Kann auch hier eine Kluft zwischen Ost und West festgestellt werden oder verlaufen die Linien entlang anderer Faktoren?

Tabelle 20: Übersicht zu deutlichen Unterschieden zwischen den Fraktionen in Ost und West

Merkmal	Ost	West
Durchschnittsalter	48,1 Jahre	53,2 Jahre
Mindestens (Fach-)Abitur	58,7 Prozent	77,6 Prozent
Selbstständige	46,2 Prozent	32,7 Prozent
Nichterwerbstätige	8,7 Prozent	18,4 Prozent
PolizistInnen, BerufssoldatInnen und Sicherheitsberufe	17,3 Prozent	4,1 Prozent
Frühere Parteizugehörigkeit	42,3 Prozent	32,7 Prozent
Politische Vorerfahrung	48,1 Prozent	44,9 Prozent
Kommunale Mandate für die AfD vor MdL-Tätigkeit	45,6 Prozent	31,1 Prozent

Quelle: eigene Recherche.

Durch den frühen Einzug in die ostdeutschen Landesparlamente zunächst in Sachsen, dann in Brandenburg und Thüringen erfolgte dort eine regionale Bündelung finanzieller und personeller Ressourcen. Dieser Umstand wurde dadurch verstärkt, dass die drei ostdeutschen Fraktionen, die 2016 in die Landtage einzogen, infolge von Wahlergebnissen jenseits der 20-Prozent-Marke (Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) oder Fraktionsstärken jenseits der 20 Sitze (Sachsen-Anhalt und Berlin) diese Bündelung von Ressourcen noch ausbauen konnten. Dass dies allerdings eher zu einer Stärkung einzelner Protagonisten (sprich: der Fraktionsvorsitzenden Petry, Gauland und Höcke) als zu einer Professionalisierung der Landesverbände in Gänze führte, ist wohl auf das in diesen Verbänden erhöhte Spannungsfeld zwischen Partei und „Bewegung“ zurückzuführen.³⁶

Aus dieser strukturellen Friktion rührt auch die Tendenz der ostdeutschen Fraktionen, deutlich stärker in die Fläche hinein zu agieren. Bürgerbüros und eine Vielzahl von Veranstaltungsformaten vor Ort unterstreichen dies und stellen einen gänzlich anderen strategischen Weg dar, als ihn die westdeutschen Fraktionen einschlagen. Prägend dafür ist ein Ausspruch des rheinland-pfälzischen Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge: „Der Rheinland-Pfälzer ist kein Demonstrant“ (Kamann 2016). Junges Fraktion hat tatsächlich die vorhandenen Ressourcen stark in der eigenen Fraktion im Parlament zentralisiert, während die ostdeutschen Fraktionen auch dazu beitragen, vor Ort mit eigenen Bürgerbüros präsent zu sein.

Hier enden unserer obigen Analyse folgend aber die Bereiche, in denen die Ost-West-Differenz als dominante Variable betrachtet werden kann. Entscheidend für die strategisch-parlamentarische Ausrichtung der Fraktionen sind die Fraktionsspitzen und deren strategische Präferenzen. Strukturiert man die diversen Daten und Beobachtungen zu den AfD-Akteuren und -Inhalten, so kann zwischen eher parlamentsorientierten und eher „bewegungsorientierten“ Fraktionen unterschieden werden. Eine semantische Typisierung, die von einer bipolaren Struktur mit Realos und Fundis ausgeht, nähme Anleihe bei der originären Strömungslehre der Grünen. Damit wäre eine gewisse teleologische Perspektive verbunden, die den Eindruck erwecken könnte, dass der Parlamentarismus sich auch in diesem Falle sicherlich wieder als „Zuchtmeister“ für die Durchsetzung des realpolitischen Flügels erweisen wird. Auffallend ist allerdings, dass die parlamentarische Präsenz der AfD in den 13 Landtagen bislang keine wirk-

36 Wie fragil diese Machtzentren sind, zeigt die parteiinterne Schwächung von Frauke Petry infolge des Kölner Parteitags im Mai 2017, die sich in der Nichteinhaltung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit Pegida (vgl. MDR 2017) und zunehmenden Wortmeldungen des in der Landtagsfraktion nicht präsenten rechten Flügels im Landesverband äußerte (vgl. Interview SN).

liche Dominanz des pragmatisch-konservativen Flügels beförderte. In den Landtagen halten sich parlamentsorientierte und bewegungsorientierte AfD-Fraktionen in etwa die Waage.

Gemein ist schließlich allen Fraktionen des Parlamentsneulings, dass sie das Plenum als ihr zentrales Instrument sehen, um jenseits von Restriktionen, wie sie sich bei einer inhaltlich vertiefenden Ausschussarbeit manifestieren, und auch jenseits einer Interpretationshöhe klassischer Medien öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Der Vertreter einer anderen Fraktion interpretierte es folgendermaßen: „Das Plenum ist für die AfD der verlängerte Arm von Facebook“ (Interview RP). In diesem Sinne profitiert die AfD davon, dass die Piratenpartei möglicherweise die partizipativen Potenziale des Internets als Erste auf die politische Agenda brachte. Die Nutzung dieser Potenziale im Sinne einer (empörungsgeladenen) Mobilisierung ist aber der AfD zuzusprechen.

Während die AfD also im Analogen vielerorts noch immer Professionalisierungsbedarfe aufweist, kann sie ihre Anhänger im Digitalen mit einfachen Mitteln und emotionaler Ansprache adressieren und aktivieren. Selbst die von Beobachtern als eher führungs- und mobilisierungsschwach eingestufte Hamburger AfD-Fraktion (vgl. Interviews HH) kann dank der vernetzten rechten Echokammern mit einem Video bis heute fast 300.000 Views erreichen (vgl. Hollenstein 2015).

Die Analyse zeigt: Die Herausforderungen für die parlamentarischen Konkurrenten der AfD sind mannigfaltig ausgeprägt. Sie sind grundsätzlicher Natur wie im digitalen Sektor, aber auch regional differenziert wie bei der Frage nach einer Zentralisierung vs. einem Wirken in die Fläche. Sie können einerseits antizipiert werden, da gewisse Handlungslogiken aus der jeweiligen strategischen Ausrichtung (parlaments- vs. „bewegungsorientiert“) abzuleiten sind; diese Logiken können andererseits wieder mehrfach in sich gebrochen sein, wenn es um die Themenorientierung der Fraktionen oder die Binnenfriktionen durch unterschiedliche Ausrichtungen der einzelnen Abgeordneten geht. Insgesamt kann davon gesprochen werden, dass die Herausforderungen für die etablierten Akteure der politischen Arena eine nicht gekannte Qualität haben, weshalb deren Reaktionsstrategien im nächsten Abschnitt genauer unter die Lupe genommen werden sollen.

5 Parlamentarische Reaktionen der Mitbewerber der AfD

Für die sogenannten etablierten Parteien stellt die AfD wegen ihres provokanten Auftretens, ihrer spezifischen Form parlamentarischer Mitarbeit und Inszenierung und ihrer öffentlichkeitswirksamen Netz- und Medienaktivitäten eine Herausforderung in mehrfacher Hinsicht dar: als politischer Herausforderer, dessen starke Unterstützung gemessen an den Wahlerfolgen mit Verblüffung zur Kenntnis genommen wird; als Agent Provocateur, der parlamentarische Spielregeln je nach Opportunität einhält oder nicht; als Akteur, der kaum kalkulierbar ist, da er in seiner bipolaren Gestalt voller scheinbarer Widersprüche bleibt. Umgekehrt trifft jedoch zu, dass das Verhalten der AfD in den Parlamenten nicht nur von ihr selbst gesteuert wird; es hängt auch vom Verhalten der anderen Parteien ab. Reaktion und Gegenreaktion sind Teil der Bestimmungsgründe parlamentarischer Möglichkeiten und parlamentarischer Praxis.

5.1 Verhalten bei der Besetzung von Ämtern und Positionen

Wie stark die etablierten Parteien in den Landtagen die AfD als Herausforderung und politische Bedrohung ansahen, war in manchen Landtagen bei und kurz nach der Konstituierung nach den Wahlen zu beobachten. Zu Beginn der Legislaturperioden entwickelten die etablierten Parteien in diversen Landtagen Aktivitäten, mit denen Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen der Parlamentsarbeit herbeigeführt wurden. Einige von ihnen waren erkennbar dadurch motiviert, die „Bühne“ für die AfD einzuschränken. So wurde im baden-württembergischen Landtag die Anzahl der StellvertreterInnen für den Landtagspräsidenten/die Landtagspräsidentin von zwei auf einen reduziert, so dass die AfD trotz ihres Status als größte Oppositionsfraktion nicht zum Zuge kam. Auch im rheinland-pfälzischen Landtag wurde zu Beginn der Legislaturperiode eine Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen, mit der das Zählverfahren zur Besetzung der Ausschüsse im Landtag auf D'Hondt umgestellt wurde. Dadurch war die AfD mit einem Abgeordneten pro Ausschuss vertreten, während es nach dem vorherigen Verfahren zwei gewesen wären. Diese Beispiele illustrieren, auf welche Weise an den kleinen Stellschrauben des parlamentarischen Betriebs Rahmenbedingungen veränderbar sind. Die Beispiele zeigen zugleich, dass es sich hierbei um Nebenkriegsschauplätze handelt, die in der alltäglichen Praxis nur sehr wenig Einfluss auf das Wirken eines politischen Akteurs haben, geschweige denn dessen politische Gestaltungskraft im Parlament wirksam zu begrenzen imstande sind. Im Gegenteil lässt sich sagen, dass die Veränderung von institutionellen Rahmenbedingungen zu Lasten eines Parlamentsneulings – ob nun von den etablierten Parteien intendiert oder nicht – die Gefahr eines Pyrrhussiegs birgt. Denn die AfD hat solche Vorgänge aufgenommen und sich als „Opfer“ der „Altparteien“ inszeniert. Dieses Muster haben nahezu alle unsere GesprächspartnerInnen im Verhalten der AfD erkannt. Diese Erfahrungen generierten in den unterschiedlichen Landtagen wiederum Lernprozesse, um einer solchen „Opferinszenierung“ gar nicht erst Raum zu geben.

Generell wurde unter den politischen Akteuren in den Landtagen das Recht der AfD nicht in Zweifel gezogen, Abgeordnete für Gremien und Ämter vorzuschlagen. Gleichwohl kam es in der Praxis bei der Besetzung von Gremien durch AfD-Abgeordnete manchmal zu Konflikten. Denn die AfD hat hinsichtlich ihrer Kandidatenbesetzung zwar das Benennungs-, aber nicht das Durchsetzungsrecht. Die anderen Parteien machten die persönliche Eignung analog zur politischen Biografie zu einem entscheidenden Kriterium dafür, ob der vorgeschlagene Kandidat/die vorgeschlagene Kandidatin für die auszuführende Aufgabe in einem Gremium akzeptiert werden könne. Solche Fälle kamen bei der Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) vor, einem Landtagsgremium, das den Verfassungsschutz der Länder kontrolliert. In

Brandenburg etwa wurden AfD-Kandidaten mehrfach von anderen Fraktionen aufgrund ihrer rechtsradikalen Vergangenheit abgelehnt. Die etablierten politischen Parteien hatten sich bereits frühzeitig darauf verständigt, dass ein Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission keine rechtsextreme Vergangenheit haben dürfe.³⁷ Die AfD scheiterte in der Folgezeit mit einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht; dieses bekräftigte das Vorschlags- und Anhörungsrecht der AfD-Fraktion; ein Recht zur Durchsetzung eines Abgeordneten der AfD-Fraktion erwächst daraus jedoch nicht. Die Autonomie der Abgeordneten beinhaltet es, einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin zu wählen oder aber abzulehnen. Erst im März 2017 – zweieinhalb Jahre nach Einzug der AfD – wurde eine AfD-Abgeordnete in die PKK gewählt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Hamburg ab. Verschiedene KandidatInnen der AfD für die Besetzung der Härtefallkommission, die häufig als letzte Instanz über von Abschiebung bedrohte Menschen entscheiden muss, konnten wiederholt keine ausreichende Zustimmung erzielen. Zudem wurden die Abstimmungsregulativen in dem Gremium von dem zuvor bestehenden Konsensentscheid in ein Zwei-Drittel-Votum geändert – ein Vorgang, der von Gesprächspartnern als „Lex AfD“ (Interviews HH) bezeichnet wurde. Vorgänge wie diese werteten die AfD-Fraktionen als eine bewusste Schlechterstellung. Umgekehrt war zu beobachten, dass Nominierungsvorschläge vonseiten der AfD-Fraktionsspitzen als bewusste Provokation aufgefasst wurden, wenn ein als untragbar angesehener Kandidat für ein Gremium wie die PKK vorgeschlagen wurde.³⁸

Tabelle 21: Konflikte um die Besetzung von Ämtern und Gremien

Bundesland	
Baden-Württemberg	Reduzierung der Anzahl der StellvertreterInnen für den Landtagspräsidenten/ die Landtagspräsidentin von zwei auf eins; wegen Spaltung der AfD-Fraktion ist zudem der Vorsitz im Haushaltsausschuss weggefallen, der ihr sonst als stärkster Oppositionspartei zugestanden hätte; zuvor war in einem ersten Versuch der von der AfD vorgeschlagene Kandidat abgelehnt worden.
Berlin	Veränderter Modus bei Personalwahlen (Ausschussbesetzungen; Vertretungen in Beiräten und Gremien): Abstimmung nicht mehr, wie früher, en bloc, sondern i. d. R. nach Fraktionen getrennt
Brandenburg	Besetzung PKK: AfD-Kandidaten wurden mehrfach von anderen Fraktionen wegen rechtsradikaler Vergangenheit abgelehnt; AfD scheiterte mit Klage vor Landesverfassungsgericht; AfD-Vertreterin (Schade) wurde im März 2017 in PKK gewählt.
Bremen	Keine
Hamburg	Wahl eines AfD-Vertreters in Härtefallkommission immer wieder verhindert; zuvor: Konsensentscheid in Zwei-Drittel-Votum geändert
Mecklenburg-Vorpommern	Keine
Rheinland-Pfalz	Änderung der Geschäftsordnung in Form von Umstellung des Zählverfahrens zur Besetzung der Ausschüsse im Landtag auf D'Hondt (AfD: statt zwei nur ein Abgeordneter/eine Abgeordnete je Ausschuss)
Sachsen	Keine
Sachsen-Anhalt	Keine
Thüringen	Keine

Quelle: eigene Recherche.

37 Diesen Kurs hatte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Ness nach dem Einzug der AfD in den brandenburgischen Landtag im Herbst 2014 vorgegeben.

38 Neben dem bereits geschilderten Fall in Brandenburg kam es auch in Sachsen-Anhalt zu einem Konflikt über die Wahl eines AfD-Abgeordneten in die PKK. Dem Abgeordneten Olenicak wurde die Nähe zu rechten Gruppierungen vorgeworfen. Dennoch wurde er im Juni 2016 in die PKK gewählt (Mitteldeutsche Zeitung v. 1.6.2016).

5.2 Umgang mit der AfD: Zwischen Ausgrenzen, Abgrenzen und Ignorieren

Die Abgeordneten und Fraktionsverantwortlichen (Vorsitzende, FraktionsgeschäftsführerInnen) der Parteien jenseits der AfD sind sich in einer Einschätzung einig: Die Präsenz der AfD hat die Parlamentsarbeit verändert und fordert die anderen Parteien heraus. Die Diskussionen, wie mit der AfD umzugehen sei, haben ein übereinstimmendes Ergebnis: Ausgrenzen und Ignorieren sind keine geeigneten Vorgehensweisen. Die Formel lautet vielmehr: abgrenzen, ohne auszugrenzen. Diese Maxime galt jedoch keineswegs von Anfang an in dieser Einhelligkeit und sie wird auch heute noch in unterschiedlicher Weise von den Fraktionen in den Landtagen praktiziert. Dieser Umstand mag gewiss auch den unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Landtagen geschuldet sein.

Insgesamt lassen sich drei Reaktionsstrategien im Umgang mit der AfD unterscheiden: (1) Ausgrenzung/Sanktionierung, (2) Ignoranz und (3) Auseinandersetzung/Abgrenzung. Die Strategie des Ausgrenzens und Sanktionierens findet sich v. a. zu Beginn in den westdeutschen Landesparlamenten und lässt sich etwa bei Änderungen der Geschäftsordnungen beobachten. Die Strategie der Ausgrenzung verschaffte den Parlamentsneulingen aber, so die häufige Reflexion in den geführten Interviews mit GesprächspartnerInnen aus anderen Fraktionen, die Möglichkeit, sich als ein Opfer zu inszenieren, das durch die etablierten Fraktionen in der Ausübung seiner Rechte eingeschränkt wurde. Auch offensive Angriffe einzelner Abgeordneter der etablierten Parteien, die sich bspw. wegen rassistischer Äußerungen von AfD-Abgeordneten erregten, wurden gerne für dieses Narrativ gegenüber den eigenen Anhängern genutzt. Infolge dieser Erlebnisse und damit einhergehender Lernprozesse realisierten viele etablierte Akteure jedoch, was viele Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen durch ihre Erfahrungen mit NPD und DVU längst wussten und verinnerlicht hatten:³⁹ Statt die AfD-Mitabgeordneten überzeugend auf die parlamentarischen Gepflogenheiten festzulegen, wertete man sie auf, gab ihnen das, was sie wollten: die öffentliche Bühne.

Die Strategie des Ignorierens war nur temporär zu beobachten. So gab es etwa in Hamburg und Bremen den Versuch vonseiten der Regierungsfractionen, Absprachen zu treffen, wonach bei Anträgen der AfD lediglich ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete dieser Fraktionen erwidern solle. Auch in Thüringen und in Sachsen-Anhalt wurde dieses Vorgehen zeitweilig und situativ angewandt. In Brandenburg wiederum kam es phasenweise zum Schulterschluss der anderen Parteien, um ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Äußerungen der AfD zu setzen. In solchen Fällen verabredeten die Parteien, dass nur ein Redner bzw. eine Rednerin im Plenum auf die AfD reagieren solle, um Geschlossenheit zu signalisieren und auch um der AfD keine Bühne für provozierende Aktivitäten zu verschaffen. Dieses Vorgehen scheiterte unter anderem daran, dass Einzelabgeordnete sich nicht an die Vorgaben hielten, infolgedessen wurde dies auch von der Fraktionsspitze nach einer Weile aufgegeben. Auch hier wurde die Vermeidung der Opferrolle als Grund für den Wandel angeführt.

In Mecklenburg-Vorpommern nahmen die etablierten Parteien von einem Kurs Abstand, den sie in der Legislaturperiode zuvor noch im Hinblick auf die NPD angewandt hatten. Der „Schweriner Weg“ – die gemeinsame, konsequente Frontstellung gegenüber der NPD – wurde im Fall der AfD nicht angewandt (vgl. Interviews MV).

Die Vorgehensweise, auf die sich die Mehrzahl der politischen Wettbewerber der AfD in den Landesparlamenten fokussiert, kann auf die Formel abgrenzen bei gleichzeitiger inhaltlicher Auseinandersetzung gebracht werden. In den Gesprächen wurde immer wieder die Bedeutung

39 In den Ländern mit Vorerfahrungen mit rechtsextremen Parteien im Landtag (SN, MV und BB) hat es keine ähnlichen Abgrenzungsbeschlüsse wie zuvor gegeben, was darauf hinweist, dass die AfD als gleichberechtigte Konkurrentin behandelt wurde (vgl. Interviews SN, MV, BB).

hervorgehoben, die AfD argumentativ herauszufordern. Die etablierten Parteien stellt die Wettbewerbskonstellation mit der AfD auch gerade deshalb vor eine besondere Herausforderung, weil die AfD in ihrer bipolaren Gestalt ein schwer zu fassender politischer Akteur bleibt. Denn sie ist einerseits dazu in der Lage, populäre Themen aus der Bevölkerung aufzugreifen, die die Menschen umtreiben und von der AfD auf die politische Agenda transportiert werden. Weil es sich dabei um populäre Themen handelt, die aus Sicht von Teilen der Bevölkerung nur unzureichend von den politischen Entscheidungsträgern bearbeitet wurden, stellt dies die Konkurrenten der AfD vor die besondere Schwierigkeit, angemessene politische Reaktionen zu finden. Zum anderen stellt der AfD-Provokationsstil eine eigene Herausforderung dar. So sehen sich die politischen Konkurrenten der AfD in einem Dilemma: Einerseits müssen die anderen Parteien ein eigenes Interesse daran haben, die von der AfD besetzten Themen nicht kampflos der Konkurrenz zu überlassen, sondern Angebote für drängende politische Fragen zu schaffen. Andererseits sehen sie sich der Gefahr gegenüber, über jedes Stöckchen zu springen, das ihnen von der AfD hingehalten wird. Im Bewusstsein dieses Dilemmas haben die anderen Parteien im Laufe der Zeit Lernprozesse durchlaufen. Die Mehrheit der Akteure in den Landtagen hat sich dazu entschieden, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD zu suchen. Angesichts der bipolaren Verhaltensweisen der AfD – zwischen „Kümmerer-Partei“ einerseits und bewusst einkalkulierten Provokationen andererseits – bleibt sie unter dem Strich eine schwierige Herausforderung für ihre Konkurrenz.

Dazu kommt, dass diese Strategie nur eine Arena des Parteienwettbewerbs adressiert: die parlamentarisch-analoge. Die digitale Arena besitzt wie bereits oben ausgeführt einen anderen Wettbewerbsmodus, der sich durch Zuspitzung, Emotionalisierung und eine scharfe Bildsprache auszeichnet. In dieser Arena fehlen den etablierten Parteien – und auch den thematisch von den AfD-Fraktionen häufig adressierten Landesministerien (Konfrontationen auf der kulturellen Achse u. a. mit Familien-, Frauen-, Bildungs- oder Integrationsressorts) – die nötige Expertise und Reichweite, um effizient etwas dagegensetzen. So schaffen es die AfD-Fraktionen trotz nur schleppender Professionalisierung den etablierten Akteuren deren Professionalisierungsbedarf im Digitalen aufzuzeigen.

Von rechts der Mitte herausgefordert – wie verhält sich die CDU?

Für die CDU ist die AfD eine besondere politische Konkurrenz, weil die AfD die CDU von rechts der Mitte herausfordert. Beide konkurrieren um Wählerstimmen aus dem konservativen bis rechten Milieu. Darüber hinaus haben viele Abgeordnete der AfD ihre parteipolitischen Wurzeln in der CDU, der sie u. a. aus Enttäuschung über die als zu liberal aufgefasste Programmatik der „Merkel-CDU“ den Rücken kehrten. Aus dieser Konkurrenzsituation heraus versucht die AfD in den Landtagen, die CDU vor sich herzutreiben. So bringt die AfD etwa Parteitagebeschlüsse der CDU ins Parlament ein, wie dies die Linkspartei auch bei der SPD in der Vergangenheit häufig getan hat. Mit ihren Anträgen bohrt sie den Stachel ins Fleisch der gesellschaftspolitisch modernisierten CDU. Die AfD setzt die CDU mit parlamentarischen Initiativen politisch unter Zugzwang, wissend, dass die CDU-Fraktion in ihren Reihen Abgeordnete hat, die vom gesellschaftspolitisch liberalen Kurs der eigenen Partei auch enttäuscht sind.⁴⁰

40 Beispielhaft hierfür steht ein Antrag u. a. von der AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt, der sich gegen das Tragen von Burkas ausspricht. Die AfD hatte diesen Antrag im Wissen darüber gestellt, dass auch die christdemokratische Bundeskanzlerin Merkel sich für ein Verbot der Burka im öffentlichen Raum ausgesprochen hatte. Die AfD wollte so die Koalitionsdisziplin der sachsen-anhaltinischen CDU-Abgeordneten – letztlich erfolglos – testen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Poggenburg erklärte diesbezüglich, man wolle der CDU die Chance geben, „sich etwas aus dem linksradikalen Koalitionskorsett zu zwingen“ (Mitteldeutsche Zeitung vom 14.12.2016).

In denjenigen Ländern, in denen in den Landtagen schon früher Erfahrungen mit rechtsextremen Parteien wie der NPD (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen) und der DVU (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) gemacht wurden, steht die CDU vor der besonderen Herausforderung, das Wählerspektrum am rechten Rand nicht extremistischen Kräften zu überlassen und ihm Angebote zu unterbreiten. In dieser Konkurrenzsituation bleibt jedoch Raum für verschiedenartige Schattierungen. Denn im Gegensatz zur NPD oder DVU wird die AfD von CDU-Abgeordneten in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen als vergleichsweise moderat empfunden.

In ostdeutschen Ländern, in denen die CDU in Regierungsverantwortung steht (MV, ST, SN), ist zu beobachten, dass einzelne Abgeordnete der CDU-Regierungsfraktionen keine Veranlassung sehen, sich klar von der AfD zu distanzieren. Vor allem in Ländern, in denen die AfD eine starke politische Stellung einnimmt, wie in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern als zweitstärkste Kraft, versucht die AfD gelegentlich die CDU in der Regierungsverantwortung öffentlichkeitswirksam mit deren eigenen Positionen zu konfrontieren. In dieser Konstellation befindet sich die CDU in einer Zwickmühle: Als Regierungspartei muss sie einerseits einen verantwortungsvollen politischen Kurs einhalten, andererseits muss sie sehr darum bemüht sein, dass ihre Wählerschaft aus dem bürgerlich-konservativen Spektrum sich nicht von der AfD positiv angesprochen fühlt. Versuche, dieser Zwickmühle zu begegnen, können etwa in Sachsen-Anhalt beobachtet werden. Hier sah sich die regierungstragende CDU-Fraktion veranlasst, eine Strategie auszurufen, mit der ein „Abgrenzen statt Ausgrenzen“ hinsichtlich der AfD praktiziert werden sollte (CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt 2017). Dieser schmale Grat kann eher als taktische Marschroute verstanden werden, um einerseits auf diejenigen CDU-Abgeordneten vom rechten Parteiflügel zuzugehen, die von einer Regierung mit der SPD und den Grünen wenig angetan sind, und andererseits eine Linie zu ziehen, um Extrempositionen der AfD Einhalt zu gebieten.

Auch in Landtagen, in denen die CDU in der Opposition ist, etwa in Rheinland-Pfalz oder Brandenburg, vollziehen die CDU-Fraktionen einen komplizierten Balanceakt zwischen Ausgrenzung und Abgrenzung. Das Dilemma: Man will über eine effektive Oppositionsarbeit wirken, sich aber gleichzeitig nicht mit der AfD gemein machen. Während in den westdeutschen Landtagen ein klarer Trend zur Abgrenzung zwischen CDU und AfD besteht, verhält sich dies im Osten anders. Hier sind Annäherungen zwischen Abgeordneten des rechten CDU-Parteiflügels und Abgeordneten der AfD häufiger zu beobachten.

6 Schluss: Die Präsenz der AfD als neuer Akteur in Landesparlamenten

Mit der AfD hat ein neuer Akteur die politische Bühne betreten – dies ist eine Entwicklung, die Fragen aufwirft und die etablierten Akteure mitunter vor neue Aufgaben stellt. Und dies gilt unabhängig davon, ob die AfD langfristig Bestand hat und wie ihr Rollenfindungsprozess aus Versuch und Irrtum, thematischen Konjunkturen und parteiinternen tektonischen Verschiebungen enden wird. Das Bild der Partei setzte sich bisher vor allem aus Einzelfallbeobachtungen zusammen. Die vorliegende Erhebung war eine explorative Reise in ein unbekanntes Land, die dabei gemachten Beobachtungen und gewonnenen Erkenntnisse sind Annäherungen an eine sich verändernde politische Wettbewerbsposition in den deutschen Landtagen und darüber hinaus. Entstanden ist nicht nur das Bild einer Partei im Übergang, mit wechselhaften Dynamiken und Widersprüchen, Spannungen von innen wie von außen, sondern auch Hinweise auf einen weiter gefassten Wandel des deutschen Parteiensystems und seiner treibenden Kräfte.

Zu Beginn der Einleitung wurden drei forschungsleitende Fragenkomplexe angeführt:

1. Wer vertritt die AfD in den Parlamenten und welche sozialstrukturellen Profile weisen ihre Abgeordneten auf?
2. Was zeichnet die Arbeits- und Wirkungsweise der AfD-Abgeordneten und -fraktionen in den Parlamenten aus? Welche Themenschwerpunkte lassen sich identifizieren?
3. Welche Reaktionen auf die Anwesenheit der AfD in den Parlamenten und ihr Wirken lassen sich bei den anderen Parteien feststellen? Welche taktisch-strategischen Muster lassen sich erkennen und wovon hängt die Wirksamkeit dieses Vorgehens ab?

Was für Ergebnisse haben wir zu den drei Fragen generiert, die das Bild der AfD und ihrer parlamentarischen Praxis profilieren können?

1. Profil der Abgeordneten

Die AfD-Fraktionen sind Fraktionen der Neulinge. Diese sind aber keineswegs aus dem Nichts im Landtag gelandet, sondern zeichnen sich durch gewisse Erfahrungspotenziale in Form von Parteien- und Mandatshistorien aus. Überdies besteht ein Spannungsbogen, der sich von der Individual- bis zur fraktionsübergreifenden Ebene zieht, der in seinen Grundlagen von Enttäuschung und Überzeugung geprägt ist und in verschiedener Form strukturell wie strategisch immer wieder auftaucht. Auf der Ebene der Abgeordneten lassen sich bei grundlegenden Merkmalen wie Alter und Bildung keine deutlichen Unterschiede zu den Abgeordneten der anderen Parteien erkennen. Das Durchschnittsalter ist insofern interessant, als der Altersschnitt analog zu den Zahlen der etablierten Kontrahenten auf relativ alte DirekteinsteigerInnen schließen lässt. Zugleich bestehen deutliche Differenzen hinsichtlich der beruflichen Herkunft – ein großer Anteil von Selbstständigen und freien Berufen, Sicherheitsberufen sowie RentnerInnen und Erwerbslosen – und in der Geschlechterzusammensetzung, die die AfD als Männerpartei alten Typs erscheinen lässt.

Die Fragen nach der Parlamentsfähigkeit der AfD-Abgeordneten einerseits und dem seriösen Willen zur parlamentarischen Mitwirkung andererseits müssen getrennt beantwortet werden. Die Fähigkeit ist trotz gewisser Vorerfahrungen unterhalb der Landesebene bei einem Großteil der Abgeordneten zum Landtagseinzug nicht vorhanden gewesen. Trotz „training on the job“ und (schleppender) Professionalisierungsschübe kann noch nicht von einer hinreichenden nachholenden Professionalisierung gespro-

chen werden, auch wenn mit Blick auf die Bildungs- und Berufsstrukturen ein langfristiges Hineinwachsen in die und an den neuen Aufgaben zum Teil erkennbar und möglich ist.

Gleichzeitig sind die Fraktionsspitzen auch hinsichtlich der Frage entscheidend, ob ein Wille zur parlamentarischen Mitwirkung vorhanden ist. Dies ist der eigentlich ausschlaggebende Faktor für die funktionalen interfraktionellen Unterschiede der AfD. Einerseits definieren einige Vorsitzende die Funktionserfüllung als Oppositionsfraktion als Teil ihrer Erfolgsstrategie, andererseits gibt es die AnhängerInnen einer „bewegungsorientierten“ Fraktionsarbeit, die abgesehen von situativer empörungsgeladener Munitionierung wenig willig sind, parlamentarische Präsenz zu entwickeln – und damit den Einzelabgeordneten ihrer Fraktion keine Hilfe sind.

2. Profil der Fraktionen

Auffallend sind die funktionalen Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen, die ursächlich auf die Führungskompetenz der Fraktionsvorsitzenden (und der von ihnen rekrutierten Fraktionsapparate) zurückgehen.

Die Arbeits- und Wirkungsweise der AfD-Fraktionen zeichnet sich durch eine strategische und inhaltliche Bipolarität aus. Von strategischer Seite ist die zentrale Erkenntnis der Untersuchung eine Bipolarität zwischen parlamentsorientierten und „bewegungsorientierten“ Fraktionen. Den parlamentarisch orientierten Fraktionen ist es dabei nicht gelungen, die Kräfteverhältnisse in ihren Landesverbänden nachhaltig zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Im Gegenteil: Auch dort haben radikalere Positionen im Verlauf der Zeit an Lautstärke und Zustimmung gewonnen. Triebkraft hierfür ist oftmals sogar der Verdruss über den als zu gemäßigt empfundenen Politikstil der AfD im Parlament.

Das mag mit an der Struktur der Bipolarität liegen, die die AfD in den Landtagen auszeichnet: eine recht deutlich beobachtbare Rollenverteilung zwischen ProvokateurInnen und PragmatikerInnen. Diese macht es den konkurrierenden Parteien schwer, Strategien des Umgangs und der politischen Gegenwehr zu finden. Egal, ob diese Doppelstruktur eine Strategie der AfD ist, wie aus einer Außenperspektive manchmal vermutet wird, oder ob die Struktur einfach nur die Heterogenität und Pluralität innerhalb der AfD-Fraktionen widerspiegelt wie von AfD-Vertretern dargelegt – sie macht den Umgang schwierig.

Trotz Übereinstimmung im allgemeinen Erscheinungsbild und der Wahrnehmung der AfD in den zehn Landtagen bestehen also eine Reihe von Unterschieden, die ein Bild großer Heterogenität entstehen lassen. In den AfD-Fraktionen besteht nicht nur eine Bipolarität zwischen denjenigen, die die Bewegungsorientierung präferieren, und denjenigen, die eine pragmatische Rolle im Parlament befürworten, sondern davon abgeleitet auch in Richtung einer zukünftigen Regierungsbeteiligung. Ein Versuch, den Charakter der AfD-Fraktionen in den Landtagen typologisch zu fassen, stützt sich zum einen auf die strategische Orientierung, zum anderen auf die inhaltliche Dimension.

Als eher parlamentsorientiert können die Fraktionen in Berlin, Sachsen, Rheinland-Pfalz und mit Abstrichen Hamburg betrachtet werden. Hauptprotagonistin der „bewegungsorientierten“ Perspektive ist die thüringische Fraktion. Weiterhin sind die Fraktionen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in diesem Lager zu verorten. Die baden-württembergische Fraktion nimmt nicht zuletzt wegen der Rolle des Fraktionsvorsitzenden Meuthen als Parteivorsitzender keine eindeutige Position ein, hat aber eine deutliche Tendenz zum „bewegungsorientierten“ Oppositionskurs.

Tabelle 22: Orientierungen der AfD-Landtagsfraktionen

Bundesland	Datum Wahl	Anzahl MdL Stand 28.2.2017	Stärke Fraktion	Orientierung der Fraktion
Baden-Württemberg	13.3.2016	21	3. Kraft	eher bewegungsorientiert
Berlin	18.9.2016	24	5. Kraft	parlamentsorientiert
Brandenburg	14.9.2014	10	4. Kraft	bewegungsorientiert
Bremen	1.5.2015	1	6. Kraft	–
Hamburg	15.2.2015	7	6. Kraft	eher parlamentsorientiert
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2016	18	2. Kraft	eher bewegungsorientiert
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	14	3. Kraft	parlamentsorientiert
Sachsen	31.8.2014	14	4. Kraft	parlamentsorientiert
Sachsen-Anhalt	13.03.2016	25	2. Kraft	bewegungsorientiert
Thüringen	14.9.2014	8	4. Kraft	bewegungsorientiert
Gesamt		142		

Eigene Darstellung.

Zu diesen beiden Achsen der Bipolarität kommen weitere hinzu, die die Partei somit strukturell auf mehrdimensionale Art und Weise prägen:

Plenum vs. Ausschüsse: Das Plenum ist das zentrale parlamentarische Schaufenster. Während dort vonseiten der AfD-Abgeordneten die erste und zweite Reihe recht aktiv ist, wird in den Ausschüssen eher mäßig bis gar nicht mitgearbeitet. Die Gründe dafür liegen zum einen in dem Umstand, dass ein Großteil der AfD-Abgeordneten in den Landtagen kaum über Vorerfahrung in gewählten Repräsentationskörperschaften verfügt, mithin die Qualifikation (noch) fehlt. Zum anderen bietet das Plenum emotionalisierbare Möglichkeiten, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Parlament vs. Öffentlichkeit: Die Auftritte des Spitzenpersonals im Parlament sind meist durch eine heftige Rhetorik geprägt, die auf eine grundlegende Abgrenzung ausgerichtet ist. Sie dienen aber nicht nur der Kritik, sondern daraus wird das kommunikative Material generiert, das für die internetbasierte Kommunikation benötigt wird, um eine engagierte und kritische Arbeit im Parlament nach draußen zu kommunizieren und die Anhängerschaft zu mobilisieren.

Provokation vs. konstruktive Kritik: Um Anerkennung im Parlament zu finden, suchen die AfD-Abgeordneten nach eigenen Wegen, um eine kompetente Kritikposition aufzubauen. Dazu trägt bei, dass sie Rat bei externen BeraterInnen und anderen AfD-Fraktionen einholen. Zugleich suchen sie mit dem Mittel der gezielten Provokation Aufmerksamkeit herzustellen, was außerdem die Unsicherheit der anderen Fraktionen im Umgang mit der AfD erhöht.

Fundamentalopposition vs. konstruktive Opposition: Ein Hauch von Fundamentalopposition liegt dann vor, wenn die AfD den inhaltlichen Konsens in grundlegenden Fragen der demokratischen und nationalen Identität ignoriert und das Parlament als „Bühne“ gegen die von ihr als „Altparteien“ bzw. „Kartellparteien“ gescholtenen Konkurrenten und für ihre außerparlamentarischen Aktivitäten begreift. Dass zugleich auch das Bestreben, sich konstruktiv auf konkrete Problemlagen zu beziehen, erkennbar ist, zeigt nicht nur divergente Strategien in der AfD auf, sondern auch das Begehren von AfD-Politikerinnen und -Politikern, durch konkrete Mitarbeit Anerkennung als Abgeordnete zu finden.

Partei vs. „Bewegung“: Während es der Logik der Partei im Kontext des Parlamentarismus entspricht, durch die Spielregeln des Parlamentarismus sukzessive eigene In-

teressen zu verankern, setzt die „Bewegung“ viel tiefgreifender an. Sie artikuliert das grundlegende Unbehagen an den Verhältnissen, sie gibt sich nicht mit den Möglichkeiten des Parlamentarismus zufrieden bzw. negiert sogar deren Wirksamkeit und sucht nach grundsätzlicheren Alternativen und Handlungsmöglichkeiten. In diesem Sinne hegen viele AfD-AktivistInnen außerhalb der Fraktion Skepsis gegenüber den Aktivitäten der eigenen Landtagsfraktion und sehen darin einen Prozess der De-Radikalisierung, der den eigenen weiter gesteckten Zielen eher abträglich ist.

Professionell vs. amateurhaft: Parteienwettbewerb, Parlamentarismus und Massenmedien verlangen ein hohes Maß an Professionalität in inhaltlichen und kommunikativ-strategischen Interaktionsprozessen. Deshalb spielen in der AfD nicht nur VolkswirtschaftlerInnen und RechtsanwältInnen eine wichtige Rolle, sondern auch JournalistInnen. Die AfD ist aber auch eine Partei der NonkonformistInnen, die vom Widerspruch leben, sich nicht unterordnen wollen und sich mit ihrem gelebten Eigensinn und der dezidierten Ablehnung technokratischer Herrschaft in die Parteiarbeit einbringen. Beide Dimensionen, Führung und Loyalität, Professionalität und amateurhafter Eigensinn haben Relevanz für die Handlungsfähigkeit der AfD.

Klassische Medien vs. Social Media: Die AfD hat sich von Anfang an gegen die klassischen Medien positioniert. Die Rede ist von der „Lügen- und Lückenpresse“. Heftige Kritik wird auch am öffentlich-rechtlichen Rundfunk geübt. Während die AfD die klassischen Medien als Quelle für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sieht, begreift sie den digitalen Aktionsraum als Chance, um eigene mediale Wirklichkeiten zu generieren und eine eigene Direktkommunikation zu praktizieren, die sie unabhängig von den Präferenzen der etablierten Medien macht. Die AfD verfügt zumeist über die höchsten Online-Reichweiten der Fraktionen und kann auf eine hohe (relativ geschlossene) Vernetzung zurückgreifen. Ihre starken Bemühungen, als Internetpartei zu wirken, sind auch ein Ergebnis ihrer strukturellen Schwäche gegenüber den klassischen Medien. Ein ähnlicher struktureller Zusammenhang besteht zwischen ihrer kaum vorhandenen Verankerung in den gesellschaftlichen Subsystemen mit ihren großen Massenorganisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen etc.) und ihrem Bemühen, über Social Media ein eigenes kommunikatives Milieu aufzubauen.

Mit dieser komplexen, sich mehrfach brechenden Struktur gehen Risiken einher, die auf die AfD in der Zukunft zukommen bzw. die sie auch heute schon von innen herausfordern. Nimmt man nur die Spannungen zwischen Partei und „Bewegung“, so fällt auf, dass die Gefahr einer De-Radikalisierung im Parlament und der Außendruck der AnhängerInnschaft, dies zu verhindern, zum Gegenteil führen, nämlich zu einer vorauseilenden Radikalisierung im Parlament. Diese wiederum treibt die beiden Pole Parlaments- und „Bewegungsorientierte“ noch weiter auseinander.

Gleichzeitig gehören diese divergenten Pole zu den zentralen Erfolgsfaktoren der Partei. Denn erst diese ermöglichen breitere Wählerkoalitionen, indem sie der AnhängerInnschaft die je eigene Unzufriedenheitsprojektion erlauben. Dieses Binnenspannungsfeld zeichnet andererseits die Arbeit in den Parlamenten aus und stellt eine der großen Herausforderungen für die Fraktionsvorsitzenden in ihrer Stabilisierungsfunktion dar. Das strategische Dilemma bleibt: Die Auflösung der Dichotomie gefährdet den Erfolg, die Beibehaltung ist mit Blick auf die Binnenspannung enorm schwer einzuhegen. Die AfD insgesamt und insbesondere das Zusammenspiel der einzelnen Landtagsfraktionen sind in diesem Sinne ein hochsensibles Konstrukt, das eines arbeitsfähigen strategischen Zentrums (Raschke/Tils 2007) innerhalb der Bundesländer und zwischen den Bundesländern bedürfte. Davon ist man aber weit entfernt, wenn man die Außenwirkung der Partei im

ersten Halbjahr 2017 betrachtet, als klar wurde, dass der Weg dieser weit aufgefächerten Koalition mitnichten von allen zentralen ProtagonistInnen als Königsweg gesehen wird, sondern versucht wird, diesen konfrontativ und zu Lasten der einen Seite zu verlassen.

3. Profil der Reaktionen

Die Präsenz der AfD in den deutschen Landtagen bleibt nicht ohne Folgen für die Interaktionsmuster in den Parlamenten. Die etablierten Parteien lässt die Präsenz und das Wirken der AfD nicht unbeeindruckt. Sie haben viel Zeit und Ressourcen darauf verwendet, sich auf den neuen parlamentarischen Wettbewerber einzustellen. Vielfach waren die politischen Akteure in den Parlamenten anfangs verunsichert und auch unbeholfen im Umgang mit dem Neuling. Mittlerweile sind Lernprozesse in der parlamentarischen Arena unverkennbar, die von Landtag zu Landtag sowie innerhalb der Parteien aufgenommen wurden. Nach einiger Zeit haben sich Muster sowie Präferenzen im Umgang der etablierten Parteien mit der AfD herausgebildet, die mit der Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“ auf den Punkt gebracht werden können. Weder ein Ausgrenzen noch ein Ignorieren der AfD haben sich in der Regel als wirksame und hinreichende Mittel in der Auseinandersetzung erwiesen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD stellt die Parteien vor allem deshalb vor große Herausforderungen, weil diese sich zum einen als Provokateur auf Kosten anderer zu profilieren weiß, zum anderen, weil die AfD imstande ist, in der Bevölkerung populäre Themen aufzugreifen und auf die politische Agenda zu setzen. Mit der Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“ wird zugleich deutlich, dass den Parteien keine einfachen Antworten auf die Herausforderung durch die AfD genügen. Vielmehr hat die Suche nach geeigneten Umgangsstrategien gezeigt, dass für die anderen Parteien Lernprozesse in Gang zu setzen waren sowie eine Notwendigkeit zur Professionalisierung ihrer Verhaltens- und Reaktionsmuster besteht. Denn wer die inhaltliche Auseinandersetzung sucht, wer also die AfD argumentativ stellen will, muss den BürgerInnen nicht nur gute politische Angebote unterbreiten, sondern darüber hinaus über ausgezeichnete rhetorische Fähigkeiten verfügen, darin geschult sein, den eigenen Standpunkt auch dann wirkungsvoll zu vertreten, wenn mit Provokationen oder Tabubrüchen zu rechnen ist. Wer als politische Kraft der AfD diszipliniert die Opferrolle in Parlament und Öffentlichkeit verwehren will, der wiederum muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Abgeordneten in den Fraktionen geschlossen und diszipliniert agieren.

Eine besondere Herausforderung ist in der digitalen Arena zu sehen. Denn hier bleibt die Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“ weitgehend wirkungslos. Einer Emotionalisierung mit sachlicher Argumentation zu begegnen scheint kaum erfolgversprechend zu sein. Weder die Reichweiten noch die digitale Expertise sind derzeit vorhanden, um der AfD auf Augenhöhe zu begegnen. Bei einem möglichen Bundestagseinzug der AfD im September 2017 stellt sich die Frage, ob die in diesem Bereich deutlich professioneller aufgestellten Akteure erfolgreicher agieren können als ihre Kolleginnen und Kollegen auf Landesebene. Die Echokammern der AfD wirken bereits jetzt. Ab dem Herbst könnte hier also deutlich eher von einem „level playing field“ gesprochen werden.

Abschließend sollte gefragt werden, ob das Aufkommen der AfD nicht auch etwas Reanimierendes für den deutschen Parteienwettbewerb mit sich gebracht hat. Offensichtlich ist, seit die AfD in die ersten Landesparlamente eingezogen ist und dadurch im Parteienwettbewerb mitmischt, die Wahlbeteiligung beginnend 2016 zwischen 4,1 (Baden-Württemberg) und 10,4 Prozentpunkte (Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern) nach oben gegangen. Mit der AfD ist eine Repräsentationslücke rechts der Union besetzt worden, aber auch darüber hinaus zeigen sich latente Prozesse des Wandels. So kann zwar ar-

gumentiert werden, dass Parteien schon durch den bisherigen Parteienwettbewerb sensibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Dennoch wurde in den Gesprächen deutlich, dass die Präsenz der AfD in den Landtagen diese Anstrengungen weiter forciert hat. Die Parteien wollen weg von einer zu technokratischen Sprache, sie wollen inhaltlichen Repräsentationslücken, wie sie durch Große Koalitionen auf Bundesebene entstehen können, durch eine schärfere Profilierung begegnen. Unabhängig davon, was man von der Partei hält, die AfD hat durch ihre parlamentarische Praxis auch indirekt Einfluss genommen. Die Veränderungen können im Rahmen einer intakten und leistungsfähigen Demokratie durchaus bearbeitet werden.

Die internen Strukturen der AfD sind mehrfach gebrochen, ein einheitliches Bild ergibt sich damit weder für die anderen politischen Akteure noch für die BürgerInnen. Für die anderen Parteien bedeutet diese Heterogenität und bipolare Erscheinungsweise Unsicherheit und eine herausfordernde Aufgabe für den politischen Wettbewerb. Die AfD hat ihre bisherige Attraktivität möglicherweise gerade dieser uneinheitlichen Struktur zu verdanken, weil sich jede Facette der Unzufriedenheit in der Partei und ihren Fraktionen wiederfinden lässt und dadurch bisher Mobilisierungserfolge zu verzeichnen waren. Es bleibt abzuwarten, ob Uneinheitlichkeit bis zum innerparteilichen Konflikt ein Erfolgsrezept der AfD bleiben wird. Solange die Bipolaritäten in der AfD fortbestehen, wird sie sich nicht in Richtung einer „normalen Partei“ entwickeln. Derzeit ist nicht absehbar, ob innerhalb der AfD ein Prozess der Einhegung und Disziplinierung stattfinden wird. Denn die Auseinandersetzung innerhalb der AfD zwischen den parlamentsorientierten und den „bewegungsorientierten“ Kräften ist nicht abgeschlossen. In der derzeitigen Formierungsphase der Partei braucht sie beide Flügel. Der Ausgang dieser Entwicklung bleibt somit offen.

Literatur

- AfD (2016): PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.
- AfD-Bundesvorstand (2016): AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, Strategiepapier vom 22. Dezember 2016.
- Arzheimer, Kai (2015): The AfD. Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: West European Politics, Jg. 38, H. 3, S. 535-556.
- Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden.
- Bebnowski, David (2016): » Gute « Liberale gegen » böse « Rechte ? Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und dem Umgang mit der Partei, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 25-35.
- Bender, Justus (2017a): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München.
- Bender, Justus (2017b): Die Wut der AfD auf den neuen Mann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/afd-ist-trotz-weibliche-parteivorsitzende-eine-maennerpartei-14966185.html>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, H. 1, S. 57-75.
- Bock, Michael (2016): AfD sorgt für Eklat, in: Volksstimme. Online verfügbar unter: <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/landtag-afd-sorgt-fuer-eklat>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Boorstin, Daniel J. (1987): The Image. A Guide to Pseudo-events in America, New York.
- Borchert, Jens (1999) (Hrsg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Opladen.
- Brunner, Katharina/Ebitsch, Sabrina (2017): Von AfD bis Linkspartei - so politisch ist Facebook, in: Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-auf-facebook-rechte-abschottung-ohne-filterblase-1.3470137>, zuletzt geprüft am: 24.5.2017.
- Brunner, Katharina/Hauck, Mirjam (2017): Wie die Parteien auf Facebook Wahlkampf machen, in: Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/digital/der-facebook-faktor-wie-die-parteien-auf-facebook-wahlkampf-machen-1.3479979>, zuletzt geprüft am: 24.5.2017.
- CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Abgrenzen statt Ausgrenzen, Positionspapier vom 18.1.2017.
- Ceyhan, Sara (2016): Konservativ oder doch schon rechtspopulistisch? Die politischen Positionen der AfD-Parlamentskandidaten im Parteienvergleich, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 26, H. 1, S. 49-76.
- Decker, Frank (2016): Die » Alternative für Deutschland « aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 7-23.
- Deutscher Bundestag (2016): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, <http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/>.
- Deutscher Bundestag (2017): Rechtsextreme Tendenzen der identitären Bewegung und der Initiative „Ein Prozent“. Antwort der Bundesregierung, Drucksache 18/12261 vom 8.5.2017.
- Faas, Thorsten/Sack, Benjamin C. (2016): Politische Kommunikation in Zeiten von Social Media: Ergebnisse einer Längsschnittbefragung von 2013-2015, in: Faas, Thorsten/Sack, Benjamin C. (Hrsg.): Politische Kommunikation in Zeiten von Social Media, S. 13-41.
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (2017): AfD-Anhänger gehören zur Mitte der Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.03.2017, online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/iw-studie-afd-anhaenger-gehoren-zur-mitte-der-gesellschaft-14931219.html>.
- Fröhlich, Alexander/Garzke, René (2016): Strategische Provokation, in: Potsdamer Neuste Nachrichten. Online verfügbar unter: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1140861/>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Hansen, Jana (2017): Die AfD im Thüringer Landtag. Eine Analyse ihrer parlamentarischen Aktivitäten, unveröffentlichtes Papier 2017.
- Hansel, Frank-Christian (2016): Bewerbungsschreiben für Abgeordnetenmandat. Online verfügbar unter: <http://bit.ly/2rpjdR7>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Häusler, Alexander (2016) (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden.
- Häusler, Alexander (2017): Die „Alternative für Deutschland“: Rechte Radikalisierungstendenzen im politischen Werdegang einer neuen Partei, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/240958/werdegang-der-alternative-fuer-deutschland>.

- Hollenstein, Oliver (29.12.2015): Rohe Weihnachten, in: Zeit Online. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2015/52/hasskommentare-migration-die-gruenen-buergerschaft/komplettansicht>, zuletzt geprüft am: 30.1.2017.
- Holtmann, Everhard (2002): Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Magdeburg.
- Holtmann, Everhard (2016): „Volksparteien müssen auf den Wandel reagieren“, Interview Deutschlandfunk, 04.05.2016, online verfügbar unter: http://www.deutschlandfunkkultur.de/parteienforscher-ueber-die-afd-volksparteien-muessen-auf.1008.de.html?dram:article_id=353228, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Infratest dimap (2017): Daten aus Landtagswahlstudien.
- Jauch, Matthias/Sturm, Daniel Friedrich (2015): Ohne Studium in die hohe Politik? Fast unmöglich, in: Die Welt. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article140168531/Ohne-Studium-in-die-hohe-Politik-Fast-unmoeglich.html>, zuletzt geprüft am: 30.1.2017.
- Jennerjahn, Miro (2016): Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2016-03-afd_im_saechsischen_landtag.pdf, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Jun, Uwe (2015): Medialisierung von Parteien - strategische Notwendigkeiten und ihre Wirkungen, in: Jun, Uwe/Jäckel, Michael (Hrsg.): Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation, Opladen, S. 17–43.
- Kamann, Matthias (2016): Facharbeiter des Zorns, in: Welt am Sonntag, H. 48, S. 6.
- Kellershohn, Helmut (2016): Risse im Gebälk, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 181–200.
- Kintz, Melanie (2014): Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages – 18. Wahlperiode, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 45, H. 3, S. 582–595.
- Koschmieder, Carsten (2013): Die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 213–235.
- Lewandowsky, Marcel (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 25, H. 1, S. 119–134.
- Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 57, H. 2, S. 247–275.
- Lucke, Albrecht von (2013): Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6, S. 5–8.
- Mielke, Siegfried/Reutter, Werner (2012): Länderparlamentarismus in Deutschland — Eine Bestandsaufnahme, in: Mielke, Siegfried/Reutter, Werner (Hrsg.): Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden, S. 19–51.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, Jg. 39, H. 4, S. 542–563.
- Nestler, Christian/Rohgalf, Jan (2014): Eine deutsche Angst. Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 61, H. 4, S. 389–413.
- Neumann, Tobias (2013): Ein Blick nach Innen: Das Selbstverständnis der Piraten, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 125–148.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 175–207.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 47, H. 2, S. 267–285.
- Patzelt, Werner J. (2006): Länderparlamentarismus, in: Schneider, Herbert/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen, Strukturen, Arbeitsfelder, Wiesbaden, S. 108–129.
- Petersen, Thomas (2017): Deutsche Fragen – Deutsche Antworten. Am Rand, in: FAZ, 26.5.2017, S. 8.
- Petry, Frauke (2017): Sachantrag zur strategischen Ausrichtung der AfD. Online verfügbar unter: <http://www.zukunftsantrag.de/dr-frauke-petry-sachantrag-zur-strategischen-ausrichtung-der-afd>, zuletzt geprüft am: 6.4.2017.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2007): Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden.
- Reutter, Werner (2008): Föderalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Landesparlamente im Bundesstaat, Opladen, Farmington Hills, Mich.
- Reutter, Werner (2013): Zur Zukunft des Landesparlamentarismus, Wiesbaden.
- Rosenfelder, Joel (2017): Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, H. 1, S. 123–140.

- Rucht, Dieter (1987): Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien, in: Journal für angewandte Sozialforschung, Jg. 27, H. 3/4, S. 297–313.
- Rütters, Peter (2017): „Parlamentsfähig“? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, H. 1, S. 3–24.
- Sarcinelli, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden.
- Schärdel, Julian (2017): Vom euroskeptischen Herausforderer zur rechtsextremen Gefahr? Eine Untersuchung der regionalen Berichterstattung über die AfD in neun deutschen Landtagswahlkämpfen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, H. 1, S. 76–101.
- Schroeder, Wolfgang (2017): Die AfD bleibt vorerst eine unberechenbare Protestpartei, in: Tagesspiegel Causa, online abrufbar unter: <https://causa.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-parteitag-wie-gefaehrlich-ist-die-afd/die-afd-bleibt-vorerst-eine-unberechenbare-protestpartei.html>, zuletzt geprüft am: 30.5.2017.
- Schumann, Jan (2016): AfD-Mann Willi Mittelstädt nun doch zum Vize-Präsidenten gewählt, in: Mitteldeutsche Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/landespolitik/landtag-afd-mann-willi-mittelstaedt-nun-doch-zum-vize-praesidenten-gewaehlt-24830674>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Schumann, Jan (2017): Interner Machtkampf: AfD-Rebellen verlieren Posten, in: Mitteldeutsche Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/landespolitik/interner-machtkampf-afd-rebellen-verlieren-posten-26928320>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Soldt, Rüdiger (2017): Von AfD-Fraktion zum Schweigen gebracht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-fiechtner-klagt-gegen-eigene-partei-15035253.html>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Stegers, Fiete (2017): Woher stammen die Facebook-Bilder der AfD?, in: NDR.de. Online verfügbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/netzwelt/Woher-stammen-die-Facebook-Bilder-der-Afd,afdfotos102.html>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- SWR.de (2016): Gutachter sieht AfD benachteiligt, in: SWR.de. Online verfügbar unter: <http://www.swr.de/swraktuell/rp/zu-wenige-sitze-in-parlamentsausschuessen-gutachter-sieht-afd-benachteiligt/-/id=1682/did=17709500/nid=1682/1qn5mbn/index.html>, zuletzt geprüft am: 31.5.2017.
- Werner, Alban (2015): Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., H. 2, S. 83–90.

Anhang

Tabelle A1: Liste der geführten Interviews

Baden-Württemberg	Abgeordneter AfD Abgeordnete CDU Abgeordneter Grüne Abgeordneter SPD Journalist
Berlin	Abgeordneter AfD Abgeordneter CDU Abgeordneter Grüne Abgeordneter SPD Mitarbeiter SPD Mitarbeiter Landtagsverwaltung
Brandenburg	Abgeordneter AfD Abgeordneter CDU Abgeordnete Grüne Abgeordneter SPD Mitarbeiter SPD Journalist
Bremen	Abgeordneter SPD/Mitarbeiter SPD Mitarbeiter CDU
Hamburg	Abgeordneter CDU/Mitarbeiter CDU Mitarbeiter FDP Abgeordneter Grüne Abgeordneter SPD
Mecklenburg-Vorpommern	Abgeordneter SPD Zwei Mitarbeiter SPD
Rheinland-Pfalz	Abgeordneter AfD Abgeordnete FDP Zwei Abgeordnete SPD/zwei Mitarbeiter SPD Zwei Mitarbeiter CDU
Sachsen	Abgeordneter AfD Abgeordneter CDU/Mitarbeiter CDU Abgeordnete SPD/zwei Mitarbeiter SPD Abgeordneter Grüne Journalist
Sachsen-Anhalt	Abgeordneter AfD Mitarbeiter CDU Abgeordneter SPD/Mitarbeiter SPD Staatssekretärin Journalist
Thüringen	Abgeordneter SPD Mitarbeiterin SPD

- a Die Interviews mit Experten aus den einzelnen Landesparlamenten wurden alle mit dem Versprechen der Vertraulichkeit geführt, weswegen an dieser Stelle lediglich eine Aufzählung sowie funktionale Zuordnung erfolgt, die Anonymität der Gesprächspartner darüber hinaus aber gewahrt wird.